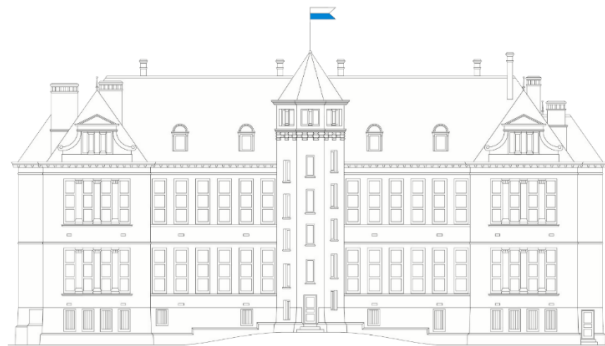


EUROPABERICHT



**Vertretung des Freistaates Bayern
bei der Europäischen Union
in Brüssel**



EDITORIAL

Liebe europapolitisch Interessierte,

die Weltpolitik lässt uns derzeit keine Verschnaufpause. Vor dem Hintergrund der jüngsten Eskalation zwischen Israel und dem Iran tagten vom 15. bis 17. Juni die Staats- und Regierungschefs der G7-Staaten in Kananaskis / Kanada. Am G7-Gipfel nahmen wie üblich auch EU-Kommissionspräsidentin *Ursula von der Leyen* und EU-Ratspräsident *António Costa* teil. Angesichts des fortwährenden Krieges in der Ukraine und der Zuspitzung der Lage im Nahen Osten – beide Schauplätze in unmittelbarer geographischer Nähe zu uns – kam der G7-Gipfel zu einem für die EU kritischen Zeitpunkt. Die europäischen Teilnehmer äußerten sich nach Rückkehr positiv zum Verlauf des Gipfels und lobten die Geschlossenheit der G7. Bei den für die EU besonders drängenden Themen – einer Verbesserung der transatlantischen Handelsbeziehungen und einer Einigung mit den USA über zusätzliche Sanktionen gegenüber Russland (u.a. eine Senkung der Preisobergrenze für russisches Rohöl) – gab es jedoch keine entscheidenden Fortschritte. EU-Kommission und Bundesregierung zeigten sich dennoch optimistisch, dass es gelingen wird, bis zum 9. Juli – dem Tag, an dem die von US-Präsident *Donald Trump* eingeräumte 90-Tages-Frist abläuft – einen „Handelsdeal“ mit den USA abzuschließen und auch bei den Russland-Sanktionen voranzukommen.



In Anbetracht der außen- und handelspolitischen Turbulenzen ist es umso wichtiger, Austausch und Zusammenarbeit mit unseren Partnern in Europa zu pflegen. Frankreich kommt dabei für Deutschland und Bayern traditionell eine besondere Bedeutung zu. Daher hat es mich sehr gefreut, am 11. Juni zum ersten Mal als Europaminister nach Frankreich zu reisen und dort mit meinem Gegenüber, dem Beigeordneten Minister für Europa, Benjamin Haddad, zusammenzutreffen. Neben europapolitischen Themen stand auch der Besuch der Hightech- und Startup-Messe VIVATech in Paris auf dem Programm. Dort konnte ich mich davon überzeugen, dass die bayerisch-französische Zusammenarbeit bei Technologie und Innovation einen wichtigen Beitrag zur Stärkung der europäischen Wettbewerbsfähigkeit leistet.

An der Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Europäischen Union gerade im Sicherheits- und Verteidigungsbereich wird derzeit auch in Brüssel an vielen Stellen gearbeitet. Aktuelles Beispiel ist das Omnibus-Paket der EU-Kommission im Verteidigungsbereich, das am 17. Juni vorgelegt wurde. Es soll den bürokratischen Aufwand reduzieren, Investitionen erleichtern und mehr Planbarkeit für die Industrie schaffen. So sollen die Genehmigungsverfahren für Verteidigungsprojekte auf 60 Tage verkürzt und Ausnahmeregelungen von Umweltvorschriften erteilt werden. Bayern setzt sich sehr für eine Stärkung der europäischen Verteidigungsindustrie und für die Anliegen der bayerischen Unternehmen ein. Die von der EU-



Kommission vorgeschlagenen Maßnahmen spiegeln dies wider und sind zu begrüßen. Wichtig ist, dass nun Rat und Europäisches Parlament rasch die Verhandlungen aufnehmen.

Doch bedauerlicherweise gibt es immer wieder auch Beispiele dafür, dass die EU nicht von Bürgernähe und Pragmatismus geleitet wird. Jüngstes Beispiel ist der geplante Eingriff in das nationale Fahrzeug-Zulassungsrecht. Die EU-Kommission hat einen Vorschlag zur EU-Altfahrzeugverordnung vorgelegt, zu dem Mitte Juni die Mitgliedstaaten einen Kompromiss gefunden haben. Laut dem Vorschlag dürfen Altfahrzeuge nicht weiterverkauft werden. Dies könnte teure Folgen für Autobesitzer haben, die künftig bei jedem Eigentumswechsel mit einem Gutachten nachweisen müssten, dass ihr Auto kein Altfahrzeug ist. Damit wären neue Kosten für die Bürger und mehr Aufwand für die Behörden verbunden, aber keinerlei Mehrwert. Das Europäische Parlament möchte bis September seine Haltung festlegen, bevor die abschließenden Verhandlungen beginnen. Die Europaabgeordneten haben es also noch in der Hand, diese zusätzliche Bürokratie zu verhindern.

Bayern wird Fehlentwicklungen wie diese, die der Kommissionsagenda für weniger Bürokratie und mehr Wettbewerbsfähigkeit widersprechen, auch künftig klar ansprechen und dagegen Stellung beziehen. Wir bleiben für die bayerischen Interessen in Brüssel am Ball!

Nun genug der Vorrede. Ich lade Sie ein, auf den folgenden Seiten die jüngsten Entwicklungen in der Europäischen Union zu verfolgen und wünsche Ihnen eine spannende Lektüre.

Ihr

Eric Beißwenger, MdL

Staatsminister für Europaangelegenheiten und Internationales



EDITORIAL	2
POLITISCHE SCHWERPUNKTE, INSTITUTIONELLES UND MEDIEN.....	14
RATSPRÄSIDENTSCHAFT.....	14
Dänemark übernimmt zum 01.07.2025 den Vorsitz im Rat der EU: Prioritäten für das kommende Halbjahr.....	14
Rat für Allgemeine Angelegenheiten: EU-Sprachenregelung, Ungarn, Verteidigungsbereitschaft	14
Rat für Auswärtige Angelegenheiten (Entwicklung): Entwicklungsfinanzierung, EU-Afrika-Beziehungen, Ukraine.....	15
Rat für Auswärtige Angelegenheiten und Rat für Auswärtige Angelegenheiten (Formation Verteidigung): 17. Sanktionspaket gegen Russland, Ukraine und Moldau, Naher Osten	16
EUROPÄISCHES PARLAMENT	16
Plenarwoche vom 16.06. – 19.06.2025: Assoziationsabkommen EU-Israel, Fortschritte beim EU-Beitritt von Montenegro und der Republik Moldau, Makrofinanzhilfe für Ägypten, Bericht zur Rechtsstaatlichkeit, Modernisierung des EU-Stromnetzes, Wohlergehen von Hunden und Katzen	16
„Mini-Plenum“ vom 21.05. – 22.05.2025: Zölle auf landwirtschaftliche Erzeugnisse und Düngemittel aus Russland und Belarus, de-minimis-Regelung bei CBAM, Choose Europe for Science-Initiative	18
EUROPÄISCHER AUSSCHUSS DER REGIONEN	19
Ausschuss der Regionen nimmt bei seiner 166. Plenartagung vor allem die Kohäsionspolitik und den künftigen EU-Haushalt in den Blick	19
Ausschuss der Regionen startet 5. Ausgabe des Paweł-Adamowicz-Preises.....	20
INSTITUTIONELLES.....	20
Johannes Hahn wird EU-Sonderbeauftragter für Zypern	20
Verdacht auf Korruption im Europäischen Parlament	20
Interinstitutionelle Ethikbehörde	21
Neue Strategie für eine sichere, wohlhabende und widerstandsfähige Schwarzmeerregion	21
Vorstellung einer effizienteren Garantie für Außenmaßnahmen	22
Kommission plant ein Maßnahmenpaket zur Militärischen Mobilität.....	22
EU und Australien nehmen Verhandlungen über eine Sicherheits- und Verteidigungspartnerschaft auf	22
Kommission stellt 18. Sanktionspaket gegen Russland vor	23
INTERNATIONALES.....	23
Tagung der Europäischen Politischen Gemeinschaft	23
EU-UK-Gipfel: Sicherheits- und Verteidigungspartnerschaft, neue Agenda für die Zusammenarbeit.....	23
Fünfte Tagung der Beitrittskonferenz mit Albanien: Start der Beitrittsverhandlungen zu Wettbewerbsfähigkeit und inklusivem Wachstum	24
Einladung der Schweiz zum SSZ-Projekt „Cyber-Range-Verbände“	24
Dritte Ministertagung der Europäische Union und der Afrikanische Union	25
9. Treffen des Assoziationsrats zwischen der EU und der Republik Moldau	25



EU-Unterstützung zur Erholung Syriens.....	25
EU und Großbritannien einigen sich auf ein Grenzabkommen zu Gibraltar	26
Modernisierung der Beziehungen zwischen der EU und der Schweiz.....	26
MEDIEN	26
Dänische Ratspräsidentschaft: Schwerpunkte aus dem Medienbereich	26
Medienlenkungsausschuss des Europarats nimmt Online-Sicherheit und Auswirkungen generativer KI in den Blick	27
EU unterstützt Radio Free Europe mit 5,5 Mio. €.....	27
Von der EU finanzierte Filme unter den Preisträgern der Filmfestspiele von Cannes / Gemeinsame Erklärung der Kulturministerinnen und Kulturminister der Europäischen Union	28
Medienministerrat nimmt Ratsschlussfolgerungen zu audiovisuellen Mediendiensten an	28
STAATSMINISTERIUM DES INNERN, FÜR SPORT UND INTEGRATION	30
Dänische Ratspräsidentschaft: Schwerpunkte aus dem Bereich des StMI	30
INNERES	31
EU-USA-Innenministertreffen in Warschau: Gemeinsame Sicherheitsagenda im Fokus	31
40. Geburtstag Schengenraum: Treffen der Innenminister der 27 EU-Mitgliedstaaten und der assoziierten Länder am 13.06.2025 in Luxemburg	31
ASYL UND MIGRATION	32
Kommission schlägt vereinfachte Anwendung des Konzepts des sicheren Drittstaats vor	32
Verlängerung des vorübergehenden Schutzes für Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine.....	32
EU stärkt Zusammenarbeit mit Bosnien und Herzegowina in den Bereichen Migration und Grenzmanagement	33
Frontex veröffentlicht Risikoanalyse 2025 - 2026	33
EUAA veröffentlicht Asylbericht 2025 – Deutschland bleibt zentrales Zielland.....	33
FREIZÜGIGKEIT	34
Vorläufige Einigung über schrittweise Einführung des digitalen Einreise-/Ausreisystems erzielt	34
EU verschärft Regeln zur Aussetzung der Visumfreiheit für Drittländer	34
DATENSCHUTZ	35
Einigung zur Stärkung der grenzüberschreitenden DSGVO-Durchsetzung	35
CYBERSICHERHEIT	35
Rat nimmt Konzeptentwurf für ein besseres Management von Cyberkrisen und -vorfällen in Europa an	35
KRIMINALITÄTSBEKÄMPFUNG	36
Rat legt Prioritäten der EU zur Verbrechensbekämpfung für die nächsten Jahre fest	36
Europol: Gestohlene Daten treiben Cyberkriminalität voran	36
GELDWÄSCHE	37
Kommission aktualisiert Liste hochriskanter Drittstaaten	37



STAATSMINISTERIUM FÜR WOHNEN, BAU UND VERKEHR	38
DÄNISCHE RATSPRÄSIDENTSCHAFT	38
Dänische Ratspräsidentschaft: Schwerpunkte aus dem Bereich des StMB	38
VERKEHRSPOLITIK	38
Umweltrat positioniert sich zum Verordnungsvorschlag über Altfahrzeuge	38
Ergebnisse des formellen EU-Verkehrsrats am 05.06.2025 in Brüssel	39
Rat legt Standpunkt zur EU-Fluggastrechte-Verordnung fest	40
Kommission veröffentlicht Empfehlungen zur Bekämpfung von Mobilitätsarmut	41
Kommission veröffentlicht Empfehlungen zur Förderung von Frauen im Verkehrssektor	42
SCHIENENVERKEHR	42
Kommission möchte Frauen bei der Bahn im Oktober 2025 auszeichnen	42
LUFTVERKEHR	43
Kommission aktualisiert EU-Flugsicherheitsliste	43
STRAßENVERKEHR	43
Kommission leitet Konsultation zu elektronischen Frachtbeförderungsinformationen ein	43
UKRAINE-EU	43
Kommission veröffentlicht aktualisierte Zahlen zu den EU-Solidaritätskorridoren für April 2025	43
BAUEN UND WOHNEN	44
Europäisches Parlament und Rat einigen sich zu Bevölkerungs- und Wohnstatistiken	44
Kommission leitet Konsultation zur Verordnung zu Statistiken über Gewerbeimmobilien ein	44
STAATSMINISTERIUM DER JUSTIZ	45
Dänische Ratspräsidentschaft: Schwerpunkte aus dem Bereich StMJ	45
EuGH: Urteil zum Begriff der irreführenden Werbung I	45
LIBE: Billigung der neuen Vorschriften zum Vorschlag zur Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs von Kindern	46
EuGH: Urteil zum Begriff der irreführenden Werbung II	47
Kommission: Konsultation zur neuen Verbraucheragenda 2025 - 2030	47
Europäisches Parlament und Rat: Trilogieinigung zur sog. EU-Zwangslizenz	48
Kommission: Konsultation zur Vorratsdatenspeicherung	49
Kommission: Konsultation zur Strategie für digitale Justiz 2025 - 2030	49
EuGH: Urteil zur Beihilfe zur unerlaubten Einreise	50
Informelles Treffen: Gespräche zwischen Vertretern der USA und der Innen- und Justizminister/-innen der EU	50
Verkehrsrat: Verabschiedung einer Allgemeinen Ausrichtung zur EU-Fluggastrechte-Verordnung	51
EuGH: Schlussanträge im Verfahren der Kommission gegen Ungarn	51
JI-Rat: Treffen der Justizministerinnen und -minister in Luxemburg	52



Europäisches Parlament: Annahme der neuen Regelungen zur Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs von Kindern	53
STAATSMINISTERIUM FÜR UNTERRICHT UND KULTUS	54
Dänische Ratspräsidentschaft: Schwerpunkte aus dem Bereich des StMUK	54
Konferenz im Europäischen Parlament zur psychischen Gesundheit von Kindern	54
Rat „Bildung, Jugend, Kultur und Sport“ – Bildungsaspekte	55
STAATSMINISTERIUM FÜR WISSENSCHAFT UND KUNST	57
HOCHSCHULEN/FORSCHUNG	57
Dänische Ratspräsidentschaft: Schwerpunkte aus dem Forschungsbereich	57
Forschungsministerrat fasst Beschlüsse zu ERA Policy Agenda und KI in der Wissenschaft; Diskussion über aktuelles sowie zukünftiges Forschungsrahmenprogramm.....	57
ERC Advanced Grants für Spitzenforscherinnen und -forscher bayerischer Universitäten	58
36. KoWi-Bundestagung zur EU-Forschungs- und Innovationsförderung in Hannover.....	58
KULTUR	59
Dänische Ratspräsidentschaft: Schwerpunkte aus dem Kulturbereich.....	59
Rat „Bildung, Jugend, Kultur und Sport“ – Kulturaspekte.....	60
STAATSMINISTERIUM DER FINANZEN UND FÜR HEIMAT	61
Dänische Ratspräsidentschaft: Schwerpunkte aus dem Bereich des StMFH.....	61
Euro-Gruppe am 12.05.2025: u. a. digitaler Euro und politische Prioritäten der Bundesregierung	61
ECOFIN-Rat am 13.05.2025: u. a. Mehrwertsteuervorschriften für Fernverkäufe eingeführter Gegenstände und Orientierungsaussprache über das SAFE-Instrument.....	62
WIRTSCHAFTS- UND WÄHRUNGSUNION	63
Kommission veröffentlicht eine Analyse der wirtschaftlichen Lage und der wirtschaftlichen Entwicklungen Deutschlands.....	63
Frühjahrsprognose der Kommission: moderates Wachstum in Zeiten globaler Unsicherheit	63
Frühjahrsprognose der Kommission: mögliche Auswirkungen des deutschen Investitionspakets	64
Frühjahrspaket 2025 des Europäischen Semesters	64
Kommission stellt Leitlinien für die Umsetzung der Aufbau- und Resilienzfazilität bereit	65
Bulgarien tritt voraussichtlich 2026 der Eurozone bei	65
EZB-Ratssitzung am 05.06.2025: weitere Zinssenkung um 25 Basispunkte.....	65
Kommission nimmt im Rahmen ihrer sechsten syndizierten Transaktion im Jahr 2025 5 Mrd. € auf.....	66
HAUSHALT	66
Rede von Präsidentin <i>von der Leyen</i> auf der jährlichen EU-Haushaltskonferenz 2025	66
Empfehlungen europäischer Bürgerinnen und Bürger für besser ausgestatteten EU-Haushalt.....	66
Kommission legt Vorschlag für den EU-Haushalt 2026 vor	67
Positionspapier der EVP-Fraktion zum nächsten mehrjährigen Finanzrahmen.....	67



STEUERN.....	68
FISC-Ausschuss am 15.05.2025: u. a. Umsetzung der Rahmenregelung in Bezug auf Säule 2	68
STAATSMINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT, LANDESENTWICKLUNG UND ENERGIE ...	69
WIRTSCHAFT MIT BINNENMARKT UND INDUSTRIE	69
Dänische Ratspräsidentschaft: Schwerpunkte aus dem Bereich des StMWi	69
Kommission legt Omnibus-Paket im Verteidigungsbereich vor.....	69
Kommission legt Omnibus-Paket zu kleinen Midcaps vor.....	69
Kommission legt Binnenmarktstrategie vor	70
Kommission veröffentlicht EU-Startup- und Scaleup-Strategie.....	70
Kommission schlägt Änderungen betreffend den EU-Verbriefungsrahmen vor.....	71
Kommission schlägt Verschiebung der Anwendung von Anforderungen im Rahmen von Basel III vor ...	71
Kommission nimmt technische Standards zur Einführung konsolidierter Bänder an.....	71
Kommission nimmt Sekundärrechtsakte betreffend das Netto-Null-Industrie-Gesetz (NZIA) an	72
Kommission nimmt delegierte Verordnung betreffend CCS an	72
Kommission nimmt delegierte Verordnung betreffend die Festlegung von CO ₂ -Emissionsnormen für neue schwere Nutzfahrzeuge an.....	72
Kommission nimmt Durchführungsbeschluss betreffend Standorte der Galileo-Sensorstationen an	73
Kommission verklagt Deutschland wegen nicht ordnungsgemäßer Umsetzung der EU-Richtlinien über die öffentliche Auftragsvergabe	73
Kommission veröffentlicht Liste mit strategischen Projekten in Drittländern.....	73
Kommission veröffentlicht Bericht zur Zwischenbewertung des Europäischen Verteidigungsfonds	73
Zweites Forum der Verteidigungsindustrie der EU und der Ukraine: Stärkung der Zusammenarbeit und Integration im Verteidigungsbereich	74
Strategischer Dialog mit der europäischen Verteidigungsindustrie.....	74
Strategischer Dialog mit der Chemieindustrie	74
Kommission und Europäische Investitionsbank bauen Unterstützung für Projekte im Bereich der Dekarbonisierung aus.....	75
Kommission initiiert Konsultation zum Verordnungsvorschlag zur Förderung verteidigungsbezogener Investitionen.....	75
Kommission initiiert Konsultation zum Omnibus-Paket zur Vereinfachung von Investitionen	75
Kommission initiiert Konsultation betreffend die Richtlinie „Solvabilität II“	75
Kommission initiiert Sondierung zu einem europäischen Konzept für Spar- und Anlagekonten	75
Kommission initiiert gezielte Konsultation zur zusätzlichen Altersversorgung	76
Kommission initiiert gezielte Konsultationen zu Zustellungsentgelten	76
Kommission initiiert Sondierung zum geplanten Gesetz über digitale Netze	76
Kommission initiiert zwei Konsultationen zur Überprüfung der EU-Fusionskontrollleitlinien	77
Kommission genehmigt Übernahme der PEPP Group B.V. durch die Zeppelin GmbH	77



Kommission genehmigt Übernahme der TIMETOACT Holding GmbH durch die H.I.G. Europe Middle Market Holdings	77
Omnibus-Paket zur Nachhaltigkeit: EP und Rat erzielen vorläufige politische Einigung zu vorgeschlagenen Änderungen am EU-Grenzausgleichsmechanismus	78
EP und Rat erzielen vorläufige politische Einigung zum Verordnungsvorschlag zur Verkürzung des Abwicklungszyklus für EU-Wertpapiere.....	78
Europäische Parlament nimmt Initiativbericht zur Zukunft der Kohäsionspolitik an.....	78
Flottenregulierung: Rat billigt gezielte Änderung der Verordnung über CO ₂ -Emissionsnormen für Pkw und leichte Nutzfahrzeuge	79
Rat nimmt Vorschriften über die Liquiditätsanforderungen für bestimmte Finanztransaktionen an.....	79
Rat positioniert sich zum Vorschlag der Kommission zu Änderungen u.a. am Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) und am Europäischen Sozialfonds Plus (ESF+)	79
Rat legt Standpunkte zu Rechtsakten zur Modernisierung der Zahlungsdienstleistungen fest	80
Wettbewerbsfähigkeitsrat: Digitalisierung, Industriepolitik und Bürokratieabbau im Zentrum der Beratungen	80
Wettbewerbsfähigkeitsrat: Rat hebt Bedeutung der Nutzung von Satellitendaten zur Stärkung der Resilienz, der Sicherheit und der Krisenbewältigung hervor.....	81
Informelles Ministertreffen Kohäsionspolitik	81
AUßENWIRTSCHAFT.....	81
Kommission richtet neues Instrument zur Einfuhrüberwachung zur Verhinderung schädlicher Handelsumlenkungen ein	81
Kommission nimmt Durchführungsverordnung zur Einführung eines endgültigen Antidumpingzolls auf die Einfuhren von Vanillin mit Ursprung in der Volksrepublik China an	82
Kommission nimmt Durchführungsverordnung zur Einführung eines endgültigen Ausgleichszolls auf die Einfuhren von Kabeln aus optischen Fasern mit Ursprung in Indien an	82
Kommission nimmt Durchführungsverordnung zur Einführung eines vorläufigen Antidumpingzolls auf die Einfuhren von Hartholzsperrholz mit Ursprung in der Volksrepublik China an.....	82
Kommission nimmt Durchführungsverordnung zur Einführung eines endgültigen Antidumpingzolls auf bestimmte flachgewalzte Erzeugnisse aus Eisen oder Stahl mit Ursprung in der Volksrepublik China an	83
Kommission leitet Antidumpingverfahren betreffend die Einfuhren neuer Luftreifen aus Kautschuk aus der Volksrepublik China ein	83
Kommission leitet Antidumpingverfahren betreffend die Einfuhren von 1,4-Butandiol mit Ursprung in der Volksrepublik China, Saudi-Arabien und den USA ein	83
Kommission leitet Antidumpingverfahren betreffend die Einfuhren von bestimmtem Polyethylenterephthalat (PET) mit Ursprung in Vietnam ein	84
Rat nimmt Verordnung zur Verlängerung der Handelsliberalisierung für ukrainische Importe an	84
Rat legt Standpunkt zum Legislativvorschlag für eine stärkere Überprüfung ausländischer Investitionen fest.....	84
Handelsrat: u. a. Austausch zu den Handelsbeziehungen EU-USA.....	85



EU-Kenia: Erster Handelsrat des Wirtschaftspartnerschaftsabkommen und Wirtschaftsforum zur Stärkung des Handels	85
EU und Japan bekräftigen Zusammenarbeit in den Bereichen Handel und wirtschaftliche Sicherheit	85
ENERGIE	86
Kommission legt Vorschlag für eine Verordnung über den schrittweisen Ausstieg aus russischen Gaseinfuhren vor	86
Kommission gibt Auswahl von Projekten im Rahmen der zweiten Auktion der Europäischen Wasserstoffbank bekannt	86
Kommission legt Nuclear Illustrative Programme (PINC) vor	86
Kommission initiiert Sondierung und öffentliche Konsultation zum europäischen Netzpaket	87
Kommission initiiert Sondierung zur EU-Fusionsstrategie	87
Gemeinsame Forschungsstelle richtet digitales Modellierungszentrum im Nuklearbereich ein	87
Energierat: u. a. Austausch zum REPowerEU-Fahrplan und Schlussfolgerungen zur Stärkung der Energieunion	87
Informeller Energierat: Austausch zu Energiesicherheit, Clean Tech und der Lage in der Ukraine und Moldawien	88
Informeller Energierat: Stärkung der energiepolitischen Zusammenarbeit im Ostseeraum	88
STAATSMINISTERIUM FÜR UMWELT UND VERBRAUCHERSCHUTZ	90
UMWELT	90
Dänische Ratspräsidentschaft: Schwerpunkte aus dem Umweltbereich	90
Umweltrat positioniert sich zum Verordnungsvorschlag über Altfahrzeuge	90
Tagung des Umweltrats am 17.06.2025	91
Europäischer Gerichtshof urteilt zur Feststellung des Erhaltungszustands nach der FFH-Richtlinie	91
EU-Klimawandeldienst: Mai 2025 global überdurchschnittlich warm	92
Rat bestätigt Änderung des Schutzstatus des Wolfs im Rahmen der FFH-Richtlinie	92
Kommission veröffentlicht Strategie zur Wasserresilienz	92
Umweltausschuss des Europäischen Parlaments bestätigt Einigung zu Bodenüberwachungsgesetz	93
Europäische Umweltagentur: CO ₂ -Emissionen von neuen PKW im Jahr 2024 leicht angestiegen	93
Gewinner der LIFE Awards 2025 bekanntgegeben	93
Konsultation zur Ausgestaltung des EU-Zertifizierungsrahmens für CO ₂ -Entnahmen veröffentlicht	94
Europäischer Beirat zum Klimawandel veröffentlicht Bericht zur Änderung des EU-Klimagesetzes	94
Kommission veröffentlicht Bewertung der nationalen Energie- und Klimapläne	94
EU fördert Landesgartenschau 2025 in Furth im Wald mit 4,6 Mio. €	95
Gemeinsame Forschungsstelle der EU veröffentlicht Fortschrittsbericht zur EU-Biodiversitätsstrategie 2030	95
Konsultation zur Änderung der Batterie-Verordnung veröffentlicht	96
Kommission legt Binnenmarktstrategie vor	96



Kommission legt „Omnibus“-Paket zu kleinen Midcaps vor	96
Kommission hat Omnibuspaket zur Gemeinsamen Agrarpolitik vorgelegt	97
Umweltausschuss des Europäischen Parlaments bestätigt Einigung zu Verordnungsvorschlag zur Verringerung der Umweltverschmutzung durch Mikroplastik	97
VERBRAUCHERSCHUTZ	98
Dänische Ratspräsidentschaft: Schwerpunkte aus dem Verbraucherschutzbereich.....	98
Europäisches Parlament positioniert sich zu neuen Regeln über das Wohlergehen von Hunden und Katzen.....	98
Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit veröffentlicht Bericht zu Ausbrüchen der Afrikanischen Schweinepest 2024.....	98
Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit veröffentlicht Bericht zu Pestizidrückständen in Lebensmitteln	99
Konsultation zur Durchführung der Ökodesign-Verordnung veröffentlicht.....	99
Konsultationen zur Anpassung der Produktgesetzgebung an die Digitalisierung veröffentlicht	99
Konsultation zur Verbraucheragenda 2025 - 2030 veröffentlicht	100
Europäischer Gerichtshof urteilt zur Werbeangabe „Bequemer Kauf auf Rechnung“ im Onlinehandel .	100
Politische Einigung zum Gesetzgebungspaket „Ein Stoff, eine Bewertung“ erzielt	101
Politische Einigung zu überarbeiteter Detergenzienverordnung erzielt	101
Verkehrsrat: Verabschiedung einer Allgemeinen Ausrichtung zur EU-Fluggastrechte-Verordnung.....	102
Kommission schränkt Verwendung von chemischen Stoffen am Arbeitsplatz ein.....	102
STAATSMINISTERIUM FÜR ERNÄHRUNG, LANDWIRTSCHAFT, FORSTEN UND TOURISMUS	103
Dänische Ratspräsidentschaft: Schwerpunkte aus dem Bereich des StMELF.....	103
Tagung Agrarrat, 26.05.2025	104
Omnibuspaket der Kommission zur Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP)	105
Kommission ernennt <i>Elisabeth Werner</i> zur neuen Generaldirektorin der GD AGRI.....	106
Ausschussvorsitzende fordert zeitliche Trennung von GAP-Vorschlägen und nächstem MFR	107
Ausschuss für Landwirtschaft plant Abstimmung zur GAP nach 2027	107
Rat verabschiedet Verhandlungsmandat zur Änderung der Gemeinsamen Marktordnung (GMO)	108
Europäisches Parlament uneinig über verpflichtende schriftliche Verträge in der Landwirtschaft.....	108
Kommission veröffentlicht Neufassung des Agrarabkommens mit der Schweiz	109
Rat und Europäisches Parlament billigen neue Zölle auf Agrarprodukte aus Russland und Belarus	109
Rat gewährt EU-Gleichstellung für bestimmte Saatguteinfuhren aus der Ukraine und der Republik Moldau	110
EU-Agrarmarktentwicklung: Lebensmittelexport und -import im Februar 2025	110
Eurostat veröffentlicht Agrarpreisindizes zum 1. Quartal 2025	111
Konsultation zur Vereinfachung der Umsetzung der GAP-Strategiepläne.....	111



Konsultation zu ökologischen und Hochrisiko-Erzeugnissen aus Nicht-EU-Ländern	112
Lebensmittelverschwendung in der EU: Grüne Woche und Weltumwelttag	112
Kommission veröffentlicht Länder-Benchmarking zur Entwaldungsverordnung	112
Europäischer Rechnungshof kritisiert Wirksamkeit von EU-Hilfen bei der Waldbrandbekämpfung	113
STAATSMINISTERIUM FÜR FAMILIE, ARBEIT UND SOZIALES	114
Dänische Ratspräsidentschaft: Schwerpunkte aus dem Bereich des StMAS	114
Überarbeitete Richtlinie: Stärkung des sozialen Dialogs durch Europäische Betriebsräte	114
Rat erzielt allgemeine Ausrichtung: Richtlinie zum verstärkten Qualitätsrahmen für Praktika	115
Ratsschlussfolgerung zur Gleichstellung der Geschlechter im Zeitalter Künstlicher Intelligenz	116
Ratsschlussfolgerung zur Erschließung des Potenzials älterer Menschen auf dem Arbeitsmarkt	116
Rat erzielt allgemeine Ausrichtung: Öffentliche Schnittstelle für die Erklärung über die Entsendung von Arbeitnehmern	116
Kommission leitet Konsultation zur Halbzeitüberprüfung des Aktionsplans für die Sozialwirtschaft ein	117
Europäischer Jugendkarlspreis: die Gewinner 2025	118
Evaluation zur Europäischen Arbeitsbehörde	118
DiscoverEU: 35.753 junge Menschen können Europa mit einem kostenlosen Travel-Pass entdecken	119
Vertragsverletzungsverfahren: Anerkennung der Berufsqualifikationen von Pflegepersonal aus Rumänien	119
Europäisches Institut für Gleichstellungsfragen: Quoten verbessern die Repräsentation von Frauen in Vorstandsorgnen	119
Europäisches Behindertenforum: Forderungen für die zweite Phase der EU Disability Strategy	120
Europäisches Jugendevent 2025	120
STAATSMINISTERIUM FÜR GESUNDHEIT, PFLEGE UND PRÄVENTION	122
Dänische Ratspräsidentschaft: Schwerpunkte aus dem Bereich des StMGP	122
COMBINE PILOT-Projekt für kombinierte Studien	122
Zulassung eines Arzneimittels zur Behandlung der Duchenne-Muskeldystrophie	122
Standpunkt des Rates zum „Arzneimittelpaket“	123
Kommission fördert Nasensprays gegen Atemwegsviren	124
Europäischer Drogenbericht 2025: Trends und Entwicklungen	124
Europäischer Hub für Impfstoffe für eine bessere Krisenvorsorge in der EU	125
Kommission begrüßt förmliche Annahme des Internationalen Pandemieabkommens	125
Rat billigt Änderungen der Internationalen Gesundheitsvorschriften	126
Globale Koalition für Maßnahmen bei vernachlässigten Krankheiten	126
Kommission rügt Nichtanerkennung von rumänischem Pflegepersonal	126
Europäische Drogenagentur: Substanzkonsum bei Teenagern gesunken, aber neue Risiken	127



Bestellung eines Expertengremiums für Medizinprodukte	127
Europäischer Rechnungshof: Kann die EU kritische Engpässe bei Arzneimitteln bewältigen?	128
STAATSMINISTERIUM FÜR DIGITALES	129
Dänische Ratspräsidentschaft: Schwerpunkte aus dem Bereich des StMD	129
Bericht zu GenAI veröffentlicht	130
Europas digitales Jahrzehnt: Kommission zieht Bilanz zur Halbzeit	130
Kommission startet öffentliche Konsultation zu hochriskanten KI-Systemen.....	130
<i>Virkkunen</i> schließt Verzögerung bei der Umsetzung des KI-Gesetzes nicht aus	131
Bessere Nutzung von Weltraumdaten und KI zur Verbesserung des Krisenmanagements.....	131
Update Gesetz über digitale Dienste: Untersuchungen zum Schutz Minderjähriger vor pornografischen Inhalten eingeleitet.....	132
Konsultationsmöglichkeit zur künftigen Strategie zur Datenunion	133
Frankreich, Spanien und Griechenland fordern die Einführung einer Altersgrenze für die Nutzung sozialer Netzwerke in der EU	133
CCIA stellt Forderungen an die künftige dänische EU-Ratspräsidentschaft.....	134



POLITISCHE SCHWERPUNKTE, INSTITUTIONELLES UND MEDIEN

RATSPRÄSIDENTSCHAFT

Dänemark übernimmt zum 01.07.2025 den Vorsitz im Rat der EU: Prioritäten für das kommende Halbjahr

Dänemark übernimmt zum 01.07.2025 den alle sechs Monate rotierenden EU-Ratsvorsitz von Polen. Die Präsidentschaft steht unter dem Motto „A Strong Europe in a Changing World“. Für Dänemark ist es die achte EU-Ratspräsidentschaft. Im nächsten halben Jahr wird das Land zwei EU-Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten sowie 15 informelle EU-Ministertreffen ausrichten. Um das Motto umzusetzen und Europa stark zu machen, wird sich die sozialdemokratische Minderheitsregierung um Ministerpräsidentin *Mette Frederiksen* auf zwei Bereiche – Sicherheit und Wettbewerbsfähigkeit – konzentrieren.

Im Bereich Verteidigung stehen neben der Umsetzung des „ReArm Europe“-Plans auch der Schutz kritischer Infrastruktur, Maßnahmen gegen die Verringerung von Abhängigkeiten sowie sichere Lieferketten im Mittelpunkt. Außenpolitisch sollen Partnerschaften mit Drittstaaten abgeschlossen werden und die Ukraine inkl. ihrer Verteidigungsindustrie unterstützt werden. Auch bei der Erweiterung der EU (Ukraine, Republik Moldau, Westbalkanstaaten) möchte Dänemark Fortschritte erzielen.

Mit Blick auf die Wirtschaft wird sich die dänische Ratspräsidentschaft darauf konzentrieren, europäischen Unternehmen günstige Rahmenbedingungen zu setzen, um die Wettbewerbsfähigkeit zu steigern. Hierzu wird Dänemark insbesondere die Arbeit an den Omnibus-Paketen weiter vorantreiben. Die grüne Transformation wird weiter als Schlüssel zum künftigen wirtschaftlichen Portfolio der EU gesehen, allerdings verschiebt sich der Fokus von der Nachhaltigkeit auf die Wettbewerbsfähigkeit. Den für Mitte Juli angekündigten nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen möchte die Ratspräsidentschaft frühzeitig in die benötigte Richtung lenken.

Für die konkreten inhaltlichen Schwerpunkte siehe die Beiträge der jeweiligen Fachbereiche in diesem Europabericht.

Die feierliche Eröffnung findet am 03.07.2025 in Aarhus statt. Zu diesem Anlass werden sich EU-Kommissionspräsidentin *von der Leyen* und EU-Ratspräsident *Costa* mit der dänischen Regierung treffen.

[Website der dänischen EU-Ratspräsidentschaft](#)

Rat für Allgemeine Angelegenheiten: EU-Sprachenregelung, Ungarn, Verteidigungsbereitschaft

Am 27.05.2025 tagte der Rat für Allgemeine Angelegenheiten in Brüssel. Den Vorsitz führte *Michael McGrath*, Kommissar für Justiz und Rechtsstaatlichkeit; für Deutschland nahm Staatsminister für Europa im Auswärtigen Amt *Gunther Krichbaum* teil. Ohne Aussprache wurde die gezielte Änderung der Verordnung über CO₂-Emissionen formell gebilligt sowie die Einigung zur Verordnung des Rates über das Instrument für



Sicherheitsmaßnahmen in Europa – SAFE – formell angenommen (siehe hierzu auch die Berichte aus den Ressorts). Der Rat bereitete den nächsten Europäischen Rat, der am 26.06.2025 und 27.06.2025 stattfinden wird und sich voraussichtlich mit der Ukraine, dem Nahen Osten, der Europäischen Sicherheit und Verteidigung, Gipfeltreffen mit Drittstaaten, Wettbewerbsfähigkeit und der Migration befassen wird, vor. Die Entscheidung über einen Antrag Spaniens, Katalanisch, Baskisch und Galicisch zu offiziellen Sprachen der EU zu erklären, wurde vertagt. Im Rahmen des Verfahrens nach Artikel 7 EUV gegen Ungarn führte der Rat die achte Anhörung durch. Der Austausch konzentrierte sich insbesondere auf das Funktionieren des Verfassungssystems und der gegenseitigen Kontrolle, die Korruptionsbekämpfung, den Schutz des zivilen Raums, die Freiheit der Wissenschaft und der Medien sowie den Schutz der Rechte von LGBTQI in Ungarn. Aufgrund der Ablehnung Ungarns und der Slowakei veröffentlichte die polnische Ratspräsidentschaft Schlussfolgerungen zur Stärkung der europäischen demokratischen Resilienz, die von den übrigen 25 Mitgliedstaaten unterstützt wurden. Der Rat nahm elf neue Projekte im Rahmen der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit (SSZ) an. Die Projekte erstrecken sich auf verschiedene Bereiche wie Land, Luft, See, strategische Enabler und Kraftmultiplikatoren, Ausbildungseinrichtungen sowie modernste Technologien wie Quantensysteme und Strahlenwaffen. Mehrere der Projekte entsprechen unmittelbar den von den EU-Führungsspitzen im Weißbuch zur Europäischen Verteidigung festgelegten Verteidigungsprioritäten.

[Tagungsseite](#)

Rat für Auswärtige Angelegenheiten (Entwicklung): Entwicklungsfinanzierung, EU-Afrika-Beziehungen, Ukraine

Am 26.05.2025 tagte der Rat für Auswärtige Angelegenheiten in der Formation Entwicklung in Brüssel. Der Rat wurde zum ersten Mal von der Hohen Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, *Kaja Kallas*, geleitet. Für Deutschland nahm Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung *Reem Alabali-Radovan* teil. Der Rat führte einen Gedankenaustausch über Entwicklungsfinanzierung, forderte eine Reform der internationalen Finanzarchitektur für Entwicklung und nahm Ratsschlussfolgerungen hierzu an. Im Nachgang zum dritten EU-AU-Außenministertreffen am 21.05.2025 betonte der Rat, dass es wichtig sei, die Sichtbarkeit von EU-Investitionen, insbesondere im Rahmen von Global Gateway, in Afrika zu erhöhen. Gemeinsames Handeln müsse verstärkt werden. Die Minister tauschten sich zudem zur aktuellen Lage in der Ukraine aus und wie „Team Europa“ koordiniert unterstützen kann. Der April war für die Ukraine einer der verlustreichsten Monate seit Beginn des Angriffskrieges. Die humanitäre Hilfe, die die EU-Mitgliedstaaten an die Ukraine geleistet haben, beläuft sich zwischenzeitlich auf 4,2 Mrd. €. Generell sollte das Außenhandeln der EU nach 2027 die EU als verlässlichen Partner zeigen, kontinuierlich ablaufen und den politischen Prioritäten und strategischen Interessen der EU entsprechen.

[Sitzungsseite](#)



Rat für Auswärtige Angelegenheiten und Rat für Auswärtige Angelegenheiten (Formation Verteidigung): 17. Sanktionspaket gegen Russland, Ukraine und Moldau, Naher Osten

Am 20.05.2025 tagten der Rat für Auswärtige Angelegenheiten und Rat für Auswärtige Angelegenheiten in der Formation Verteidigung in Brüssel. Den Vorsitz führte die Hohe Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik *Kaja Kallas*. Für Deutschland nahmen Verteidigungsminister *Boris Pistorius* und Außenminister *Johann Wadephul* teil. Die Minister sprachen sich über die Umsetzung des Weißbuchs zur Zukunft der europäischen Verteidigung und des ReArm-Europe Plans aus sowie dazu, wie die Ukraine militärisch und finanziell unterstützt werden und die Beitrittsverhandlungen mit ihr eröffnet werden können. Letzterem steht die Blockade Ungarns weiterhin entgegen. Hinsichtlich Russlands wurde das 17. Sanktionspaket beschlossen. Dieses richtet sich gegen weitere 189 Schiffe der russischen Schattenflotte und das große Erdölunternehmen Surgutneftegaz. Weiter wurden Unternehmen und Personen, die im militärisch-industriellen Sektor wirken und das russische Militär mit Drohnen, Waffen, Munition, militärischer Ausrüstung und kritischen Komponenten unterstützen, sanktioniert. Die Ausfuhr von Gütern mit doppeltem Verwendungszweck an 31 Organisationen wurde beschränkt. Weitere Maßnahmen richten sich gegen die Plünderung des kulturellen Erbes auf der Krim und die illegale Ausbeutung der ukrainischen landwirtschaftlichen Erzeugung. Daneben wurden drei weitere Sanktionsregelungen gegen hybride Aktivitäten Russlands, Menschenrechtsverletzungen in Russland durch Justizangehörige sowie den Einsatz von chemischen Waffen beschlossen. Die Außenminister vereinbarten die Aufhebung aller Wirtschaftssanktionen gegen Syrien und sprachen sich – vor dem Hintergrund der Intensivierung der israelischen Militäroperationen und der dramatischen Verschlechterung der humanitären Lage im Gazastreifen – mehrheitlich für eine Überprüfung des Assoziierungsabkommens zwischen Israel und der EU im Hinblick auf die Frage, ob Israel die Grundsätze der EU, beispielsweise die Menschenwürde, einhalte.

[Tagungsseite](#)

EUROPÄISCHES PARLAMENT

Plenarwoche vom 16.06. – 19.06.2025: Assoziationsabkommen EU-Israel, Fortschritte beim EU-Beitritt von Montenegro und der Republik Moldau, Makrofinanzhilfe für Ägypten, Bericht zur Rechtsstaatlichkeit, Modernisierung des EU-Stromnetzes, Wohlergehen von Hunden und Katzen

Auf der Plenartagung des Europäischen Parlaments (EP) in Straßburg standen u. a. folgende Themen im Zentrum der Debatten bzw. Abstimmungen (siehe auch Beiträge der Ressorts in diesem EB):

- **EP führt mit der Hohen Vertreterin der EU eine Aussprache zum Assoziationsabkommen EU-Israel und der Lage in Gaza**

Das EP führte am 17.06.2025 eine Aussprache anlässlich der Einleitung einer Überprüfung des EU-Israel-Assoziationsabkommens. Das Abkommen bildet die Grundlage für die politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen der EU und Israel. Die Einhaltung der Menschenrechte und demokratischer



Grundsätze durch Israel ist ein wesentliches Element des Assoziierungsabkommens, verankert in dessen Artikel 2. Als Reaktion auf die Blockade humanitärer Hilfe für den Gazastreifen durch Israel kündigte die EU-Außenbeauftragte *Kaja Kallas* am 20.05.2025 die Einleitung einer Überprüfung von Artikel 2 des Abkommens an. Dies ist der erste Schritt in einem Verfahren, das letztlich zur Aussetzung des Abkommens führen könnte. Vor dem EP sagte *Kallas*, dass Israel ein Recht zur Selbstverteidigung habe, dass das derzeitige Verhalten aber darüber hinausgehe.

- **EP begrüßt die Fortschritte Montenegros und Moldaus beim EU-Beitritt**

Das EP würdigte am 18.06.2025 die Fortschritte Montenegros und der Republik Moldau auf dem Weg zur EU-Mitgliedschaft. Montenegro wird als führender Kandidat für den EU-Beitritt im Jahr 2028 angesehen, benötigt jedoch weitere Fortschritte in den Bereichen Wahl- und Justizreformen sowie im Kampf gegen organisierte Kriminalität und Korruption. Das EP lobt Montenegros vollständige Angleichung an die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU und seine Unterstützung für die internationale regelbasierte Ordnung.

Die Republik Moldau wird für ihre Bemühungen um die EU-Mitgliedschaft gelobt, trotz erheblicher interner und externer Herausforderungen, einschließlich der Auswirkungen des anhaltenden Krieges Russlands gegen die Ukraine. Das EP begrüßt die Fortschritte der Regierung bei der Angleichung der Gesetze an die der EU und fordert die Europäische Kommission auf, ihre Unterstützung für die Republik Moldau zu verstärken.

- **EP genehmigt Makrofinanzhilfe für Ägypten**

Das EP genehmigte am 18.06.2025 ein vorläufiges Abkommen mit dem Rat über ein makrofinanzielles Hilfspaket für Ägypten im Wert von 4 Mrd. €. Ägypten muss diesen Kredit innerhalb von 35 Jahren zurückzahlen. Die Freigabe der Mittel hängt von der zufriedenstellenden Umsetzung des IWF-Programms und anderer politischer Maßnahmen ab, die in einem Memorandum zwischen der EU und den ägyptischen Behörden vereinbart werden. Die Kommission wird u.a. Schritte zur Stärkung der demokratischen Mechanismen, der Rechtsstaatlichkeit und des Schutzes der Menschenrechte im Land prüfen.

- **EP verabschiedet Bericht zur Rechtsstaatlichkeit in der EU**

Das EP verabschiedete am 18.06.2025 einen Bericht zur Rechtsstaatlichkeit in der EU. Die Abgeordneten identifizieren darin zahlreiche Bedrohungen der Rechtsstaatlichkeit und EU-Werte in den Mitgliedstaaten, darunter die Nichteinhaltung von Gerichtsurteilen, die Aushöhlung des zivilen Raums und Angriffe auf EU-Werte. Der Bericht betont die Notwendigkeit einer unabhängigen und effektiven Justiz und verurteilt die Einmischung in Korruptionsermittlungen sowie den Missbrauch der Justiz für politische Zwecke. Besorgniserregend sind die Verschlechterung des Schutzes von Minderheiten, insbesondere LGBTIQ+ Menschen, und die Absicht der Kommission, den Entwurf der Anti-Diskriminierungsrichtlinie zurückzuziehen. Die Abgeordneten fordern, Hassverbrechen und Hassreden auf EU-Ebene zu kriminalisieren und verurteilen Angriffe auf die Pressefreiheit sowie den Einsatz von Spionageprogrammen



gegen Journalisten. Sie verlangen die vollständige Umsetzung der jüngsten EU-Rechtsvorschriften wie des Gesetzes über digitale Dienste und des Gesetzes über Medienfreiheit. Die Abgeordneten fordern ein umfassenderes Instrumentarium, das die EU-Finanzierung enger mit der Einhaltung der Rechtsstaatlichkeit verknüpft. Der Bericht erwähnt ausdrücklich die anhaltenden Verstöße Ungarns gegen die Werte der EU und fordert den Rat auf, die blockierten Verfahren nach Artikel 7 freizugeben.

- **EP nimmt Vorschläge zur Modernisierung des EU-Stromnetzes an**

Das EP nahm am 19.06.2025 Vorschläge zur Modernisierung des EU-Stromnetzes an, um die Resilienz zu erhöhen, erneuerbare Energien besser zu integrieren und Genehmigungsverfahren zu vereinfachen. Die Abgeordneten betonen die Notwendigkeit erheblicher Investitionen und Infrastrukturverbesserungen, um die grenzüberschreitende Übertragungskapazität zu erhöhen und Netze Engpässe zu beseitigen. Ein Beispiel für die Dringlichkeit dieser Maßnahmen ist der Stromausfall auf der Iberischen Halbinsel Ende April, der die Verwundbarkeit der Netze verdeutlichte. Die Abgeordneten fordern klare Regeln und Verfahren, um private Investitionen anzuziehen und sicherzustellen, dass Netztarife die tatsächlichen Kosten widerspiegeln. Öffentlichkeitsarbeit und Akzeptanz der Bürger sind entscheidend für den Erfolg neuer Netzprojekte.

- **EP nimmt Gesetzentwurf für Wohlergehen und Rückverfolgbarkeit von Hunden und Katzen an**

Das EP verabschiedete am 19.06.2025 erstmals EU-weite Mindeststandards für das Wohlergehen und die Rückverfolgbarkeit von Hunden und Katzen. Alle in der EU gehaltenen Hunde und Katzen müssen mit einem Mikrochip versehen und in nationalen Datenbanken registriert werden. Diese Daten sollen in einer zentralen Indexdatenbank der Kommission gespeichert werden. Der Verkauf von Hunden und Katzen in Tierhandlungen soll verboten werden. Auch die Einfuhr von Hunden und Katzen aus Drittländern wird streng reguliert. Die Zucht zwischen nahen Verwandten sowie die Zucht von Tieren mit übermäßigen körperlichen Merkmalen wird verboten.

[Pressemitteilungen des Europäischen Parlaments](#)

„Mini-Plenum“ vom 21.05. – 22.05.2025: Zölle auf landwirtschaftliche Erzeugnisse und Düngemittel aus Russland und Belarus, de-minimis-Regelung bei CBAM, Choose Europe for Science-Initiative

Auf der Plenartagung des Europäischen Parlaments (EP) in Brüssel standen u. a. folgende Themen im Zentrum der Debatten bzw. Abstimmungen (siehe auch Beiträge der Ressorts in diesem EB):

- **EP billigt neue Zölle auf landwirtschaftliche Erzeugnisse aus Russland und Belarus**

Die Abgeordneten unterstützten am 21.05.2025 den Kommissionsvorschlag zur Erhöhung der Zölle auf bislang nicht mit zusätzlichen Einfuhrabgaben belegte Düngemittel sowie bestimmte landwirtschaftliche Erzeugnisse (etwa Zucker, Essig, Mehl und Tierfutter) aus Russland und Belarus um 50 %. Der Text sieht außerdem einen Zollsatz von 6,5 % auf aus Russland und Belarus importierte Düngemittel vor, zuzüglich eines Festzolls von 40 bis 45 € pro Tonne für den Zeitraum 2025–2026. Diese Abgaben sollen bis 2028 auf



430 € pro Tonne steigen. Die Einnahmen aus dem Verkauf russischer und belarussischer Düngemittel gelten als direkte Finanzierung des Krieges gegen die Ukraine. Angesichts im letzten Jahr gestiegener Düngemittelimporte aus Russland soll durch diese Maßnahme die EU-Düngemittelproduktion gestärkt werden.

- **EP stimmt für Vereinfachung des EU-Instruments gegen CO₂-Verlagerung**

Das Parlament stimmte am 22.05.2025 einem Teil des Ersten Omnibus-Vereinfachungspakets zu, das eine neue de-minimis-Grenze von 50 Tonnen für die Regeln des EU-CO₂-Grenzausgleichsmechanismus (CBAM) einführt. Die meisten Importeure – vornehmlich kleine und mittlere Unternehmen – fallen durch die Änderung aus dem Anwendungsbereich des CBAM. Die im Anwendungsbereich verbleibenden Unternehmen sind für 99 % der gesamten CO₂-Emissionen aus Importen von Eisen, Stahl, Aluminium, Zement und Düngemitteln verantwortlich, weshalb die Umweltziele weiterhin erreicht werden. Weiterhin wird das Zulassungsverfahren für diejenigen, die CBAM-pflichtige Waren einführen möchten und dies über der de-minimis-Grenze tun, vereinfacht, ebenso die Emissionsberechnung sowie das Management der CBAM-Finanzverpflichtungen; Missbrauchsschutzvorkehrungen werden verstärkt.

- **EP debattierte über die EU-Initiative „Choose Europe for Science“**

Die Abgeordneten debattierten am 22.05.2025 über die Initiative der Kommission, Wissenschaftler, Forscher, Akademiker und hochqualifizierte Fachkräfte nach Europa zu holen. Ziel der Initiative ist es, sicherzustellen, dass Wissenschaft in Europa offen und unabhängig bleibt, dass die freie Mobilität von Wissen und Daten innerhalb Europas gestärkt und die Freiheit der wissenschaftlichen Forschung durch ein neues Gesetz zum Europäischen Forschungsraum garantiert wird. Zu den neuen Maßnahmen zur Unterstützung internationaler Wissenschaftler zählt ein vorgeschlagenes Investitionspaket der Kommission in Höhe von 500 Mio. € für den Zeitraum 2025–2027.

[Pressemitteilungen des Europäischen Parlaments](#)

EUROPÄISCHER AUSSCHUSS DER REGIONEN

Ausschuss der Regionen nimmt bei seiner 166. Plenartagung vor allem die Kohäsionspolitik und den künftigen EU-Haushalt in den Blick

Am 14.05 und 15.05.2025 sind die Mitglieder des Europäischen Ausschusses der Regionen (AdR) zu ihrer 166. Plenarversammlung in Brüssel zusammengekommen, um über insgesamt 6 Stellungnahmen und 3 Entschlüsse abzustimmen. Themenschwerpunkte waren diesmal die Halbzeitbewertung der Kohäsionspolitik, der künftige EU-Haushalt, die Rolle der Städte und Regionen im Europäischen Plan für erschwinglichen Wohnraum, die Arbeitskräfte im Gesundheitswesen sowie die Stärkung der Position der Landwirte in der Agrar- und Lebensmittelversorgungskette. Außerdem hat der AdR seine politischen Prioritäten der Jahre 2025 bis 2030 angenommen.



Darüber hinaus standen mehrere für die lokale Ebene relevante EU-Angelegenheiten auf der Agenda, darunter die Energieinfrastruktur und eine Bestandsaufnahme zur Lage und den Zukunftsperspektiven der europäischen Bergregionen. Schließlich führten die AdR-Mitglieder in Anwesenheit hochrangiger Vertreter der EU-Institutionen insgesamt 4 Debatten. In ihnen ging es u.a. um den Europäischen Forschungsraum und die Beziehungen der EU mit dem Vereinigten Königreich.

[Homepage des AdR](#) (dort können alle Stellungnahmen, Entschlüsse und Debatten eingesehen werden)
[Photos der 166. Plenarversammlung](#)

Ausschuss der Regionen startet 5. Ausgabe des Paweł-Adamowicz-Preises

Im Rahmen seiner 166. Plenarversammlung hat der AdR gemeinsam mit der Stadt Danzig und dem International Cities of Refuge Network (ICORN) zum fünften Mal den Bürgermeister Paweł-Adamowicz-Preis ausgelobt. Nominierungsvorschläge können noch bis 31.10.2025 eingereicht werden.

Hintergrundinformation: *Paweł Adamowicz* war langjähriger Bürgermeister der Stadt Danzig. Er wurde im Januar 2019 in Ausübung seines öffentlichen Amtes ermordet. Der nach ihm benannte Preis soll ein starkes Signal der Hoffnung an alle gewählten Vertreter, Beamten und Bürger senden, die sich trotz bestehender Risiken für die Wahrung der Demokratie auf lokaler Ebene einsetzen.

[Pressemitteilung des AdR](#)
[Homepage des Paweł-Adamowicz-Preises](#)

INSTITUTIONELLES

Johannes Hahn wird EU-Sonderbeauftragter für Zypern

Die Kommission ernannte am 14.05.2025 den Österreicher *Johannes Hahn* zum Sonderbeauftragten der Europäischen Union für Zypern. Gemeinsam mit der Persönlichen Gesandten des UN-Generalsekretärs, *Maria Angela Holguín Cuéllar*, soll *Hahn* zum Einigungsprozess im Rahmen der Vereinten Nationen mit dem Ziel der Wiedervereinigung Zyperns beitragen. *Hahn* war in drei aufeinanderfolgenden Mandatsperioden EU-Kommissar für Regionalpolitik (2010-2014), für Europäische Nachbarschaftspolitik und Erweiterungsverhandlungen (2014-2019) und für Haushalt und Verwaltung (2019-2024).

Verdacht auf Korruption im Europäischen Parlament

Die belgische Staatsanwaltschaft ermittelt wegen des Verdachts der Korruption gegen aktive und ehemalige Mitglieder des Europäischen Parlaments. Das chinesische Mobilfunkunternehmen Huawei soll Abgeordnete des Europäischen Parlaments und Assistenten bestochen haben, um politische Entscheidungen im eigenen Interesse zu beeinflussen. Zwischenzeitlich wurden fünf Personen im Zusammenhang mit der Ermittlung wegen aktiver Korruption und der Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung, in einem Fall wegen Geldwäsche,



angeklagt. Im Mini-Plenum bestätigte die Präsidentin des Europäischen Parlaments, *Roberta Metsola*, dass Anträge auf Aufhebung der parlamentarischen Immunität von fünf (Anmerkung: späterer Rückzug eines Antrags) Abgeordneten vorlägen, die an den Rechtsausschuss verwiesen würden. Die Kommission hatte bereits bei Bekanntwerden der Ermittlungen verlauten lassen, keinen Kontakt mehr zu Repräsentanten von Huawei zu haben. Dies gelte auch für Treffen mit Organisationen, die für Huawei Lobbyarbeit betreiben.

Interinstitutionelle Ethikbehörde

Der Verfassungsausschuss des Europäischen Parlaments (EP) stimmte am 14.05.2025 gegen die Beteiligung des EP an der institutionenübergreifenden Ethikbehörde. Diese war nach dem Bestechungsskandal um die damalige Vizepräsidentin des Europaparlaments, *Eva Kaili* (vormals S&D), in dem es um die Verwicklung von Abgeordneten und EU-Beamten in Korruption, Geldwäsche und organisierte Kriminalität unter Beeinflussung der Regierungen Katars, Marokkos und Mauretaniens ging (Qatargate), vorgeschlagen worden. Ziel war es, ein unabhängiges Ethikgremium zu schaffen, dem die Kommission, das EP und andere Institutionen Rechenschaft schuldig wären. Damit das EP sich an der Ethikbehörde hätte beteiligen können, wäre eine Änderung der Geschäftsordnung erforderlich gewesen, die nun abgelehnt wurde.

Als Alternative zur Ethikbehörde wird ein Vorschlag für ein parlamentsinternes Disziplinargremium, ohne Beteiligung der anderen EU-Institutionen, erarbeitet. Wenn diese Reform des internen Verfahrens eine Mehrheit erhält, soll im EP abschließend über die Aufkündigung der interinstitutionellen Vereinbarung, mit der die Ethikbehörde geschaffen werden sollte, entschieden werden.

[Kommissionsseite zur interinstitutionellen Ethikbehörde](#)

Neue Strategie für eine sichere, wohlhabende und widerstandsfähige Schwarzmeerregion

Am 28.05.2025 stellte die Kommission die Neue Strategie für eine sichere, wohlhabende und widerstandsfähige Schwarzmeerregion (EU-Schwarzmeerstrategie) vor. Das Ziel der EU-Schwarzmeerstrategie ist es, die EU als zuverlässigen Partner zu etablieren und die Zusammenarbeit mit Ländern des Südkaukasus, Zentralasiens und benachbarter Regionen zu verstärken. Auf lange Sicht sollen die Länder, die der EU beitreten möchten, durch die Stärkung der Rechtsstaatlichkeit, die Beschleunigung von Reformen, die Annäherung an die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) und die schrittweise Integration in den EU-Binnenmarkt beim Beitrittsprozess geleitet werden. Die Schwarzmeerstrategie baut auf den drei Säulen „Sicherheit, Stabilität und Widerstandsfähigkeit“, „nachhaltiges Wachstum und Wohlstand“ und „Umweltschutz, Vorbereitung auf den Klimawandel und Katastrophenschutz“ auf. Zu jeder Säule wurden Flaggschiff-Initiativen vorgeschlagen.

[Pressemitteilung](#)

[Gemeinsame Mitteilung](#)



Vorstellung einer effizienteren Garantie für Außenmaßnahmen

Die Kommission stellte am 28.05.2025 ihren Vorschlag für eine effizientere Garantie für Außenmaßnahmen vor. Die Garantie für Außenmaßnahmen ist ein wichtiges Investitionsinstrument im Rahmen der Global-Gateway-Strategie, mit dem Darlehen zu günstigen Bedingungen für Investitionen in Partnerländern zur Verfügung gestellt werden. Künftig kann die EU leichter Mittel zwischen ihren Finanzierungsinstrumenten umverteilen, um so die Effizienz der EU-Auslandshilfe zu maximieren. Zusätzlich soll das Verfahren der Durchführungspartner (europäische Entwicklungsfinanzierungsinstitutionen) durch Vereinfachungsmaßnahmen, etwa konsolidierte und gestraffte Berichtspflichten, weniger Verhandlungen und vereinfachte Mischfinanzierungsverfahren) gestrafft werden.

[Pressemitteilung](#)

[Vorschlag für eine effizientere Garantie für Außenmaßnahmen](#)

Kommission plant ein Maßnahmenpaket zur Militärischen Mobilität

Die Kommission plant, eine gemeinsame Mitteilung, eine Verordnung sowie Änderungen bestehender EU-Rechtsvorschriften im Bereich der Militärischen Mobilität vorzuschlagen. Mit dem Paket sollen Infrastrukturengpässe, verfahrenstechnische Hindernisse und Lücken bei Verteidigungsfähigkeiten beseitigt werden, um die Mobilität von Truppen sowie von militärischer Ausrüstung in der EU und darüber hinaus zu verbessern. Die Kommission hat eine gezielte Konsultation der Interessensträger eingeleitet, an der die Mitgliedstaaten und einschlägige Akteure wie die NATO, die Europäische Verteidigungsagentur (EDA), die Ständige Strukturierte Zusammenarbeit (SSZ), Industrieverbände aus den Bereichen Verteidigung, Verkehr und Energie, Verkehrsinfrastrukturmanager, der Finanzsektor, die Zivilgesellschaft, Forschungsorganisationen und Denkfabriken bis zum 31.07.2025 teilnehmen können.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[gezielte Konsultation](#)

EU und Australien nehmen Verhandlungen über eine Sicherheits- und Verteidigungspartnerschaft auf

Am Rande des G7-Gipfels trafen sich EU-Kommissionspräsidentin *von der Leyen* und EU-Ratspräsident *Costa* mit dem australischen Premierminister *Albanese*. Die EU und Australien werden Verhandlungen über eine Sicherheits- und Verteidigungspartnerschaft (SVP) aufnehmen. Dies reiht sich in die aktuellen Bemühungen der EU um Abschlüsse von Sicherheits- und Verteidigungspartnerschaftsabkommen mit gleichgesinnten Drittstaaten ein. SVPs bilden einen Rahmen für die Zusammenarbeit in Bereichen wie der Verteidigungsindustrie (bspw. kann die Rüstungsindustrie des Partnerstaats an gemeinsamen Projekten im Rahmen des SAFE-Instruments teilnehmen), dem Cyberspace und der Terrorismusbekämpfung.

[Pressemitteilung des Rates](#)



Kommission stellt 18. Sanktionspaket gegen Russland vor

Die Präsidentin der Europäischen Kommission, *Ursula von der Leyen*, und die Hohe Vertreterin, *Kaja Kallas*, stellten am 11.06.2025 das 18. Sanktionspaket gegen Russland vor. Das Paket zielt auf den Energie- und Bankensektor ab. Der Vorschlag zum Energiesektor umfasst u.a. ein Transaktionsverbot für Nord Stream 1 und 2 (kein EU-Betreiber darf sich an Transaktionen im Zusammenhang mit den Nord-Stream-Pipelines beteiligen) und das Senken der Preisobergrenze für Öl von 60 \$ auf 45 \$ pro Barrel. Im Bankensektor soll u.a. das bestehende Verbot der Nutzung des SWIFT-Systems in ein vollständiges Transaktionsverbot umgewandelt werden, dieses Transaktionsverbot auf weitere 22 russische Banken ausgeweitet werden sowie Ausfuhrverbote im Wert von mehr als 2,5 Mrd. € für kritische Technologien, Industriegüter mit Fokus auf Maschinen, Metalle, Kunststoffe und Chemikalien verhängt werden. Das Sanktionspaket muss von den EU-Mitgliedstaaten beschlossen werden.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

INTERNATIONALES

Tagung der Europäischen Politischen Gemeinschaft

Am 16.05.2025 kamen zum insgesamt sechsten Mal Führungsspitzen aus ganz Europa zur Tagung der Europäischen Politischen Gemeinschaft zusammen. Die Tagung fand unter dem Motto „Ein neues Europa in einer neuen Welt: Einheit – Zusammenarbeit – gemeinsames Handeln“ in Tirana statt. Die EU wurde durch den Präsidenten des Europäischen Rates, *António Costa*, sowie durch die Präsidentin der Europäischen Kommission, *Ursula von der Leyen*, und die Präsidentin des Europäischen Parlaments, *Roberta Metsola* vertreten. Weiter nahmen die Staats- und Regierungschefs aus 25 EU-Mitgliedstaaten und 20 weiteren europäischen Ländern teil. In der Plenartagung wurden die sicherheitspolitischen Herausforderungen und die Sicherheit Europas besprochen. Danach fanden drei hochrangige Rundtischgespräche zu Europas Sicherheit und demokratischer Resilienz, zu Wettbewerbsfähigkeit und wirtschaftlicher Sicherheit sowie zu Herausforderungen im Bereich Mobilität, Migration und Stärkung der Handlungsfähigkeit der Jugend statt.

[Tagungsseite](#)

EU-UK-Gipfel: Sicherheits- und Verteidigungspartnerschaft, neue Agenda für die Zusammenarbeit

Am 19.05.2025 fand in London zum ersten Mal seit dem Brexit ein Gipfeltreffen zwischen der Europäischen Union und dem Vereinigten Königreich statt. Das Treffen markierte ein neues Kapitel in den Beziehungen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich.

Es wurde eine Sicherheits- und Verteidigungspartnerschaft begründet. Diese umfasst regelmäßige hochrangige Dialoge, Koordination bei Friedensmissionen, Kooperation in der Verteidigungsindustrie, Cybersicherheit, Schutz kritischer Infrastrukturen, maritime Sicherheit sowie Resilienz gegenüber hybriden Bedrohungen und öffnet den Raum für eine Beteiligung des Vereinigten Königreichs am SAFE-Instrument, mit dem den



Mitgliedstaaten Darlehen zu günstigen Zinsbedingungen für gemeinsame Verteidigungsprojekte finanziert werden sollen. Beide Seiten betonten die Bedeutung der Zusammenarbeit zur Unterstützung der Ukraine und zur Bekämpfung der russischen Aggression sowie die Förderung eines dauerhaften Friedens im Nahen Osten. Diese gemeinsamen Anstrengungen unterstreichen das Engagement für globale Stabilität und Frieden.

Die Agenda für die Zusammenarbeit zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich wurde erneuert. Sie umfasst nun Zusagen in verschiedenen Bereichen, darunter Jugendprogramme und die Assoziierung des Vereinigten Königreichs mit dem Programm Erasmus+. Diese Initiativen sollen den kulturellen und akademischen Austausch fördern. In der inneren Sicherheit und der justiziellen Zusammenarbeit haben beide Seiten ihren Willen bekräftigt, die bestehende Zusammenarbeit aus dem Handels- und Kooperationsabkommen technisch zu vertiefen, etwa durch einen besseren Datenaustausch, verstärkte Kontakte zu Europol, gemeinsame Ansätze im Kampf gegen Terrorismus, Kriminalität und Cyberbedrohungen. Schließlich wurde ein vollständiger gegenseitiger Zugang zu Fischereigewässern bis 2038 vereinbart, um Stabilität und Berechenbarkeit für Fischer auf beiden Seiten des Ärmelkanals zu gewährleisten. Als Zugeständnis an das Vereinigte Königreich wird die EU die Bürokratie für Lebensmittelimporte aus Großbritannien auf unbestimmte Zeit lockern. Dabei werden die Zertifikate und Kontrollen, die aktuell für den Transport von tierischen und pflanzlichen Produkten aus UK in die EU benötigt werden, für den Großteil der Produkte abgeschafft. Britische Unternehmen werden von der CO₂-Steuer der EU ausgeklammert.

[Tagungsseite](#)

Fünfte Tagung der Beitrittskonferenz mit Albanien: Start der Beitrittsverhandlungen zu Wettbewerbsfähigkeit und inklusivem Wachstum

Am 22.05.2025 tagte die Beitrittskonferenz mit Albanien zum fünften Mal. Die Verhandlungen über Cluster 3 (Wettbewerbsfähigkeit und integratives Wachstum), das die acht Kapitel „Digitaler Wandel und Medien“, „Steuerwesen“, „Wirtschafts- und Währungspolitik“, „Sozialpolitik und Beschäftigung“, „Unternehmens- und Industriepolitik“, „Wissenschaft und Forschung“, „Bildung und Kultur“ und „Zollunion“ umfasst, wurden aufgenommen.

[Tagungsseite](#)

[Pressemitteilung vom 22.05.2025](#)

Einladung der Schweiz zum SSZ-Projekt „Cyber-Range-Verbände“

Die Schweiz kann auf Einladung des Projektkoordinators Estland am Projekt der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit (SSZ) „Cyber-Range-Verbände“ teilnehmen. Dies beschloss der Europäische Rat am 20.05.2025 in Brüssel. Die SSZ ist eine der Säulen der EU-Verteidigungspolitik. Sie bietet einen Rahmen für die Verteidigungszusammenarbeit zwischen den bis auf Malta teilnehmenden EU-Mitgliedstaaten. Mit dem Projekt „Cyber-Range-Verbände“ werden ausgefeilte und leistungsstarke Plattformen für die Cyber-Ausbildung



entwickelt. Dabei handelt es sich um virtuelle Umgebungen, die für die Ausbildung, Simulation oder Emulation im Bereich Cybersicherheit und Cyberkrieg sowie für die Entwicklung von Technologien im Zusammenhang mit Cybersicherheit genutzt werden. Die Schweiz wird angesichts ihrer Arbeit an der Entwicklung der schweizerischen Cyber Training Range und Cyber Defence Campus einen erheblichen Mehrwert und gegenseitigen Nutzen für das Projekt bringen.

[Pressemitteilung des Rates](#)

Dritte Ministertagung der Europäischen Union und der Afrikanischen Union

Die Außenministerinnen und -minister der Europäischen Union und der Afrikanischen Union (AU) tagten am 21.05.2025 unter dem Vorsitz der Hohen Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik *Kaja Kallas* in Brüssel. Für Deutschland nahm Bundesminister des Auswärtigen *Johann Wadephul* teil. Die Teilnehmenden tauschten sich über Frieden, Sicherheit und Governance, Multilateralismus, Wohlstand und Menschen, Migration und Mobilität aus. Die stärkere Zusammenarbeit in den Bereichen kritische Rohstoffe, künstliche Intelligenz, regionale Integration und Mobilität stellte Kallas am Ende der Ministertagung als Priorität heraus. Im Jahr 2025 wird der 25. Jahrestag der Partnerschaft zwischen der EU und der AU begangen. Später im Jahr soll das 7. Gipfeltreffen der EU und AU stattfinden.

[Tagungsseite](#)

9. Treffen des Assoziationsrats zwischen der EU und der Republik Moldau

Am 04.06.2025 fand in Brüssel das 9. Treffen des Assoziationsrats zwischen der EU und der Republik Moldau statt. Der moldauische Premierminister *Dorin Recean* leitete das Treffen; die EU-Delegation wurde von der Hohen Vertreterin für Außen- und Sicherheitspolitik, *Kaja Kallas*, angeführt. Die EU bekräftigte ihre Unterstützung für den Beitrittsprozess Moldaus und lobte die Fortschritte des Landes in Bereichen wie Rechtsstaatlichkeit, Justizreform und Korruptionsbekämpfung. Die EU betonte die Bedeutung der Stärkung der Resilienz des Wahlprozesses gegen bösartige Einmischungen und verlängerte das Mandat der EU-Partnerschaftsmission in der Moldau bis Mai 2027. Schließlich bekräftigte die EU ihre Unterstützung für die Souveränität und territoriale Integrität Moldaus.

[Pressemitteilung des Rates](#)

EU-Unterstützung zur Erholung Syriens

Die Europäische Kommission schlägt 175 Mio. € zur Unterstützung des Wiederaufbaus in Syrien vor, nachdem die EU-Wirtschaftssanktionen aufgehoben wurden. Diese Finanzmittel sollen öffentliche Einrichtungen mit Experten aus Syrien und der Diaspora unterstützen, Gemeinschaftsprojekte in den Bereichen Energie, Bildung, Gesundheit, Existenzgrundlagen und Landwirtschaft fördern, die Wirtschaft durch die Schaffung stabiler Arbeitsplätze wiederbeleben, den Zugang zu Finanzmitteln verbessern sowie die Übergangsjustiz und



Menschenrechte unterstützen. Zudem plant die EU, Syrien in Programme wie Erasmus+ und den neuen Pakt für den Mittelmeerraum einzubinden. Mittelmeerraum-Kommissarin *Dubravka Šuica* bekräftigte bei einem Besuch in Syrien das Engagement der EU für einen friedlichen Übergang. Seit 2011 haben die EU und ihre Mitgliedstaaten fast 37 Mrd. € für humanitäre Hilfe und Resilienzförderung mobilisiert.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

EU und Großbritannien einigen sich auf ein Grenzabkommen zu Gibraltar

Am 11.06.2025 verständigten sich die EU, Spanien und Großbritannien über ein Abkommen zum künftigen Status des seit dem Vertrag von Utrecht 1713 zu Großbritannien gehörenden Überseegebiets Gibraltar (ca. 30.000 Einwohner). Künftig entfallen Kontrollen des Güter- und Personenverkehrs zwischen Spanien und Gibraltar. Laut dem britischen Außenminister *David Lammy* löse die Vereinbarung „das letzte ungelöste Problem des Brexit“.

[Gemeinsame Erklärung](#)

Modernisierung der Beziehungen zwischen der EU und der Schweiz

Die Europäische Kommission unterbreitete dem Rat am 13.06.2025 Vorschläge zur Modernisierung der Beziehungen zwischen der EU und der Schweiz. Diese umfassen die Aktualisierung von fünf Abkommen aus dem Jahr 1999, die den Zugang der Schweiz zum EU-Binnenmarkt regeln. Die Abkommen betreffen Luft- und Landverkehr, Freizügigkeit, Konformitätsbewertungen und den Handel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen. Neue Abkommen sollen die bilaterale Zusammenarbeit in Bereichen wie Lebensmittelsicherheit, Gesundheit, Elektrizität und Raumfahrt verbessern. Ein weiteres Abkommen regelt die Teilnahme der Schweiz an EU-Programmen wie Horizont Europa und Erasmus+. Die institutionellen Regelungen werden durch ein Protokoll über die parlamentarische Zusammenarbeit gestärkt. Die Abkommen müssen noch von beiden Seiten ratifiziert werden.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

MEDIEN

Dänische Ratspräsidentschaft: Schwerpunkte aus dem Medienbereich

Unter der am 01.07.2025 beginnenden dänischen Ratspräsidentschaft werden von der Ratsarbeitsgruppe Audiovisueller Sektor und Medien (RAG AVM) Schlussfolgerungen zum Zugang zu verlässlichen Nachrichten erarbeitet werden. Ziel ist ein medienpolitischer Beitrag zum von der Kommission angekündigten Europäischen Schutzschild für die Demokratie. Daneben sollen die Arbeitsbedingungen der Medien in Zeiten technologischer und geopolitischer Herausforderungen beleuchtet sowie die Umsetzung des im vergangenen Jahr verabschiedeten Europäischen Medienfreiheitsgesetzes (European Media Freedom Act; EMFA)



vorangetrieben werden. Außerdem wird die Ratspräsidentschaft zu mehreren Expertenrunden nach Dänemark einladen. Ein informelles Treffen der Medien- und Kulturminister ist für den 03.11 und 04.11.2025 in Kopenhagen geplant. Der formelle Medienministerrat tagt am 28.11.2025 in Brüssel.

[Homepage der RAG AVM](#)

Medienlenkungsausschuss des Europarats nimmt Online-Sicherheit und Auswirkungen generativer KI in den Blick

Vom 18.-20.06.2025 sind die Vertreter aller 46 Mitgliedstaaten des Europarates zur 27. Sitzung des Lenkungsausschusses für Medien und Informationsgesellschaft (CDMSI) in Straßburg zusammengekommen, um sich über aktuelle medienpolitische Themen auszutauschen. Die Mitgliedstaaten billigten dabei öffentliche Anhörungen zu einem Empfehlungsentwurf zur Online-Sicherheit sowie zu einem Leitfadentwurf betreffend die Auswirkungen von generativer KI auf die Meinungsfreiheit. Beide Dokumente wurden von Expertengruppen erarbeitet, die dem CDMSI unterstehen. Deren Verabschiedung durch das Ministerkomitee des Europarates ist für Anfang 2026 geplant.

Weitere Themenschwerpunkte waren die Kampagne des Europarates zur Sicherheit von Journalisten, der Kampf gegen Desinformation und Hate Speech sowie der menschenrechtsgerechte Einsatz von Spähsoftwareprogrammen. Schließlich wurden aktuelle Entwicklungen rund um das Europäische Medienfreiheitsgesetz und die Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste besprochen.

[Homepage des CDMSI](#)

[Homepage der Europaratskampagne zur Sicherheit von Journalisten](#)

EU unterstützt Radio Free Europe mit 5,5 Mio. €

Auf dem EU-Rat für Auswärtige Angelegenheiten vom 20.05.2025, kündigte die Hohe Vertreterin der Union, *Kaja Kallas*, an, dass die EU einen Vertrag über 5,5 Mio. € mit dem *European Endowment for Democracy* vorbereite, um die Arbeit von Radio Free Europe zu unterstützen. Sie erklärte, dass es sich hierbei um eine kurzfristige Notfinanzierung handele, die als Sicherheitsnetz gedacht ist, um unabhängigen Journalismus zu stärken. Die Unterstützungszusage der EU folgt auf einen im März dieses Jahres angekündigten Rückgang der US-Finanzierung.

Hintergrundinformation: Radio Free Europe ist ein vom US-amerikanischen Staat gegründeter Rundfunkveranstalter, der Hörfunkprogramme in 27 osteuropäischen, vorderasiatischen und zentralasiatischen Sprachen produziert. Damit erreicht er jede Woche mehr als 47 Mio. Menschen. Der Sender hat es sich zur Aufgabe gemacht, demokratische Werte zu fördern, indem er genaue, unzensierte Nachrichten und offene Debatten in Ländern bereitstellt, in denen die Pressefreiheit bedroht ist.

[Presseerklärung der Hohen Vertreterin der Union](#)



[Homepage von Radio Free Europe](#)

Von der EU finanzierte Filme unter den Preisträgern der Filmfestspiele von Cannes / Gemeinsame Erklärung der Kulturministerinnen und Kulturminister der Europäischen Union

Bei den vom 13.-24.05.2025 abgehaltenen 78. Filmfestspielen von Cannes waren insgesamt 23 von der EU finanzierte Werke in 6 verschiedenen Kategorien nominiert. Sämtliche Filme wurden im Rahmen der MEDIA-Komponente des Programms Kreatives Europa finanziert, das die Filmproduktion und den Filmvertrieb mit insgesamt 1,3 Mio. € unterstützt. *Sentimental Value* von *Joachim Trier* (Norwegen, Deutschland, Frankreich, Dänemark) erhielt mit dem Grand Prix die zweithöchste Auszeichnung des Festivals. *Sirat* von *Ólivier Laxe* (Spanien, Frankreich) wurde Co-Preisträger des Jury-Preises. *Nadia Melliti* erhielt schließlich den Preis für die beste Schauspielerin für ihre Leistung in *Petite Dernière* von *Hafsia Herzi* (Frankreich, Deutschland).

Im Rahmen der Filmfestspiele hat die Kommission in Zusammenarbeit mit der *Conferencia de Autoridades Audiovisuales y Cinematográficas de Iberoamérica* (CAACI) eine Veranstaltung organisiert. Ziel war, die Reichweite gemeinsamer audiovisueller Werke zwischen Europa, Lateinamerika und der Karibik auf ein größeres Publikum zu erhöhen. Außerdem haben die Kulturministerinnen und -minister der EU-Mitgliedstaaten eine gemeinsame Erklärung verabschiedet. In ihr würdigen sie den Reichtum des europäischen Films und rufen zu einer kollektiven Kraftanstrengung für ein Europa der Kultur auf, in dem der Film eine zentrale Rolle spielen müsse.

[Homepage der Filmfestspiele](#)

[MEDIA-Komponente des Programms Kreatives Europa](#)

[Filmpolitische Erklärung](#)

Medienministerrat nimmt Ratsschlussfolgerungen zu audiovisuellen Mediendiensten an

Die europäischen Medienministerinnen und -minister haben am 13.05.2025 Ratsschlussfolgerungen zur Prüfung des Rechtsrahmens für audiovisuelle Mediendienste und Video-Sharing-Plattform-Dienste (sog. VSP-Dienste) angenommen. Die unter polnischer Ratspräsidentschaft erarbeiteten Schlussfolgerungen betonen die entscheidende Rolle der Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste (AVMD-Richtlinie) für den Schutz und die Förderung eines vielfältigen und wettbewerbsfähigen Marktes für audiovisuelle Medien in der EU sowie bei der Gewährleistung unabhängiger, vertrauenswürdiger und kulturell vielfältiger audiovisueller Inhalte. Mit Blick auf die für 2026 anstehende Bewertung und mögliche Revision der AVMD-Richtlinie fordern die Mitgliedstaaten die Kommission auf, zu untersuchen, ob Präzisierungen ihres Anwendungsbereichs notwendig sind und ob der Schutz von Minderjährigen hinreichend gewährleistet wird. Die Kommission soll außerdem prüfen, ob die derzeitigen Bestimmungen der AVMD-Richtlinie zu VSP-Diensten ausreichen, um die Öffentlichkeit vor Schäden und anderen gesellschaftlichen Risiken zu schützen, ob Übertragungen von Ereignissen von erheblicher gesellschaftlicher Bedeutung breit zugänglich sind und ob die bestehenden grenzüberschreitenden Mechanismen insbesondere in Bezug auf Diensteanbietern aus Drittländern ihre Wirkung erzielen.



Daneben diskutierten die Medienministerinnen und -minister über die Themen „Transparenz von Medieneigentum und -finanzierung“, „Schutz des Kultur- und Kreativsektors bei der Entwicklung von KI“ sowie „Erfolg des europäischen Modells zur Finanzierung und Regulierung des Film- und Fernsehschaffens“. Abschließend informierte die kommende dänische Ratspräsidentschaft über ihr Arbeitsprogramm. Danach sind u.a. Ratsschlussfolgerungen zu Medienaspekten eines Europäischen Schutzschildes für die Demokratie sowie mehrere Konferenzen in Kopenhagen vorgesehen.

[Pressemitteilung des Rates](#)

[Ratsschlussfolgerungen](#)



STAATSMINISTERIUM DES INNERN, FÜR SPORT UND INTEGRATION

Dänische Ratspräsidentschaft: Schwerpunkte aus dem Bereich des StMI

Zum 01.07.2025 übernimmt Dänemark die Präsidentschaft im Rat der Europäischen Union. Es folgt damit auf Polen und wird den Vorsitz bis Ende des Jahres innehaben, bevor Zypern den Staffelstab übernimmt. Der aktuelle Dreivorsitz, bestehend aus Polen, Dänemark und Zypern, tritt damit in seine zweite Phase ein. Im Mittelpunkt steht das gemeinsame Leitmotiv der Trio-Präsidentschaft: die Stärkung der Sicherheit und der Stabilität in Europa – ein Thema, das angesichts anhaltender Herausforderungen wie irregulärer Migration, organisierter Kriminalität und hybrider Bedrohungen besondere Aufmerksamkeit verdient.

Die dänische Präsidentschaft will im Rat für Justiz und Inneres gezielt Maßnahmen vorantreiben, die auf die Bekämpfung irregulärer Migration und eine wirksame Kontrolle der EU-Außengrenzen abzielen. Hierzu zählen die Umsetzung des im Jahr 2024 verabschiedeten Pakts zu Migration und Asyl sowie des Gemeinsamen Umsetzungsplans der Kommission, einschließlich der Einführung des Konzepts des „sicheren Drittstaats“ und der Erstellung einer EU-weiten Liste sicherer Herkunftsstaaten im Rahmen der Asylverfahrensverordnung. Weiteres Augenmerk soll auf die Bekämpfung der Schleusung von Migranten gerichtet werden, die nur durch strategische Partnerschaften mit Herkunfts- und Transitstaaten wirksam unterbunden werden kann. Ebenso soll eine effektive und moderne Rückführungspolitik vorangebracht werden. Die dänische Präsidentschaft wird die Umsetzung des Entry/Exit-Systems vorantreiben und die Diskussionen zum Umgang mit Geflüchteten aus der Ukraine begleiten. Darüber hinaus sollen neue Ansätze entwickelt werden, um die Anreizstrukturen hinter irregulärer Migration und gefährlichen Fluchtrouten nach Europa zu durchbrechen. Es ist anzumerken, dass Dänemark mit Ausnahme der Dublin-III- und Eurodac-Verordnungen aufgrund seines „Opt-outs“ von der EU-Zusammenarbeit im Bereich Justiz und Inneres nicht direkt an die migrations- und asylpolitischen Maßnahmen der EU gebunden ist. Die koordinierende Rolle im Rahmen der Ratspräsidentschaft erfolgt daher unabhängig von einer vollständigen rechtlichen Bindung an den Pakt.

Weiteres Ziel der dänischen Präsidentschaft ist es, die Bekämpfung organisierter Kriminalität – insbesondere im Bereich der Drogenkriminalität – zu intensivieren. Dabei stehen sowohl die Stärkung der inneren Zusammenarbeit als auch die Kooperation mit Drittstaaten im Fokus.

Auch die Resilienz der Europäischen Union gegenüber aktuellen und zukünftigen Krisen, Katastrophen und Bedrohungen soll erhöht werden, um damit einen Beitrag zu einem handlungsfähigen und widerstandsfähigen Europa zu leisten. Dabei verfolgt die dänische Präsidentschaft einen ganzheitlichen Ansatz zur inneren Sicherheit und begleitet die Umsetzung der EU-Strategie für die innere Sicherheit. Dazu zählen auch Maßnahmen zur Stärkung der Krisenvorsorge, zur Verbesserung des Katastrophenschutzes sowie zur Sicherung kritischer Infrastruktur – insbesondere im Bereich der Unterwasserkommunikation, wo die Umsetzung des EU-Aktionsplans zur Kabelsicherheit weiter vorangetrieben werden soll.



INNERES

EU-USA-Innenministertreffen in Warschau: Gemeinsame Sicherheitsagenda im Fokus

Am 03.06.2025 fand ein informelles EU-US-Innenministertreffen in Warschau statt. Das Treffen diente dem Ziel, die enge transatlantische Zusammenarbeit in den Bereichen Justiz und Inneres zu bekräftigen und gemeinsame Maßnahmen zu planen. Dabei bekräftigten die EU und die USA ihr gemeinsames Engagement im Kampf gegen organisierte Kriminalität sowie Drogenhandel und betonten die Bedeutung vertiefter justizieller und polizeilicher Zusammenarbeit, insbesondere im Bereich Terrorismusbekämpfung zwischen Europol und US-Behörden. Hinsichtlich der illegalen Migration unterstrichen beide Seiten die Bedeutung gemeinsamer Maßnahmen zu deren Eindämmung, zur Bekämpfung von Schleusernetzwerken und zur effizienten Rückführung. Zudem betonten die Partner ihre enge Zusammenarbeit bei der Bekämpfung von Cyberkriminalität. In Bezug auf die Reisefreiheit bekräftigten die EU und die USA ihr gemeinsames Bekenntnis zur visafreien Einreise für alle Bürgerinnen und Bürger auf beiden Seiten des Atlantiks.

[Pressemitteilung](#)

40. Geburtstag Schengenraum: Treffen der Innenminister der 27 EU-Mitgliedstaaten und der assoziierten Länder am 13.06.2025 in Luxemburg

Am 13.06.2025 trafen sich die EU-Innenministerinnen und -minister in Luxemburg, um über aktuelle Herausforderungen in den Bereichen Migration, Sicherheit und Schengen-Zusammenarbeit zu beraten. Anlässlich des 40-jährigen Jubiläums des Schengener Übereinkommens verabschiedete der Rat eine gemeinsame Erklärung und bekräftigte sein Bekenntnis, in einen gemeinsamen Schengen-Raum als einheitliches Reisegebiet ohne Kontrollen an den Binnengrenzen zu investieren und eine solide Verwaltung der Außengrenzen, ein wirksameres Vorgehen gegen illegale Migration und ein hohes Maß an innerer Sicherheit zu gewährleisten. Zudem einigte sich der Rat auf operative Prioritäten für das kommende Jahr, um die Resilienz und Funktionsfähigkeit des Schengen-Raums weiter zu verbessern.

Zu den weiteren Themen, mit denen sich der Rat befusste, zählten die Vorbereitung der schrittweisen Einführung des digitalen Einreise-/Ausreisystems (EES), Fragen der Rückführung und der Anwendung des Konzepts des sicheren Drittstaats, der Umsetzungsstand des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS), neue Prioritäten zur Bekämpfung organisierter Kriminalität im Rahmen von EMPACT sowie die Diskussion über die EU-Strategie „ProtectEU“ zur Stärkung der inneren Sicherheit (siehe weitere Beiträge in diesem EB-Abschnitt).

[Pressemitteilung zum Schengenraum](#)

[Pressemitteilung des JI-Rats](#)



ASYL UND MIGRATION

Kommission schlägt vereinfachte Anwendung des Konzepts des sicheren Drittstaats vor

Am 20.05.2025 legte die Kommission einen Vorschlag vor, der die Anwendung des Konzepts des sicheren Drittstaats durch die Mitgliedstaaten vereinfachen soll. Ziel ist es, Asylverfahren zu beschleunigen, die nationalen Systeme zu entlasten und gleichzeitig Rechte der Antragstellenden zu wahren. Ein Drittstaat gilt als sicher, wenn ein Asylantragsteller dort wirksamen Schutz erhalten kann, insbesondere vor Verfolgung und Zurückweisung, sowie Zugang zu einem fairen Asylverfahren besteht.

Künftig soll eine individuelle Verbindung zwischen dem Antragsteller und dem sicheren Drittstaat nicht mehr zwingend erforderlich sein. Auch ein Transit durch ein sicheres Drittland vor der Einreise in die EU kann als ausreichende Grundlage für die Anwendung des Konzepts gelten. Fehlt sowohl eine Verbindung als auch ein Transit, können Mitgliedstaaten das Konzept anwenden, wenn ein Abkommen mit dem betreffenden Drittstaat besteht, dass die Prüfung des Schutzantrags sicherstellt.

Zudem schlägt die Kommission vor, dass Rechtsmittel gegen Unzulässigkeitsentscheidungen auf Basis des sicheren Drittstaats künftig nicht mehr automatisch aufschiebende Wirkung haben. Mitgliedstaaten werden außerdem verpflichtet, die Kommission und andere EU-Staaten vor Abschluss entsprechender Abkommen zu informieren.

[Pressemitteilung](#)

Verlängerung des vorübergehenden Schutzes für Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine

Die Kommission schlug am 04.06.2025 vor, den vorübergehenden Schutz für Menschen, die vor dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine geflohen sind, bis zum 04.03.2027 zu verlängern. Der Rat stimmte dem Vorschlag am 13.06.2025 einstimmig zu. Der vorübergehende Schutz entlastet die nationalen Asylsysteme, da keine individuellen Asylanträge erforderlich sind, und gewährt Geflüchteten u. a. Aufenthaltsrecht, Zugang zum Arbeitsmarkt, zu Sozialleistungen, medizinischer Versorgung und Bildung. Die Verlängerung ändert nichts an den bisherigen Bedingungen. Parallel dazu empfiehlt die Kommission den Mitgliedstaaten, sich auf einen koordinierten Übergang aus dem vorübergehenden Schutz vorzubereiten, etwa durch alternative Aufenthaltsregelungen, Rückkehrstrategien und gezielte Informationsangebote. Die Ratsempfehlung befindet sich noch in der Abstimmung.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Pressemitteilung des Rats](#)



EU stärkt Zusammenarbeit mit Bosnien und Herzegowina in den Bereichen Migration und Grenzmanagement

Die Europäische Union und Bosnien und Herzegowina verstärkten am 11.06.2025 ihre Zusammenarbeit in den Bereichen Migration und Grenzmanagement mit der Unterzeichnung eines neuen Statusabkommens zwischen der Europäischen Agentur für die Grenz- und Küstenwache (Frontex) und den Behörden in Bosnien und Herzegowina. Das Abkommen ermöglicht es Frontex, gemeinsame Operationen mit Bosnien und Herzegowina durchzuführen und ihr ständiges Korps an allen Grenzen des Landes einzusetzen, einschließlich benachbarter Nicht-EU-Länder sowie an Grenzübergängen und Flughäfen.

[Pressemitteilung](#)

Frontex veröffentlicht Risikoanalyse 2025 - 2026

Am 03.06.2025 veröffentlichte die Europäische Agentur für die Grenz- und Küstenwache (Frontex) ihre jährliche Risikoanalyse für den Zeitraum 2025 - 2026. Der Bericht bietet einen umfassenden Überblick über aktuelle Herausforderungen an den Außengrenzen der EU und dient als Grundlage für strategische Planungen im europäischen Grenzmanagement.

Besondere Herausforderungen identifiziert Frontex an den Luftgrenzen, wo gefälschte Dokumente, Visamissbrauch und die Nutzung weniger kontrollierter Flughäfen zunehmen. An den östlichen Landgrenzen warnt die Agentur vor hybriden Bedrohungen durch den gezielten Einsatz von Migration als Druckmittel. Im Süden führen Instabilität in Afrika und externe Einflussnahme zu neuen Migrationsrouten und verstärktem Schmuggel. Die Analyse unterstreicht die wachsende Rolle organisierter krimineller Netzwerke, die digitale Technologien und Drohnen einsetzen, um Grenzkontrollen zu umgehen. Frontex sieht sich dabei als strategischer Partner der Mitgliedstaaten, um Risiken frühzeitig zu erkennen und gemeinsam zu handeln.

[Zum Bericht](#)

[Pressemitteilung](#)

EUAA veröffentlicht Asylbericht 2025 – Deutschland bleibt zentrales Zielland

Am 12.05.2025 veröffentlichte die Europäische Union für Asylfragen (EUAA) ihren Jahresbericht zur Asylsituation in Europa. Der Bericht zeigt, dass die EU+ Staaten im Jahr 2024 rund eine Million Asylanträge verzeichneten – zum dritten Mal in Folge.

Deutschland blieb trotz eines Rückgangs von 29 % gegenüber dem Vorjahr mit rund 237.000 Asylanträgen das Land mit den meisten Anträgen in der EU+. Die meisten Antragsteller kamen aus Syrien (31 %), Afghanistan (14 %) und der Türkei (13 %). Gleichzeitig stieg die Zahl der Entscheidungen deutlich: Deutschland traf 2024 über 300.000 Erstentscheidungen, mehr als jedes andere EU+ Land.



Die Anerkennungsquote lag bei 55 %, wobei der Großteil der Schutzgewährungen auf subsidiären Schutz entfiel. Zudem beherbergte Deutschland Ende 2024 rund 1,1 Mio. Personen mit temporärem Schutzstatus, vor allem aus der Ukraine.

[Asylbericht 2025](#)

[Pressemitteilung](#)

FREIZÜGIGKEIT

Vorläufige Einigung über schrittweise Einführung des digitalen Einreise-/Ausreisystems erzielt

Am 19.05.2025 erzielten Rat und Europäisches Parlament eine vorläufige Einigung über die schrittweise Einführung des digitalen Einreise-/Ausreisystems (EES). Das System soll künftig die Ein- und Ausreisedaten, Passinformationen, sowie Fingerabdrücke und Gesichtsbilder von Drittstaatsangehörigen, die für Kurzaufenthalte in den Schengen-Raum reisen, digital erfassen. Ziel ist es, Identitätsbetrug und Aufenthaltsüberziehungen wirksam zu verhindern.

Die Einigung erlaubt es den Mitgliedstaaten, das EES über einen Zeitraum von sechs Monaten stufenweise in Betrieb zu nehmen. Im ersten Monat sollen mindestens zehn Prozent der Grenzübertritte erfasst werden, nach drei Monaten soll das EES an mindestens 35 % der Grenzübergangsstellen einsatzbereit sein. Nach sechs Monaten wird eine vollständige Erfassung aller betroffenen Personen angestrebt. Innerhalb der ersten 60 Tage dürfen die Mitgliedstaaten das EES noch ohne biometrische Funktion nutzen. Während der Übergangsphase bleibt das manuelle Abstempeln von Reisedokumenten weiterhin möglich.

Die Kommission wird den konkreten Starttermin des EES noch beschließen, sobald alle Mitgliedstaaten ihre Einsatzbereitschaft gemeldet haben. In Ausnahmefällen, etwa bei hohem Verkehrsaufkommen, können die Mitgliedstaaten den Einsatz des EES an bestimmten Grenzübergängen vorübergehend aussetzen.

[Pressemitteilung](#)

EU verschärft Regeln zur Aussetzung der Visumfreiheit für Drittländer

Am 17.06.2025 einigten sich der Rat und das Europäische Parlament auf neue Regeln zur Aussetzung der Visumfreiheit für Drittstaaten. Mit der Reform reagieren die Institutionen auf zunehmenden Missbrauch und stärken dadurch die außenpolitische Handlungsfähigkeit der EU. Künftig kann die EU die Visumfreiheit u. a. dann aussetzen, wenn ein Drittstaat seine Visumpolitik nicht an EU-Standards anpasst, hybride Bedrohungen bestehen oder sich die bilateralen Beziehungen verschlechtern.

Die neue Regelung verlängert die mögliche Aussetzungsdauer von neun auf zwölf Monate und erlaubt eine Verlängerung um bis zu 24 weitere Monate. Bleiben Verbesserungen aus, kann die EU die Visumfreiheit dauerhaft aufheben. Erstmals können die Maßnahmen gezielt gegen Entscheidungsträger eines Drittstaats



gerichtet werden, um die Bevölkerung zu schonen. Die formelle Annahme durch beide Institutionen steht noch aus.

[Pressemitteilung](#)

DATENSCHUTZ

Einigung zur Stärkung der grenzüberschreitenden DSGVO-Durchsetzung

Am 16.06.2025 erzielten der Rat und das Europäische Parlament (EP) eine vorläufige Einigung über neue Verfahrensregeln zur besseren Durchsetzung der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) bei grenzüberschreitenden Fällen. Ziel ist es, die Zusammenarbeit zwischen den nationalen Datenschutzbehörden zu vereinfachen und die Rechte der betroffenen Personen zu stärken.

Die neue Verordnung sieht u. a. einheitliche Regeln zur Zulässigkeit von Beschwerden, klar definierte Verfahrensrechte für Bürgerinnen und Bürger und Unternehmen sowie feste Bearbeitungsfristen vor. Ein Mechanismus zur frühzeitigen Streitbeilegung soll zudem langwierige Verfahren vermeiden. Die Verordnung tritt nach formeller Annahme durch EP und Rat in Kraft.

[Pressemeldung](#)

CYBERSICHERHEIT

Rat nimmt Konzeptentwurf für ein besseres Management von Cyberkrisen und -vorfällen in Europa an

Am 06.06.2025 nahm der Rat einen überarbeiteten Blueprint zur Bewältigung von Cyberkrisen an. Ziel ist es, die Koordination zwischen EU-Institutionen, Mitgliedstaaten und relevanten Akteuren zu verbessern und die digitale Resilienz Europas nachhaltig zu stärken.

Der Entwurf baut auf der Version von 2017 auf und berücksichtigt aktuelle Rechtsvorschriften wie die NIS-2-Richtlinie und das Cybersolidaritätsgesetz. Angesichts der wachsenden Bedrohungslage soll die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten und den beteiligten Akteuren auf technischer, operativer und politischer Ebene intensiviert werden. Dabei wird auch die zunehmende Bedeutung digitaler Technologien für Wirtschaft und Gesellschaft betont sowie das damit verbundene Risiko für Cyberangriffe. Der Blueprint definiert klare Kriterien für das Auslösen eines Krisenrahmens und legt die Rollen zentraler Akteure wie der Agentur der EU für Cybersicherheit (ENISA) und dem Netzwerk der Verbindungsorganisationen fest. Zudem unterstreicht er die Bedeutung der zivil-militärischen Zusammenarbeit, etwa mit der NATO, sowie Maßnahmen zur Wiederherstellung und zum Erfahrungsaustausch nach Vorfällen.

[Zum Blueprint](#)

[Pressemitteilung](#)



KRIMINALITÄTSBEKÄMPFUNG

Rat legt Prioritäten der EU zur Verbrechensbekämpfung für die nächsten Jahre fest

Am 13.06.2025 einigte sich der Rat auf die Prioritäten der EU zur Bekämpfung der schweren und organisierten Kriminalität von 2026 - 2029. Diese werden im Rahmen der Europäischen Multidisziplinären Plattform zur Bekämpfung krimineller Bedrohungen (EMPACT) umgesetzt. EMPACT bündelt die Zusammenarbeit von Strafverfolgungsbehörden, Zoll, Justiz, Drittländern und dem Privatsektor, um die größten Bedrohungen durch organisierte Kriminalität in der EU gezielt zu bekämpfen.

Der neue EMPACT-Zyklus 2026 - 2029 konzentriert sich auf sieben Prioritäten: die Zerschlagung krimineller Netze, die Bekämpfung von Cyberkriminalität, Drogenhandel, Schleusung und Menschenhandel, Waffen- und Sprengstoffkriminalität, Umweltverbrechen sowie Wirtschafts- und Finanzkriminalität. Dabei berücksichtigt der Rat insbesondere die zunehmende Digitalisierung und die beschleunigende Wirkung neuer Technologien auf kriminelle Aktivitäten.

Zugleich fordert der Rat die Mitgliedstaaten auf, bestehende Umsetzungsprobleme zu überwinden und EMPACT auf die nächste Entwicklungsstufe zu heben. Er ruft die Kommission auf, eine Aufstockung der Mittel im EU-Haushalt vorzuschlagen. Die Umsetzung dieser Prioritäten erfolgt über operative Aktionspläne (OAP), die konkrete Maßnahmen auf nationaler und europäischer Ebene festlegen.

[Pressemitteilung](#)

Europol: Gestohlene Daten treiben Cyberkriminalität voran

Am 11.06.2025 veröffentlichte Europol seinen jährlichen Bericht zur Internetkriminalität (IOCTA 2025). Der Bericht zeigt, dass gestohlene Daten zunehmend als Handelsware im digitalen Untergrund dienen und ein kriminelles Ökosystem aus Online-Betrug, Ransomware und sexueller Ausbeutung befeuern.

Cyberkriminelle nutzen verstärkt generative KI und soziale Manipulation, um persönliche Informationen gezielt abzugreifen. Zugangsdaten werden über das Darknet gehandelt, auch ohne technisches Wissen lassen sich Angriffe über „Crime-as-a-Service“-Plattformen durchführen. Besonders besorgniserregend ist laut Europol der Missbrauch von KI zur gezielten Ansprache von Kindern.

Europol fordert koordinierte Maßnahmen auf EU-Ebene, darunter Lösungen für den Datenzugriff bei verschlüsselter Kommunikation und eine Stärkung der digitalen Bildung.

[Zum Bericht](#)

[Pressemitteilung](#)



GELDWÄSCHE

Kommission aktualisiert Liste hochriskanter Drittstaaten

Am 10.06.2025 hat die Kommission ihre Liste von Drittstaaten mit strategischen Mängeln in der Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung überarbeitet. Neu aufgenommen wurden u. a. Algerien, Angola, Kenia und Venezuela. Gestrichen wurden Panama, die Philippinen und die Vereinigten Arabischen Emirate. Grundlage der Bewertung ist die Arbeit der internationalen Financial Action Task Force (FATF). Finanzinstitute in der EU müssen bei Transaktionen mit gelisteten Staaten erhöhte Sorgfaltspflichten anwenden. Die Änderung erfolgt per delegierter Verordnung und tritt nach Prüfung durch Parlament und Rat in Kraft.

[Pressemitteilung](#)



STAATSMINISTERIUM FÜR WOHNEN, BAU UND VERKEHR

DÄNISCHE RATSPRÄSIDENTSCHAFT

Dänische Ratspräsidentschaft: Schwerpunkte aus dem Bereich des StMB

Dänemark übernimmt von Polen zum 01.07.2025 den Vorsitz im Rat der EU für die zweite Jahreshälfte 2025 (siehe hierzu auch Beitrag unter politische Schwerpunkte in diesem EB). Zum 01.01.2026 wird Zypern auf Dänemark folgen. Unter dem Motto „Ein starkes Europa in einer Welt im Wandel“ wird sich der dänische Ratsvorsitz für ein sicheres, wettbewerbsfähiges und grünes Europa einsetzen.

Im Verkehrsbereich möchte sich der dänische Ratsvorsitz auf die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit, die Verringerung des Verwaltungsaufwands und die Förderung des grünen Übergangs konzentrieren. Der Vorsitz plant die Verhandlungen mit dem Europäischen Parlament und der Kommission zur EU-Fluggastrechte-Verordnung und zur Verordnung über das Schienenkapazitätsmanagement bis Ende 2025 abschließen (siehe weiteren Beitrag in diesem EB-Abschnitt). Daneben wird ein Kompromiss unter den EU-Mitgliedstaaten zur Richtlinie über Gewichte und Abmessungen gesucht. Weitere wichtige Dossiers sind die Verordnung zur Messung von Treibhausgasemissionen im Verkehrssektor („CountEmissions EU“), die Durchsetzungs- und Multimodal-Verordnung zu Passagierrechten sowie die Richtlinie über harmonisierte Binnenschiffahrtsinformationsdienste (RIS). Darüber hinaus wird die Zukunft der Verkehrsinfrastrukturfinanzierung unter der Fazilität „Europa verbinden“ (CEF) eine wichtige Rolle spielen. Der nächste formelle EU-Verkehrsrat findet vsl. am 04.12.2025 in Brüssel statt.

Im Bereich Bauen und Wohnen wird der dänische Ratsvorsitz die laufenden Vorbereitungen der Kommission zur Überarbeitung der EU-Beihilfevorschriften, des EU-Vergaberechts und der ersten europäischen Strategie zu bezahlbarem Wohnen begleiten. Dabei soll der Förderung einer sauberen Energieerzeugung und der Elektrifizierungsagenda eine Priorität eingeräumt werden. Des Weiteren wird der Vorschlag der Kommission zum nächsten mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) ab 2028 mit Blick auf die Kohäsionspolitik diskutiert werden. Eine hochrangige Konferenz zu bezahlbarem und nachhaltigem Wohnen ist am 29./30.09.2025 in Kopenhagen geplant.

[Webseite der dänischen Ratspräsidentschaft](#)

[Programm der dänischen Ratspräsidentschaft](#)

[Veranstaltungen der dänischen Ratspräsidentschaft](#)

VERKEHRSPOLITIK

Umweltrat positioniert sich zum Verordnungsvorschlag über Altfahrzeuge

Am 17.06.2025 hat sich der Rat zum Verordnungsvorschlag über Altfahrzeuge positioniert (siehe weiteren Beitrag des StMUV in diesem EB). Der Standpunkt des Rates sieht u. a. vor, dass Verkäufer bei jedem Eigentumswechsel von Gebrauchtwagen Unterlagen vorlegen müssen, die nachweisen, dass es sich bei dem



Fahrzeug nicht um ein Altfahrzeug handelt, da Altfahrzeuge nicht weiterverkauft werden dürfen. Nach dem Willen des Rates soll diese Nachweispflicht bei Verkäufen von verkehrssicheren Fahrzeugen zwischen Privatpersonen nicht gelten, außer es handelt sich um Wirtschaftsteilnehmer oder um Verkäufe über Fernabsatzverträge bzw. Online-Plattformen. Ausnahmen sollen für Oldtimer gelten. Die Kommission hatte in ihrem Vorschlag eine Nachweispflicht für jede Außerbetriebsetzung eines Fahrzeugs vorgesehen. Allein in Bayern waren dies im Jahr 2023 rund 1,53 Mio. Fälle. Das Europäische Parlament wird vsl. im September 2025 seine Haltung festlegen, bevor die abschließenden Verhandlungen beginnen können.

[Pressemitteilung des Rates](#)

Ergebnisse des formellen EU-Verkehrsrats am 05.06.2025 in Brüssel

Am 05.06.2025 tagte der formelle EU-Verkehrsrat unter polnischer EU-Ratspräsidentschaft in Luxemburg. Der letzte formelle EU-Verkehrsrat fand am 05.12.2024 in Brüssel (EB 01/25) und informelle EU-Verkehrsrat zur militärischen Mobilität am 17./18.03.2025 in Warschau (EB 04/25) statt. Deutschland wurde durch Bundesverkehrsminister *Patrick Schnieder* vertreten.

Der Rat konnte seinen Standpunkt zur EU-Fluggastrechteverordnung festlegen (siehe weiteren Beitrag in diesem EB-Abschnitt). Daneben berichtete die Europäische Organisation zur Sicherung der Luftfahrt (EUROCONTROL), dass der Luftverkehr jährlich wieder um 5 % wächst. Dabei kam es im Sommer 2024 zu den meisten Verspätungen in den letzten 25 Jahren. Rund 46 % der Verspätungen waren auf mangelnde Kapazitäten bei der Luftverkehrskontrolle zurückzuführen. Für das Jahr 2025 liegt der Anteil schon bei 51 % und damit auf dem schlechtesten Niveau seit den 1990er Jahren. An Tagen mit besonders vielen Verspätungen wird täglich mit rund 20 Mio. € an zusätzlichen Kosten für die Luftverkehrsunternehmen gerechnet. EUROCONTROL schlägt daher eine bessere Harmonisierung der Netzoperationspläne, die Rekrutierung von mehr Lotsen und die Digitalisierung der Systeme vor.

Darüber hinaus wurden u. a. folgende Themen behandelt:

EU-Straßenverkehrssicherheitspaket

- Am 24.04.2025 hat die Kommission ein Paket zur Verbesserung der Straßenverkehrssicherheit und der Luftqualität vorgelegt (EB 05/25). Dieses besteht aus Vorschlägen zur Überarbeitung der Richtlinien zur regelmäßigen technischen Überwachung von Fahrzeugen und zur technischen Unterwegskontrolle von Nutzfahrzeugen sowie einer Richtlinie über Zulassungsdokumente für Fahrzeuge und die in nationalen Registern gespeicherten Fahrzeugdaten. Der Rat begrüßte die vorgeschlagenen Maßnahmen zur Bekämpfung von Tachomanipulation, die Berücksichtigung neuartiger Prüf- und Messmethoden sowie die Digitalisierung von Fahrzeugzulassungs- und Prüfbescheinigungen.
- Kritisch wurde der Vorschlag eines jährlichen Prüfintervals für Pkw und Transporter ab zehn Jahren diskutiert. Dieses Verfahren besteht aktuell in 16 Mitgliedstaaten. Für Deutschland würde dies eine Verkürzung von zwei auf ein Jahr bedeuten. Die Kommission betonte, dass durch diese Maßnahme



tausende Verkehrstote und Verletzte aufgrund technischer Fehler von älteren Fahrzeugen vermeidbar wären. Die jährlichen Kosten für diese Prüfung sollten den Wert einer „zusätzlichen Tankfüllung“ nicht übersteigen. Die Kontrollen werden grenzüberschreitend anerkannt. Frankreich lehnte diesen Vorschlag ab. In Frankreich sei das Durchschnittsalter von Fahrzeugen elf Jahre und eine Verkürzung würde zu unverhältnismäßigen Kosten für die Fahrzeughalter führen. Deutschland gab zu bedenken, dass technische Mängel nur in wenigen Fällen die Ursache von Unfällen seien. Eine übermäßige Belastung der Halter und Verwaltung müsse vermieden werden.

Fortschrittsbericht zur Richtlinie über Gewichte und Abmessungen von Lkw

- Mit der Überarbeitung der Richtlinie über Gewichte und Abmessungen von schweren Nutzfahrzeugen wie Lkw und Busse soll die Einführung emissionsfreier Technologien gefördert werden. Bereits am 12.03.2024 hatte das Europäische Parlament seinen Standpunkt festgelegt (EB 03/24). Der Vorschlag sieht u. a. vor, zusätzliches Gewicht für Fahrzeuge mit emissionsfreien Technologien zu erlauben (40 t schwere Nutzfahrzeuge, um weitere 4 t erhöhen). Zudem werden Regeln für die Verwendung längerer und schwerer Fahrzeuge im grenzüberschreitenden Verkehr vorgeschlagen. Kritisch wird weiterhin das Konzept eines positiven Netzes diskutiert, wonach schwere Fahrzeuge nur auf bestimmten Strecken erlaubt werden, um die negativen Folgen für die Straßeninfrastruktur zu reduzieren. Deutschland hob die besondere Bedeutung der Sicherheit der Straßen- und Brückeninfrastruktur hervor und sprach sich gegen die Erhöhung der Achslast von 11,5 auf 12,5 t aus. Ein Standpunkt des Rates soll unter der dänischen EU-Ratspräsidentschaft beim Verkehrsrat am 04.12.2025 erzielt werden.

Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur nach 2027

- Die polnische EU-Ratspräsidentschaft informierte zur Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur nach 2027. Danach werden für die transeuropäischen Verkehrsnetze (TEN-V) von 2025 - 2040 mehr als 845 Mrd. € für den Ausbau der zivilen Infrastruktur und weitere 45 Mrd. € für mehr als 500 Projekte zur Modernisierung der zivil-militärischen Infrastruktur („dual use“) benötigt. Die Kommission betont, dass die EU-Mittel für die Fazilität „Europa verbinden“ (CEF) weitgehend gebunden seien und Mittel aus der Kohäsionspolitik für die militärische Mobilität umgewidmet werden sollten. Der Kommissionsvorschlag für den nächsten mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) 2028 - 2034 werde am 16.07.2025 vorgelegt.

Unter der dänischen EU-Ratspräsidentschaft in der zweiten Jahreshälfte 2025 findet der nächste formelle EU-Verkehrsrat vsl. am 04.12.2025 in Brüssel statt.

[Pressemitteilung der EU-Ratspräsidentschaft](#)

[Tagesordnung zum EU-Verkehrsrat](#)

Rat legt Standpunkt zur EU-Fluggastrechte-Verordnung fest

Am 05.06.2025 hat der Rat seinen Standpunkt zur Überarbeitung der EU-Fluggastrechte-Verordnung festgelegt (siehe weiteren Beitrag des StMJ in diesem EB). Bereits am 13.03.2013 hatte die Kommission eine Revision



vorgeschlagen, zu der sich das Europäische Parlament (EP) am 05.02.2014 positionierte. Mit der Überarbeitung der EU-Fluggastrechte-Verordnung sollen den Fluggästen über 30 neue Rechte eingeräumt werden, welche eine anderweitige Beförderung, Unterstützungsleistungen, den finanziellen Ausgleich bei Annullierungen und Verspätungen sowie Auskunftsrechte betreffen.

Danach müssen Fluggesellschaften innerhalb von drei Stunden nach einer Reiseunterbrechung eine angemessene anderweitige Beförderung anbieten. Anderenfalls können die Fluggäste ihre eigene Beförderung organisieren und eine Erstattung von bis zu 400 % des ursprünglichen Flugpreises verlangen. Zudem besteht ein Recht auf Unterstützungsleistungen, wie Erfrischungen, Verpflegung und Unterbringung. Wenn eine Fluggesellschaft diese Unterstützung nicht leistet, können Fluggäste eigene Vorkehrungen treffen und erhalten anschließend eine Entschädigung.

Entschädigungen bei Annullierungen und Verspätungen dürfen von den Fluggesellschaften nur bei „außergewöhnlichen Umständen“ verweigert werden. Eine Entschädigung i.H.v. 300 € soll bei Flügen unter 3.500 km und allen Flügen innerhalb der EU bei Verspätungen von mehr als vier Std. (bislang drei Std.) gelten. Bei Flügen von mehr als 3.500 km und Verspätungen von mehr als sechs Stunden soll eine Entschädigung i.H.v. 500 € gezahlt werden. Daneben haben Fluggäste bei einer Annullierung von weniger als 14 Tagen einen Anspruch auf eine Ausgleichszahlung, die über vorausgefüllte Formulare einfach beantragt werden kann. Fluggäste, denen die Beförderung auf einem Rückflug verweigert wird, weil sie den Hinflug nicht angetreten haben, sollen einen Anspruch auf eine Ausgleichszahlung erhalten („No-Show“-Politik). Die Fluggäste haben sechs Monate Zeit, um ihre Beschwerde einzureichen. Die Fluggesellschaften müssen hierauf innerhalb von 14 Tagen reagieren und in begründeten Fällen eine Entschädigung leisten.

Deutschland konnte sich mit seiner Forderung einer Beibehaltung des Entschädigungsanspruchs ab einer Flugverspätung von drei Stunden im Rat nicht durchsetzen. Auch der Vorschlag Deutschlands einer „300 € Flat“ für alle Verspätungen ab drei Stunden konnte sich nicht durchsetzen. Für die abschließenden Trilog-Verhandlungen zwischen Rat, EP und Kommission sprachen sich die Europaabgeordneten *Markus Ferber* (CSU/EVP), *Jens Gieseke* (CDU/EVP) und *Jan-Christoph Oetjen* (FDP/Renew) für eine Beibehaltung der aktuellen Entschädigungsschwelle ab einer Verspätung von drei Std. aus.

[Pressemitteilung der EU-Ratspräsidentschaft](#)

Kommission veröffentlicht Empfehlungen zur Bekämpfung von Mobilitätsarmut

Am 22.05.2025 hat die Kommission Empfehlungen zur Bekämpfung von Mobilitätsarmut für die EU-Mitgliedstaaten veröffentlicht. Bereits am 17.02.2025 hatte die Sachverständigengruppe für urbane Mobilität (EGUM) ihre Empfehlungen für eine nachhaltige städtische Logistik (SULP) veröffentlicht (EB 02/25). Die Kommission erwartet, dass der Klima-Sozialfonds ab 2026 mindestens 86,7 Mrd. € zur Förderung einer nachhaltigen und inklusiven Mobilität mobilisieren wird. Die Mitgliedstaaten müssen bis Ende Juni 2025 nationale Klimasozialpläne ausarbeiten, um Zugang zu den Finanzmitteln zu erhalten. Laut den Empfehlungen können Maßnahmen Sozialleasing-Programme für emissionsfreie Fahrzeuge, die verkehrliche Anbindung von



einkommensschwachen Gebieten an Stadtzentren und die Bereitstellung von Gutscheinen für bedürftige Menschen für den öffentlichen Nahverkehr sein. Zur Umsetzung der Empfehlungen wurde eine gemeinsame Forschungsstelle „Transport Poverty Hub“ gegründet und eine Online-Plattform mit Karten zu bedürftigen Gebieten bereitgestellt. Zudem soll das Thema Mobilitätsarmut stärker in bestehenden Strategien und Aktionsplänen integriert werden.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

Kommission veröffentlicht Empfehlungen zur Förderung von Frauen im Verkehrssektor

Am 06.06.2025 hat die Kommission über ihre Plattform „Frauen im Verkehr“ 25 Empfehlungen zur Förderung von Frauen im Verkehrssektor veröffentlicht. Laut dem Bericht machen Frauen aktuell nur 22 % der Beschäftigten im EU-Verkehrssektor aus. Zu den wichtigsten strategischen Empfehlungen zählen verstärkte Rekrutierungsbemühungen, eine Verbesserung der Haltequote und die Förderung einer integrativen Belegschaft. Als sieben Handlungsfelder wurden die Arbeitsorganisation, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, das Gesundheitsmanagement, die Arbeitskultur, die Löhne, die Weiterentwicklungsmöglichkeiten und der Rekrutierungsprozess identifiziert. Als konkrete Maßnahmen werden u. a. eine offene Kommunikation empfohlen, die auch weibliche Influencer, Praktika, Tage der offenen Türe, Netzwerkveranstaltungen und Mentoring umfassen. Zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie zählen flexible Arbeitszeiten, Home-Office-Optionen, Elternurlaubsregelungen und die Unterstützung bei der Kinderbetreuung. Unternehmen sollten entsprechende Benchmarks bei der Einrichtung geschlechtergerechter Arbeitsbedingungen definieren und durch strukturierte Verfahren und konstruktive Feedbackschleifen kontinuierlich verbessern.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

SCHIENENVERKEHR

Kommission möchte Frauen bei der Bahn im Oktober 2025 auszeichnen

Bis zum 17.06.2025 konnten sich Organisationen, Unternehmen und Einzelpersonen für den Preis Frauen bei der Bahn („Women in Rail Award 2025“) bewerben. Bereits am 25.09.2024 hatte die Kommission diesen Preis über ihre Plattform „Frauen im Verkehr“ u. a. zusammen mit den EU-Eisenbahnunternehmen und der EU-Eisenbahnagentur (ERA) zur Förderung weiblicher Talente und der Geschlechtergleichstellung in der Bahnindustrie vergeben (EB 09/24). Die Auszeichnung ist in vier Kategorien unterteilt: 1. „Women Empowerment Award“ zur Würdigung eines Bahnunternehmens, das der Geschlechtergleichstellung höchste Priorität einräumt; 2. „Leadership and Mentoring Award“ für eine Frau, die außergewöhnliche Führungsqualitäten bewiesen hat; 3. „Research and Innovation Award“ für eine Frau, die hervorragende Leistungen bei Forschung und Innovation gezeigt hat; 4. „Next Generation in Rail Award“ für besondere Bildungsinitiativen, die Mädchen und Frauen im Alter von 6 - 25 Jahren für eine Laufbahn im Bahnsektor



befähigt haben. Der Preis wird im Rahmen der Europäischen Schienenverkehrssicherheitstage vom 01. - 03.10.2025 in Krakau (Polen) verliehen.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

LUFTVERKEHR

Kommission aktualisiert EU-Flugsicherheitsliste

Am 03.06.2025 hat die Kommission die EU-Flugsicherheitsliste aktualisiert. Bereits am 13.12.2024 hatte die Kommission eine Aktualisierung vorgenommen (EB 01/25). Die Liste umfasst aktuell insgesamt 169 Fluggesellschaften, die aufgrund mangelnder Sicherheitsstandards eine Betriebsuntersagung für den EU-Luftraum erhielten. Neu wurden alle in Surinam und Tansania zugelassenen Luftfahrtunternehmen in die Liste aufgenommen. Zu den festgestellten Sicherheitsmängeln zählen u. a. fehlendes Personal, ineffektive Aufsichtsprozesse und die Nichteinhaltung von internationalen Sicherheitsstandards. Die Liste umfasst auch 22 in Russland zugelassene Fluggesellschaften. Betriebsbeschränkungen für bestimmte Flugzeugtypen bestehen für Iran Air und Air Koryo (Nordkorea).

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[EU-Flugsicherheitsliste](#)

STRAßENVERKEHR

Kommission leitet Konsultation zu elektronischen Frachtbeförderungsinformationen ein

Bis zum 08.07.2025 führt die Kommission eine Konsultation zu einer Durchführungsverordnung zur Verordnung (EU) 2020/1056 über elektronische Frachtbeförderungsinformationen (eFTI) durch. Ziel ist es, einen Rechtsrahmen für Unternehmen zu schaffen, um digitale Informationen über den Güterverkehr in der EU mit den zuständigen Behörden austauschen zu können. Mit der Durchführungsverordnung werden detaillierte Spezifikationen für die gemeinsamen funktionalen Anforderungen an IT-Plattformen für die Erbringung von eFTI-Diensten zwischen Unternehmen und Behörden festgelegt. Mit einer Annahme durch die Kommission wird bis Ende 2025 gerechnet.

[Konsultation der Kommission](#)

UKRAINE-EU

Kommission veröffentlicht aktualisierte Zahlen zu den EU-Solidaritätskorridoren für April 2025

Am 28.05.2025 hat die Kommission aktualisierte Zahlen zum Güterverkehr der EU mit der Ukraine auf den EU-Solidaritätskorridoren veröffentlicht (EB 05/25). Im April 2025 wurden über die EU-Solidaritätskorridore rund 70 % der ukrainischen Einfuhren (30 % über das Schwarze Meer) sowie 70 % der ukrainischen Ausfuhren von nichtlandwirtschaftlichen Produkten und 20 % des ukrainischen Getreides, der Ölsaaten und verwandter



Erzeugnisse transportiert. Seit Mai 2022 konnte die Ukraine hierüber rund 183 Mio. t an Waren ausführen, darunter rund 92 Mio. t an landwirtschaftlichen Erzeugnissen. Insgesamt wurden rund 40 % des ukrainischen Getreides und der Ölsaaten über diese Korridore und 60 % über die ukrainischen Schwarzmeerhäfen transportiert. Die Einfuhren in die Ukraine betrugen seit Mai 2022 etwa 76 Mio. t an Waren, wie Treibstoff, Fahrzeuge und Düngemittel. Der Gesamtwert des Handels über die Korridore wird auf rund 213 Mrd. € geschätzt, wovon ca. 61 Mrd. € auf die ukrainischen Ausfuhren und 152 Mrd. € auf die Einfuhren in die Ukraine entfielen.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

BAUEN UND WOHNEN

Europäisches Parlament und Rat einigen sich zu Bevölkerungs- und Wohnstatistiken

Am 13.05.2025 haben das Europäische Parlament (EP) und der Rat eine vorläufige Einigung zur Verordnung über Europäische Bevölkerungs- und Wohnstatistiken („ESOP-VO“) erzielt. Die Verhandlungen wurden bereits am 08.11.2023 aufgenommen. Ziel ist es, die Qualität der Statistiken durch eine einheitliche Begriffsdefinition von „Bevölkerung“ zu verbessern und den Zugang zu Datenquellen zu erleichtern. Die Statistiken sollen als Grundlage für politische Entscheidungen dienen und umfassen Datenpunkte, wie sozioökonomische Faktoren, Zu- und Abwanderung sowie Gebäudemerkmale. Nach der förmlichen Annahme durch das EP und den Rat treten die neuen Vorschriften in Kraft.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

Kommission leitet Konsultation zur Verordnung zu Statistiken über Gewerbeimmobilien ein

Bis zum 18.07.2025 hat die Kommission eine nachträgliche Konsultation zur Verordnung zu Statistiken über Gewerbeimmobilien eingeleitet. Bereits am 11.03.2025 hatte die Kommission ihren Vorschlag für eine Verordnung über nicht-finanzielle Statistiken zu Gewerbeimmobilien vorgelegt (EB 04/25). Der aktuellen Konsultation ist eine Sondierung vom 27.11. - 25.12.2023 vorausgegangen (EB 12/23). Der Vorschlag wird mit möglichen Systemrisiken nach der Finanzkrise begründet, die auf eine mangelnde Vergleichbarkeit von Informationen über Preise, Mieten und neue Bauprojekte von Gewerbeimmobilien zurückgeführt werden. Nach dem Willen der Kommission sollten die Statistiken mindestens Indikatoren zu Preisen, Mieten, Baubeginn und Baufertigstellung umfassen. Preisinformationen sollten durch Daten über Leerstandsquoten ergänzt werden, um die Mietrenditen bewerten zu können. Die Mitgliedstaaten müssen die Daten an das Statistische Amt der EU (Eurostat) übermitteln, wo diese in einer Datenbank zusammengeführt und veröffentlicht werden. Als Datum des Inkrafttretens der Verordnung über nicht-finanzielle Statistiken zu Gewerbeimmobilien wird der 01.01.2026 vorgeschlagen.

[Konsultation der Kommission](#)



STAATSMINISTERIUM DER JUSTIZ

Dänische Ratspräsidentschaft: Schwerpunkte aus dem Bereich StMJ

Die dänische Ratspräsidentschaft hat am 19.06.2025 ihr Programm für die anstehende Ratspräsidentschaft vom 01.07. - 31.12.2025 veröffentlicht.

Im Bereich der Justiz ist u. a, die Bekämpfung der schweren und grenzüberschreitenden organisierten Kriminalität im Fokus, wobei der Schwerpunkt auf der Bekämpfung der Drogenkriminalität, insbesondere der wachsenden Bedrohung durch synthetische Drogen, einschließlich Opioide, und anderer Straftaten liegt.

Es sollen zudem die Beratungen über die vorgeschlagene Richtlinie zur Korruptionsbekämpfung fortgesetzt werden. Ebenso sollen die Verhandlungen betreffend den Vorschlag für eine Richtlinie zur Harmonisierung bestimmter Aspekte des Insolvenzrechts vorangetrieben werden, um die Bemühungen um eine weitere Integration der EU-Kapitalmärkte zu unterstützen. Weiter soll die Arbeit am Verordnungsvorschlag zum Schutz von Erwachsenen sowie der Verordnung über die Elternschaft vorangetrieben werden. Das gilt auch für den Vorschlag für eine Richtlinie über Mindeststandards für Opfer.

Die dänische Ratspräsidentschaft plant zudem die Intensivierung der justiziellen Zusammenarbeit mit Drittstaaten. Insbesondere bei der Auslieferung von Personen zum Zwecke der Strafverfolgung, wenn diese der Begehung organisierter Kriminalität verdächtig oder wegen solcher Straftaten verurteilt werden.

Ein weiterer Punkt, auf den sich die dänische Ratspräsidentschaft nun konzentrieren möchte, ist die Verordnung und Richtlinie über den sexuellen Kindesmissbrauch. In diesem Zusammenhang soll auch der Zugang zu Daten für eine wirksame Strafverfolgung maßgeblich verbessert werden. Darüber hinaus müsse die Zusammenarbeit beim Datenaustausch mit internationalen Organisationen und Drittländern weiter intensiviert werden.

[Website der dänischen Ratspräsidentschaft](#)

EuGH: Urteil zum Begriff der irreführenden Werbung I

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat am 08.05.2025 in der Rechtssache C-697/23 (Irreführende Werbung – LG München I) festgestellt, dass von einem Unternehmen erbrachte Online-Vergleichsdienste für Versicherungsprodukte, die weder einen Mitbewerber dieses Unternehmens noch die von einem solchen Mitbewerber angebotenen Waren oder Dienstleistungen erkennbar machten, nicht unter den Begriff „vergleichende Werbung“ im Sinne von Art. 2 Buchst. c der Richtlinie 2006/114 fallen.

Die HUK-COBURG-Versicherungsgruppe hat vor dem Landgericht München I verschiedene Unternehmen des Vergleichsportals Check24 wegen des Vergleichs von Versicherungen auf Unterlassung verklagt.

Nach Ansicht von HUK-COBURG sei die Darstellung und Vergabe von Tarifnoten (von 1,0 bis 4,0, d.h. „sehr gut“, „gut“, „befriedigend“ oder „ausreichend“), wie sie auf Check24 erfolgten, eine unzulässige vergleichende Werbung.



Der EuGH stellte fest, dass insoweit der Begriff der vergleichenden Werbung nach der Rechtsprechung des Gerichtshofs dadurch gekennzeichnet sei, dass ein „Mitbewerber“ oder die von ihm angebotenen Waren und Dienstleistungen erkennbar gemacht würden.

Folglich komme es, wie die Kommission zu Recht hervorgehoben habe, im vorliegenden Fall entscheidend darauf an, ob eine Unternehmensgruppe, die Online-Vergleichsdienste für Versicherungsprodukte anbietet, im Sinne von Art. 2 Buchst. c der Richtlinie 2006/114 als „Mitbewerber“ einer Versicherungsgruppe eingestuft werden könne. Dies festzustellen sei Sache der nationalen Gerichte.

Der EuGH stellte dennoch fest, dass von einem Unternehmen erbrachte Online-Vergleichsdienste für Versicherungsprodukte, die weder einen Mitbewerber dieses Unternehmens noch die von einem solchen Mitbewerber angebotenen Waren oder Dienstleistungen erkennbar machten, nicht unter den Begriff „vergleichende Werbung“ im Sinne von Art. 2 Buchst. c der Richtlinie 2006/114 fielen.

[Urteil des EuGH vom 08.05.2025](#)

LIBE: Billigung der neuen Vorschriften zum Vorschlag zur Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs von Kindern

Am 13.05.2025 billigte der Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres (LIBE) die neuen Vorschriften zum Vorschlag der Kommission für eine Neufassung der Richtlinie zur Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs und der sexuellen Ausbeutung von Kindern sowie der Darstellungen von Kindesmissbrauch und zur Ersetzung des Rahmenbeschlusses 2004/68/JI des Rates (COM (2024) 60 final) vom 06.02.2024 mit 57 JA-Stimmen, 0 NEIN-Stimmen und 0 Enthaltungen.

Das aktualisierte Gesetz, das im Februar 2024 von der Kommission vorgeschlagen wurde, erweitert die Definitionen der Straftatbestände des sexuellen Missbrauchs und der sexuellen Ausbeutung von Kindern – einschließlich derjenigen, die durch neue Online-Instrumente ermöglicht oder erleichtert werden – und gewährleistet eine wirksamere Ermittlung und Strafverfolgung dieser Straftaten. Die Vorschriften sehen auch höhere Strafen vor und enthalten spezifischere Anforderungen an die Prävention und Unterstützung der Opfer.

Deutschland hatte im Rahmen der Verhandlungen in der betreffenden Ratsarbeitsgruppe vor allem auf eine verhältnismäßige Ausgestaltung der Regelungen und Umsetzbarkeit in das nationale Recht hingewirkt.

Die durch die Abgeordneten überarbeiteten Vorschriften umfassen u. a. die Anhebung von Höchststrafen für eine Reihe von Kindesmissbrauchsstraftaten und die Abschaffung von Verjährungsfristen für Straftaten, die unter das aktualisierte Gesetz fallen.

[Pressemitteilung des Europäischen Parlaments vom 13.05.2025](#)



EuGH: Urteil zum Begriff der irreführenden Werbung II

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat am 15.05.2025 in der Rechtssache C-100/24 (Irreführende Werbung) zur Auslegung von Art. 6 Buchst. c der Richtlinie 2000/31 über den elektronischen Geschäftsverkehr festgestellt, dass bestimmte Zahlungsmodalitäten als Angebote zur Verkaufsförderung gelten können.

Die Verbraucherzentrale Hamburg beanstandet vor den deutschen Gerichten, dass der Versandhändler bonprix mit der Angabe „Bequemer Kauf auf Rechnung“ warb. Nach Ansicht der Verbraucherzentrale ist die Werbung irreführend, da sie nicht erkennen lasse, dass diese Zahlungsmodalität unter dem Vorbehalt einer Prüfung der Kreditwürdigkeit stehe.

Der EuGH entschied, dass eine Werbeaussage wie „Bequemer Kauf auf Rechnung“ ein Angebot zur Verkaufsförderung im Sinne der Richtlinie darstelle, wenn sie dem Verbraucher einen objektiven und sicheren Vorteil verschaffe, der sein Verhalten bei der Entscheidung für eine Ware oder Dienstleistung beeinflussen könne. In einem solchen Fall müssten die Bedingungen für die Inanspruchnahme – insbesondere eine Bonitätsprüfung – klar, verständlich und rechtzeitig mitgeteilt werden.

Dabei komme es nicht auf den wirtschaftlichen Wert des Vorteils an. Auch ein geringfügiger Vorteil – wie der Zahlungsaufschub beim Kauf auf Rechnung – kann genügen, wenn er dem Verbraucher einen tatsächlichen Nutzen bringt, etwa durch mehr Liquidität oder rechtliche Sicherheit bei Rückabwicklung des Vertrags. Entscheidend sei, dass der Vorteil objektiv und sicher sei und einen Anreiz für die Kaufentscheidung darstelle.

Der EuGH stellte außerdem fest, dass die Informationspflichten nach Art. 6 Buchst. c der Richtlinie bereits bei der Werbung greifen – also bevor der Verbraucher den Bestellprozess beginnt.

[Urteil des EuGH vom 15.05.2025](#)

Kommission: Konsultation zur neuen Verbraucheragenda 2025 - 2030

Die Kommission hat am 19.05.2025 eine öffentliche Konsultation zur neuen Verbraucheragenda 2025 - 2030 eingeleitet.

Die neue Agenda zielt darauf ab, den Verbraucherschutz zu stärken, das Wohlergehen der Verbraucher und gleiche Wettbewerbsbedingungen für Unternehmen zu fördern. Der Start der Konsultationsphase fiel mit dem Europäischen Verbrauchergipfel 2025 am 20.05.2025 in Brüssel zusammen, auf dem der Kommissar für Demokratie, Justiz, Rechtsstaatlichkeit und Verbraucherschutz, *Michael McGrath*, mit verschiedenen Interessenträgern zusammentraf.

Im Rahmen der Konsultation werden Bürgerinnen und Bürger, Behörden und Interessenträger aufgefordert, ihre Ideen darüber auszutauschen, wie der Verbraucherschutz in der EU weiter gestärkt werden kann.

Ein Schwerpunkt liegt u. a. auch auf dem Schutz der Verbraucher in der digitalen Welt. Zum einen müssten Verbraucher insoweit vor unsicheren oder gar gefährlichen Produkten geschützt werden, zum anderen müssten



Verbraucher auch ihre Rechte effektiv durchsetzen können und insbesondere vor sog. „dark patterns“ Schutz erfahren.

Am Rande des Verbrauchergipfels war die Kommission auch Gastgeber der Unterzeichnung der Verbraucherschutzverpflichtung durch die beiden neuen E-Commerce-Plattformen Miravia und Trendyol. Mit der Unterzeichnung der Verpflichtung schließen sich diese Unternehmen den zehn bestehenden Unterzeichnern an und verpflichten sich, über die gesetzlichen Anforderungen hinauszugehen, um die Verbraucher vor unsicheren Produkten zu schützen und ihre digitalen Verbraucherrechte zu schützen. Die Kommission wird die Umsetzung dieser Verpflichtungen regelmäßig überwachen.

Die Konsultation läuft bis zum 11.08.2025.

[Zur Konsultation](#)

Europäisches Parlament und Rat: Trilogieeinigung zur sog. EU-Zwangslizenz

Die Verhandlungsführer des Europäischen Parlaments (EP) und des Rates haben sich am 22.05.2025 auf neue Rechtsvorschriften für eine Verordnung zur Festlegung der Bedingungen für die EU-Zwangslizenz (COM (2023) 224 final) geeinigt, die die Verfügbarkeit von krisenrelevanten Produkten wie Impfstoffen oder Chips in Notfällen sicherstellen. Dadurch wird die EU, konkret die Kommission, in der Lage sein, bei grenzüberschreitenden Notfällen eine Sondergenehmigung für die Herstellung von patentgeschützten Gütern zu erteilen, ohne dass die Genehmigung des Rechteinhabers erforderlich ist, bspw. bezogen auf die unmittelbare Herstellung von z. B. Impfstoffen oder Therapeutika.

Die Kommission hatte im April 2023 ihren o. g. Vorschlag zu Zwangslizenzen als Teil des EU-Patentpakets zur Vollendung des Binnenmarkts für Patente vorgelegt. Dem vorausgegangen war die EntschlieÙung des EPs vom November 2021, welches die Kommission aufgefordert hatte, die Möglichkeit einer obligatorischen Lizenzvergabe auf EU-Ebene zu prüfen. Auf nationaler Ebene gibt es den Mechanismus der Erteilung von Zwangslizenzen bereits.

Diese Sondergenehmigung, die als Zwangslizenz bezeichnet wird, kann von der Kommission in klar definierten Notfällen, wie z. B. einer grenzüberschreitenden Gesundheitskrise oder einer Notlage im Binnenmarkt, mit festgelegtem Geltungsbereich und für eine bestimmte Dauer erteilt werden. Sie soll nur als letztes Mittel und nur in den Fällen zum Tragen kommen, in denen eine freiwillige Vereinbarung zwischen Rechteinhaber und Lizenznehmer nicht erzielt werden kann. Ausgenommen von dem Anwendungsbereich sind Gas, Halbleiter und Verteidigungsgüter.

Die Verordnung muss noch vom Plenum des EPs und dem Rat förmlich gebilligt werden, bevor sie einen Tag nach ihrer Veröffentlichung im Amtsblatt in Kraft treten wird.

[Pressemitteilung des Europäischen Parlaments vom 22.05.2025](#)



Kommission: Konsultation zur Vorratsdatenspeicherung

Die Kommission hat eine Konsultation betreffend eine Folgenabschätzung zur Vorratsdatenspeicherung durch Diensteanbieter für Strafverfahren gestartet.

Mit dem ins Auge gefassten Vorhaben beabsichtigt die Kommission, die Verfügbarkeit bestimmter Kategorien von Nichtinhaltsdaten für die Zwecke erfolgreicher strafrechtlicher Ermittlungen und Strafverfolgungsmaßnahmen sicherzustellen. Zur Erfüllung dieses Ziels wird die Kommission verschiedene Optionen prüfen und bewerten. Dazu gehören ausweislich der Vorstellung der Konsultation zur Folgenabschätzung unverbindliche Maßnahmen zur Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen Behörden und Anbietern elektronischer Kommunikationsdienste (sowohl nummerengebunden als auch nummernunabhängig), wie gemeinsame Standards auf EU-Ebene für die Datenkategorisierung, Formulare für die Anforderung und Bereitstellung von Daten, Leitlinien zu Mindestspeicherfristen für Teilnehmerdaten und IP-Adressen mit Zeitstempel, freiwillige Zusammenarbeit sowie legislative Maßnahmen zur Festlegung verbindlicher Anforderungen an alle Diensteanbieter, die unter den europäischen Kodex für die elektronische Kommunikation fallen, in Bezug auf die Speicherung von und den Zugang zu Nichtinhaltsdaten im Einklang mit der geltenden Rechtsprechung des Gerichtshofs der Europäischen Union.

Je nachdem, welche Nichtinhaltsdaten im Zusammenhang mit der zu verfolgenden Straftat aufbewahrt werden müssen, könnten unterschiedliche legislative Lösungen entwickelt werden. Die am besten geeignete Option werde während der Folgenabschätzung auf der Grundlage der gesammelten Erkenntnisse, der Konsultation der Interessenträger und nach einem Vergleich der verschiedenen Optionen ermittelt.

Die Konsultationsphase läuft bis zum 18.06.2025.

[Zur Konsultation](#)

Kommission: Konsultation zur Strategie für digitale Justiz 2025 - 2030

Die Kommission hat eine Konsultation betreffend die Strategie für digitale Justiz für den Zeitraum 2025 - 2030 gestartet. Die Konsultation zielt darauf ab, die Fähigkeiten der Mitgliedstaaten zum Einsatz und zur Nutzung digitaler Technologien, einschließlich KI-Instrumenten, in ihren Justizsystemen zu unterstützen und zu stärken.

Die im Rahmen der neuen Strategie vorgeschlagenen Instrumente sollen die Effizienz, Resilienz und Qualität der Justiz verbessern. Die Strategie zielt gleichermaßen darauf ab, den Zugang zum Recht für Unternehmen und die Öffentlichkeit zu verbessern.

Es soll eine einheitliche Anwendung der Vorschriften der KI-Verordnung gewährleistet werden, und zugleich sollen die nationalen Behörden bei der fundierten Entscheidung darüber unterstützt werden, ob, zu welchem Zweck und in welcher Weise KI-Instrumente in der Justiz eingesetzt werden. Zu diesem Arbeitsbereich gehört auch die Ermittlung der Möglichkeiten im Zusammenhang mit der Entwicklung und Nutzung von KI-Tools im Rahmen von Gerichtsverfahren.



Die Konsultationsphase für die Strategie für digitale Justiz für den Zeitraum 2025 - 2030 läuft bis zum 23.06.2025.

[Zur Konsultation](#)

EuGH: Urteil zur Beihilfe zur unerlaubten Einreise

Am 03.06.2025 hat der Europäische Gerichtshof (EuGH) in der Rechtssache C-460/23 entschieden, dass ein Drittstaatsangehöriger, der illegal in die Europäische Union einreist, nicht allein deshalb wegen Beihilfe zur unerlaubten Einreise bestraft werden kann, weil er von seinem minderjährigen Kind begleitet wird.

Im August 2019 erschien eine Drittstaatsangehörige an der Grenze des Flughafens Bologna (Italien) bei Ankunft eines Fluges aus einem Drittstaat in Begleitung ihrer Tochter und ihrer Nichte, die beide minderjährig waren und ihre Staatsangehörigkeit besitzen, und benutzte dabei gefälschte Reisepässe. Sie wurde wegen Beihilfe zur unerlaubten Einreise festgenommen und wird nun deswegen strafrechtlich verfolgt.

Der EuGH stellt fest, dass unter den Tatbestand der Richtlinie 2002/90 nicht das Verhalten einer Person falle, die unter Verstoß gegen den Kodex für das Überschreiten der Grenze minderjährige Drittstaatsangehörige, die sie begleiten und für die sie die tatsächliche Sorge ausübt, in das Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaats einreisen lässt.

Eine gegenteilige Auslegung würde zu einem besonders schweren Eingriff in das Grundrecht auf Achtung des Familienlebens und in die Grundrechte der Kinder führen (Art. 7, 24 Charta der Grundrechte der EU).

Dies gelte auch hinsichtlich des Grundrechts auf Asyl, da die Person einen Antrag auf internationalen Schutz gestellt hat.

Der Gerichtshof stellte zudem fest, dass das Unionsrecht nationalen Rechtsvorschriften entgegenstünde, die ein solches Verhalten mit Strafe bedrohten.

[Pressemitteilung des EuGH vom 03.06.2025](#)

Informelles Treffen: Gespräche zwischen Vertretern der USA und der Innen- und Justizminister/-innen der EU

Vom 02.06. - 03.06.2025 haben sich Vertreter der USA und die Innen- und Justizminister/-innen der EU in Warschau getroffen, um die Bedeutung und Motivation zur gemeinsamen Zusammenarbeit zwischen der EU und den USA zu bestätigen.

Für die US-Seite nahmen Generalstaatsanwältin *Pamela Bondi* und der leitende Berater der Ministerin für Innere Sicherheit, *Kristi Noem*, *Rob Law* teil. Die EU war durch den Kommissar für Inneres und Migration, *Magnus Brunner*, und den Kommissar für Demokratie, Justiz, Rechtsstaatlichkeit und Verbraucherschutz, *Michael McGrath*, sowie den polnischen Minister für Inneres und Verwaltung, *Tomasz Siemoniak*, und den polnischen Justizminister *Adam Bodnar* vertreten.



Auf dem Treffen ging es u. a. um die Bekämpfung der grenzüberschreitenden organisierten Kriminalität und des Drogenhandels sowie die Terrorismusbekämpfung.

In den Gesprächen wurde die gegenseitige Bereitschaft, in diesen Themen auch weiter zusammenarbeiten zu wollen, bestätigt.

[Pressemitteilung des Rates vom 03.06.2025](#)

Verkehrsrat: Verabschiedung einer Allgemeinen Ausrichtung zur EU-Fluggastrechte-Verordnung

Am 05.06.2025 hat der Rat im Format „Verkehr, Telekommunikation und Energie“ (TTE-Rat) eine allgemeine Ausrichtung betreffend die Revision der Fluggastrechte-Verordnung (EG) Nr. 261/2004 und der Verordnung (EG) Nr. 2027/97 über die Haftung von Luftfahrtunternehmen bei der Beförderung von Fluggästen und deren Gepäck im Luftverkehr beschlossen.

Die Kommission hatte bereits im März 2013 eine Reform der geltenden Vorschriften über Fluggastrechte und die Haftung von Luftfahrtunternehmen vorgeschlagen (COM(2013) 130 final). Damit sollten neue und weitergehende Rechte auf Information, Betreuung und anderweitige Beförderung für Fluggäste geschaffen werden. Zudem sollten bessere Beschwerdeverfahren und Durchsetzungsmöglichkeiten eingeführt werden, sodass Fluggäste ihre Rechte auch tatsächlich wahrnehmen können.

Die polnische Ratspräsidentschaft hatte bis zuletzt ihre Absicht bekräftigt, bis zur Ratssitzung eine Mehrheit für die von ihr vorgeschlagenen und insbesondere von Deutschland im Vorfeld abgelehnten Zeitschwellen für eine Entschädigung bei Verspätung eines Fluges von vier und sechs Stunden, abhängig von der zurückgelegten Strecke, zu finden. Diese konnte sie im Ergebnis erreichen. Luftfahrtunternehmen soll nun mehr Zeit zur Verfügung stehen, um mögliche Ersatzflüge organisieren zu können.

Damit können grundsätzlich die Trilogverhandlungen beginnen.

[Pressemitteilung des Rates vom 05.06.2025](#)

[Hintergrundinformationen zu den Fluggastrechten](#) (Stand: 05.02.2025)

EuGH: Schlussanträge im Verfahren der Kommission gegen Ungarn

Am 05.06.2025 wurden in der Rechtssache C-769/22 (Kommission gegen Ungarn) die Schlussanträge der Generalanwältin *Tamara Čapeta* veröffentlicht. Darin stellt sie fest, dass Ungarn grundlegende Werte der EU ablehnt „und sich damit erheblich vom Modell einer verfassungsmäßigen Demokratie (...) entfernt.“

2021 hatte Ungarn ein Gesetz erlassen, das die Darstellung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften sowie Transidentitäten beschränkt. So müssen Darstellungen, beispielsweise mit dem Hinweis „Verboten für unter 18-Jährige“ gekennzeichnet werden und Filme dürfen nicht zu Hauptsendezeiten ausgestrahlt werden. Begründet wurde dies mit dem Jugendschutz. In Folge der Verabschiedung dieses Gesetzes hat die



Kommission Klage beim Europäischen Gerichtshof (EuGH) aufgrund möglicher Vertragsverletzung eines Mitgliedstaats erhoben.

In ihren Schlussanträgen stellte *Čapeta* fest, dass die ungarischen Rechtsvorschriften einen Verstoß gegen die nach den Art. 1, 7, 11, 21 der Charta geschützten Grundrechte darstellen, der nicht zu rechtfertigen sei.

Čapeta kam zudem im Ergebnis zu dem Schluss, dass Ungarn gegen Art. 2 EUV verstoßen habe.

Weiter stellte *Čapeta* einen Verstoß gegen die Dienstleistungsrichtlinie, gegen Art. 56 AEUV, gegen Art. 10 DSGVO und Art. 8 Abs. 2 der Charta fest.

[Schlussanträge C-769/22 *Čapeta* vom 05.06.2025](#)

[Pressemitteilung des EuGH vom 05.06.2025](#)

JI-Rat: Treffen der Justizministerinnen und -minister in Luxemburg

Am 12.06.2025 fand in Luxemburg der Rat der EU-Justizministerinnen und -minister in Präsenz statt. Deutschland war ausweislich der Teilnehmerliste durch *Dr. Stefanie Hubig*, Bundesministerin der Justiz und für Verbraucherschutz, vertreten.

Die Justizministerinnen und Justizminister verabschiedeten u. a. final die Allgemeine Ausrichtung zum Vorschlag für eine Richtlinie zur Harmonisierung bestimmter Aspekte des Insolvenzrechts (COM(2022) 702). Die Kommission hatte am 07.12.2022 ihren Richtlinienvorschlag zur Harmonisierung bestimmter Aspekte des Insolvenzrechts vorgestellt. Die Justizministerinnen und -minister hatten sich bereits anlässlich des JI-Rates am 13.12.2024 auf eine partielle Allgemeine Ausrichtung zu Kernelementen des überarbeiteten Vorschlags der Kommission geeinigt. Diese partielle Allgemeine Ausrichtung beschränkte sich u. a. auf Maßnahmen zur Bewahrung der Insolvenzmasse, die Pflichten der Unternehmensleitung im Falle einer Insolvenz sowie die Transparenzpflichten. Nunmehr hatte die polnische Ratspräsidentschaft einen Kompromisstext zu Titel IV, Titel VII und Titel IX vorgelegt, der die Regelungen zu den verbleibenden Titeln enthielt, nämlich zu einem Verfahrensrahmen zur Erleichterung der Veräußerung von Unternehmen aus der Insolvenzmasse (sog. Pre-pack-Mechanismus), zu Gläubigerausschüssen und zu den Schlussvorschriften.

Daneben verabschiedeten die Justizministerinnen und -minister eine partielle Allgemeine Ausrichtung zum Vorschlag für eine Verordnung über die Zuständigkeit, das anzuwendende Recht, die Anerkennung und Vollstreckung von Maßnahmen und die Zusammenarbeit in Fragen des Erwachsenenschutzes (COM (2023) 280 final). Die verpflichtende Einführung von Registern (Titel VIII), welche nicht Teil des Textes ist, war von vielen Mitgliedstaaten im Vorfeld abgelehnt worden.

Weitere Themen waren die Stärkung der Kooperation mit Drittstaaten beim Kampf gegen Drogenhandel und Organisierte Kriminalität, der russische Angriffskrieg und der Beitritt der EU zur EMRK.

[Pressemitteilung des JI-Rates vom 12.06.2025](#)

[Pressekonferenz des JI-Rates vom 12.06.2025](#)



Europäisches Parlament: Annahme der neuen Regelungen zur Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs von Kindern

Am 17.06.2025 haben die Abgeordneten des Europäischen Parlaments (EP) im Plenum die neuen Regelungen zum Vorschlag der Kommission für eine Neufassung der Richtlinie zur Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs und der sexuellen Ausbeutung von Kindern sowie der Darstellungen von Kindesmissbrauch und zur Ersetzung des Rahmenbeschlusses 2004/68/JI des Rates (COM (2024) 60 final) vom 06.02.2024 mit 599 JA-Stimmen, 2 NEIN-Stimmen und 62 Enthaltungen gebilligt.

Mit den überarbeiteten Vorschriften sollen die Rechtsvorschriften an neue Technologien wie z. B. künstliches, aber realistisch aussehendes Deepfake-CSA-Material angepasst werden, um sicherzustellen, dass Missbrauch und Anstiftung strafrechtlich verfolgt werden können, unabhängig davon, ob sie online oder in der realen Welt stattgefunden haben.

Die Verhandlungen zwischen EP und Rat über die endgültige Fassung des Gesetzes sollen am 23.06.2025 beginnen.

[Pressemitteilung des Europäischen Parlaments vom 17.06.2025](#)



STAATSMINISTERIUM FÜR UNTERRICHT UND KULTUS

Dänische Ratspräsidentschaft: Schwerpunkte aus dem Bereich des StMUK

Dänemark wird zum 01.07.2025 den alle sechs Monate rotierenden EU-Ratsvorsitz von Polen übernehmen. Die dänische Ratspräsidentschaft hat in diesem Zusammenhang angekündigt, sich folgenden Aufgaben aus dem Bereich Bildung widmen zu wollen:

Zu den Prioritäten im Bildungsbereich zählen die Steigerung der Attraktivität der beruflichen Bildung, die Mobilität zu Lernzwecken und die Förderung der persönlichen und beruflichen Entwicklung (Erasmus+) sowie Bildung und das Leben von Kindern und Jugendlichen im digitalen Zeitalter. Als zu verhandelnde Dossiers vorgesehen sind die Verordnung zur neuen Erasmus+ Programmgeneration nach 2027 (legislativ) und eine Entschließung des Rates zur Überprüfung des strategischen Rahmens für die allgemeine und berufliche Bildung im Europäischen Bildungsraum (nicht-legislativ). Zudem ist ein nicht-legislatives Dokument zur Positionierung des Rates hinsichtlich des Verhältnisses der von der Kommission vorgestellten „Union der Kompetenzen“ zum strategischen Rahmen zur Vollendung eines gemeinsamen europäischen Bildungsraums zu erwarten. Ebenso möchte Dänemark die Revision ebendieses strategischen Rahmens vorantreiben. Der formelle Bildungsministerrat unter dänischer Präsidentschaft wird am 27.11.2025 stattfinden.

Den Rahmen für die dänische Ratspräsidentschaft bilden die allgemeinen politischen Prioritäten: ein starkes Europa, das die Verantwortung für seine eigene Sicherheit übernimmt, seine Wettbewerbsfähigkeit stärkt und gleichzeitig den grünen Wandel gewährleistet.

Konferenz im Europäischen Parlament zur psychischen Gesundheit von Kindern

Organisiert von der polnischen Ratspräsidentschaft sind am 04.06.2025 Expertinnen und Experten zu einer Konferenz im Europäischen Parlament zusammengekommen, um Unterstützungsmaßnahmen für die psychische Gesundheit von Kindern und die Rolle von Schulen und Lehrkräften zu diskutieren. Die Organisatorinnen und Organisatoren machten in verschiedenen Grundsatzreden klar, dass sich viele Gesellschaften auf der Welt in einer neuen Realität befänden: einer Krise der psychischen Gesundheit. Dabei rückten sie vor allem digitale Technologien in den Fokus, die psychische Gesundheitsprobleme bei jungen Menschen verstärkten. Es brauche einen systemischen Wandel in diesem Bereich, denn Wohlbefinden und psychische Gesundheit seien die Grundlage für Lernen, Entwicklung und aktive Teilnahme an der Gesellschaft. Kinder benötigten zudem positive Rollen(vor)bilder. Erwachsene Personen müssten ihr eigenes Verhalten in der digitalen Welt reflektieren und Kindern angemessenen Nutzen vorleben. „Kinder lernen durch Beobachtung, sie imitieren die Handlungen von Erwachsenen und können dabei oft nicht zwischen angemessenem und nicht angemessenem Verhalten unterscheiden“, betonte eine Konferenzteilnehmerin.

Laut der Organisation Eurochild sind 84 Mio. Europäerinnen und Europäer von psychischen Problemen betroffen, darunter 11,2 Mio. Kinder. Mädchen sind demnach stärker gefährdet als Jungen, aber auch



marginalisierte Gruppen wie Angehörige von Roma und Sinti sowie Kinder mit Migrationshintergrund und Kinder mit Behinderungen. Die Gefahren für das psychische Wohlbefinden sind laut den Teilnehmenden der ersten Diskussionsrunde im Rahmen der Konferenz Druck in der Schule, Druck durch Social Media und Dynamiken innerhalb der Familie. Betont wurde, dass Schulen und ihr Personal eine große Rolle beim Schutz von Kindern und Jugendlichen spielen. Zur Prävention psychischer Probleme gelte es, diese frühzeitig zu erkennen, Bildung bezüglich psychischer Gesundheit und Unterstützungsangebote zu stellen sowie soziales und emotionales Lernen zu ermöglichen.

Besonders wichtig sei es, einen gesamtschulischen Ansatz bei der Arbeit rund um das Thema psychische Gesundheit zu verfolgen, sagte *Aly Dunhill* (Eurochild). Dazu gehörten nicht nur die Schülerinnen und Schüler, sondern auch das Personal und die Familien. Man benötige Investition in Fortbildungen für Lehrkräfte, damit diese psychische Gesundheitsprobleme erkennen und effektiv adressieren können. Sie plädierte dafür, nationale Strategien für das Bildungssystem zu entwickeln und den Zugang zu Fachleuten wie Psychologinnen und Psychologen oder Beraterinnen und Beratern sicherzustellen. In jedem Fall sollten die Kinder bei jedem Schritt des Weges miteinbezogen werden.

[Eurochild-Bericht zur psychischen Gesundheit von Kindern](#)

Rat „Bildung, Jugend, Kultur und Sport“ – Bildungsaspekte

Ein Gütesiegel für gemeinsame europäische Hochschulabschlüsse und die Auswirkungen der Initiative „Union of Skills“ der Kommission auf den Europäischen Bildungsraum – diese Themen standen auf der Agenda der Sitzung des Rates „Bildung, Jugend, Kultur und Sport“ (12./13.05.2025), der am Nachmittag des 12.05.2025 in der Formation Bildung getagt hat.

In einer Ratsempfehlung und einer parallelen Ratsentschließung haben die Bildungsministerinnen und -minister der Mitgliedstaaten die Grundlagen für die Einführung eines Gütesiegels für gemeinsame europäische Hochschulabschlüsse („Joint European Degree Label“) geschaffen und die nächsten Schritte auf dem Weg zu einem möglicherweise darauf aufbauenden, originären gemeinsamen europäischen Hochschulabschluss formuliert. Die Bemühungen in Hinblick auf die Schaffung eines solchen Gütesiegels basieren laut dem Rat und der Kommission auf der Notwendigkeit, die Attraktivität der europäischen Hochschulen und deren Abschlüsse zu stärken und Barrieren für die EU-weite Mobilität von Studierenden abzubauen.

In der Entschließung des Rates erklären die Mitgliedstaaten ihre Vision für das Gütesiegel und schlagen einen Fahrplan für die mögliche Einführung eines gemeinsamen europäischen Abschlusses in drei Phasen bis 2029 vor. Das Siegel würde laut Empfehlung des Rates für gemeinsame Studiengänge vergeben, die im Rahmen einer transnationalen Zusammenarbeit zwischen Hochschulen aus verschiedenen Ländern – darunter mindestens zwei EU-Staaten – durchgeführt werden. Qualitätsstandards an allen beteiligten Hochschulen sind eine entscheidende Voraussetzung für das Gütesiegel und die mögliche Einführung eines gemeinsamen Abschlusses. Qualitätssicherungsprozesse sollen daher an europäischen Hochschulen gestärkt werden, außerdem soll es Unterstützung durch die EU bei der Umsetzung der automatischen gegenseitigen



Anerkennung von Qualifikationen in den Mitgliedstaaten geben. Die Exekutiv-Kommissionsvizepräsidentin für Soziale Rechte und Qualifikationen, hochwertige Arbeitsplätze und Vorsorge *Roxana Mînzatu* (ROU) – zu deren Portfolio auch Bildung gehört – hat angekündigt, dass im Herbst 2025 ein sogenanntes Policy Lab eingerichtet werden soll, das Expertinnen und Experten zur Zusammenarbeit an den praktischen Details zusammenbringen wird. Diese sollen aus allen Ländern stammen, die das Siegel in die Praxis umsetzen wollen. Im Rahmen des Programms Erasmus+ soll das Label bis 2026 eingeführt werden.

Im Zuge einer Orientierungsaussprache haben sich die Ministerinnen und Minister auch über die Rolle der „Union of Skills“ bei der Stärkung des Europäischen Bildungsraums ausgetauscht. Die Kompetenzeninitiative der Kommission soll dazu beitragen, die Wettbewerbsfähigkeit der EU zu fördern und die europäischen Gesellschaften für die Zukunft resilient zu machen. Die Mitgliedstaaten tauschten sich diesbezüglich über den ganzheitlichen Bildungsansatz des Europäischen Bildungsraums aus. Betont wurde aber auch, dass die nationalen Zuständigkeiten im Bildungsbereich von EU-Initiativen gewahrt werden müssen.

Außerdem haben die Ministerinnen und Minister Schlussfolgerungen angenommen, die darauf abzielen, integrative und auf Lernende ausgerichtete Bildungspraktiken von der frühen Kindheit an zu stärken. Diese Praktiken sollen während der gesamten Schulzeit fortgesetzt werden, um eine für alle Menschen zugängliche Bildung zu fördern. Den Mitgliedstaaten wird geraten, ihre Bildungspolitik auf Forschung zu stützen und innovative Lehrmethoden zu fördern. Auf der Agenda stand zudem eine Debatte darüber, welche negativen Auswirkungen die Nutzung von Smartphones durch Kinder in Schulen haben kann.

[Ergebnisse des Bildungsministerrats](#)

[Pressemitteilung zum Gemeinsamen Europäischen Abschlusslabels](#)

[Videoaufzeichnung der öffentlichen Aussprache](#)

[Mehr Informationen zur „Union of Skills“](#)



STAATSMINISTERIUM FÜR WISSENSCHAFT UND KUNST

HOCHSCHULEN/FORSCHUNG

Dänische Ratspräsidentschaft: Schwerpunkte aus dem Forschungsbereich

Zum 01.07.2025 übernimmt Dänemark den Vorsitz im Rat der Europäischen Union. Unter dem Motto „A strong Europe in a changing World“ steht die halbjährige dänische Ratspräsidentschaft für ein starkes Europa, das Verantwortung für seine eigene Sicherheit übernimmt, seine Wettbewerbsfähigkeit stärkt und den grünen Wandel gewährleistet.

Im Forschungsbereich steht der dänische Ratsvorsitz ganz im Zeichen des zukünftigen mehrjährigen Finanzrahmens ab 2028 sowie der damit verbundenen Neuauflage des EU-Forschungsrahmenprogramms. Nach Vorlage der entsprechenden Vorschläge für Gesetzgebungsakte seitens der Kommission wird Dänemark die Verhandlungen hierzu aufnehmen und sich dabei insbesondere der Frage der Eigenständigkeit des zukünftigen Programmes in Abgrenzung zu einer Unterordnung unter den von der Kommission angekündigten Wettbewerbsfähigkeitsfonds widmen. Geplante nicht-legislative Dossiers beinhalten Ratsschlussfolgerungen zu einer künftigen EU-Strategie im Bereich Biowissenschaften sowie Ratsschlussfolgerungen zur kürzlich seitens der Kommission veröffentlichten EU Start-Up & Scale-Up-Strategie (siehe hierzu Beitrag des StMWi in diesem EB). Daneben beabsichtigt der Vorsitz, die Diskussionen über eine europäische Quantenstrategie sowie Bemühungen im Zusammenhang mit dem Urheberrecht und der Künstlichen Intelligenz voranzutreiben. Je nach Zeitpunkt der Vorlage durch die Kommission zeigt sich der Vorsitz darüber hinaus bereit, etwaige Änderungen der EuroHPC-Verordnung zu verhandeln.

[Website der dänischen Ratspräsidentschaft](#)

Forschungsministerrat fasst Beschlüsse zu ERA Policy Agenda und KI in der Wissenschaft; Diskussion über aktuelles sowie zukünftiges Forschungsrahmenprogramm

Am 23.05.2025 tagte der Wettbewerbsfähigkeitsrat der EU in seiner Formation Raumfahrt, Forschung und Innovation in Brüssel (siehe hierzu Beitrag des StMWi in diesem EB). Für Deutschland nahm erstmals die neue Bundesministerin für Forschung, Technologie und Raumfahrt *Dorothee Bär* an der Sitzung teil.

Unter polnischem Vorsitz einigten sich die Vertreterinnen und Vertreter der Mitgliedstaaten auf eine Empfehlung des Rates zur Politischen Agenda für den Europäischen Forschungsraum (EFR) 2025 - 2027, der sog. ERA Policy Agenda, und nahmen Schlussfolgerungen des Rates zu einer EU-Strategie für Künstliche Intelligenz in der Wissenschaft an. Den Kern der Sitzung bildete eine Orientierungsaussprache zum Thema „Zwischenevaluierung von Horizont Europa: gezogene Lehren und Ausblick auf das nächste Rahmenprogramm für Forschung und Innovation (FP10)“. Die Ministerinnen und Minister erörterten dabei die Halbzeitbewertung des aktuellen Forschungsrahmenprogramms Horizont Europa, wobei sich ein breiter Konsens bzgl. des Mehrwerts sowie der Beibehaltung als eigenständiges Programm zeigte. Kritik wurde hinsichtlich einer zu



geringen Erfolgsquote sowie mit Blick auf die nötige Vereinfachung der Verwaltungsverfahren geäußert. Unterschiedliche Ansichten zeigten die Vertreterinnen und Vertreter der Mitgliedstaaten bei der Frage der Zulässigkeit der Finanzierung von Forschungsprojekten mit doppeltem Verwendungszweck („dual-use“).

Die kommenden Forschungsministerräte finden am 30.09.2025 sowie am 09.12.2025 jeweils in Brüssel statt.

[Mitteilung des Rates](#)

ERC Advanced Grants für Spitzenforscherinnen und -forscher bayerischer Universitäten

Am 17.06.2025 hat der Europäische Forschungsrat (ERC) die Ergebnisse der jüngsten Förderrunde der ERC Advanced Grants bekannt gegeben und dabei auch neun Spitzenforscherinnen und -forscher bayerischer Universitäten mit dem renommierten Preis ausgezeichnet.

Bis zu 2,5 Mio. € pro Projekt – von Physik und Maschinenbau bis zu Bio- und Sozialwissenschaften – gehen in der aktuellen Ausschreibungsrunde für das Jahr 2024 an Forscherinnen und Forscher der Ludwig-Maximilians-Universität München (2), der Technischen Universität München (2), dem Klinikum Rechts der Isar der TUM (1), der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg (2), der Universität Regensburg (1) und der Julius-Maximilians-Universität Würzburg (1).

Die Preise, die zu den prestigeträchtigsten der EU-Forschungscommunity zählen, umfassen maximal 2,5 Mio. € pro Forschungsprojekt für einen Zeitraum von bis zu fünf Jahren. Der ERC zeichnet mit seinen Advanced Grants herausragende Leistungen bereits erfahrener exzellenter Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in der Forschung aus. Die Förderung wendet sich an etablierte, aktive Forscherinnen und Forscher mit einer herausragenden wissenschaftlichen Leistungsbilanz in den letzten zehn Jahren. In der Ausschreibungsrunde 2024 wurden europaweit 281 Advanced Grants mit einer Gesamtsumme von 721 Mio. € vergeben, wobei die Mittel dem EU-Forschungsrahmenprogramm Horizont Europa entspringen. Deutsche Spitzenforscherinnen und Spitzenforscher wiederum waren bei der aktuellen Auswahlrunde mit insgesamt 35 Projekten erfolgreich.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Pressemitteilung des Europäischen Forschungsrates](#)

[Liste der geförderten Projekte](#)

36. KoWi-Bundestagung zur EU-Forschungs- und Innovationsförderung in Hannover

Vom 16.-18.06.2025 fand in Hannover die 36. Bundestagung der Kooperationsstelle EU der Wissenschaftsorganisationen (KoWi) statt. Im Mittelpunkt der Konferenz, die in diesem Jahr mit und an der Leibniz Universität Hannover ausgerichtet wurde und rund 350 Teilnehmerinnen und Teilnehmern ein Forum für den Informations- und Erfahrungsaustausch bot, stand wie immer die aktuelle EU-Forschungs- und Innovationsförderung.



Neben Paneldiskussionen und Impulsvorträgen zur Zukunft des EU-Forschungsrahmenprogramms, der Forschungsbewertung in Deutschland und auf EU-Ebene sowie dem angesichts der aktuellen geopolitischen Lage neuen Umgang mit dem Thema Verteidigungsforschung fanden Workshops u.a. zum strategischen Nutzen von Erasmus+ im Europäischen Bildungs- und Forschungsraum, dem Wissenstransfer in Horizont Europa, der ERA Policy Agenda sowie ein Erfahrungsaustausch zu MSCA- und ERC-Projekten statt.

Bei der jährlichen KoWi-Bundestagung kommen hunderte Wissenschaftsmanagerinnen und -manager, EU-Referentinnen und EU-Referenten sowie Forscherinnen und Forscher aus ganz Deutschland zusammen. Die Tagung ist das zentrale Austauschforum zu allen Belangen der europäischen Forschungs- und Innovationsförderung für Wissenschaftsorganisationen, deutsche Hochschulen und Forscherinnen und Forscher in Deutschland.

Die 37. KoWi-Bundestagung findet vom 16. -18.06.2026 an der Universität Leipzig statt.

[Link zur Konferenzwebseite](#)

KULTUR

Dänische Ratspräsidentschaft: Schwerpunkte aus dem Kulturbereich

Zum 01.07.2025 übernimmt Dänemark den Vorsitz im Rat der Europäischen Union. Unter dem Motto „A strong Europe in a changing World“ steht die halbjährige dänische Ratspräsidentschaft für ein starkes Europa, das Verantwortung für seine eigene Sicherheit übernimmt, seine Wettbewerbsfähigkeit stärkt und den grünen Wandel gewährleistet.

Im Kulturbereich wird der Ratsvorsitz den Schwerpunkt auf die breitere gesellschaftliche Rolle der Kultur legen und hierfür unter anderem Ratsschlussfolgerungen zur Rolle der Kultur und des Kulturellen Erbes für die Bewahrung Europäischer Werte und die Stärkung demokratischer Resilienz vorlegen. Darüber hinaus sei man bereit, sich auf Vorlage der Kommission der Überarbeitung des Programms Kreatives Europa anzunehmen. Dänemark möchte hiermit die Bedeutung der Kultur nicht nur als Wirtschaftsfaktor, sondern zudem als Grundlage für soziale Kohäsion, Dialog und Resilienz europäischer Gesellschaften hervorheben. Je nach Zeitpunkt der Vorlage durch die Kommission werden daneben der von EU-Kommissar für Generationengerechtigkeit, Jugend, Kultur und Sport, *Glenn Micallef*, angekündigte Kulturkompass (EB 05/25) sowie die Neugestaltung der rechtlichen Grundlage der Initiative „Europäische Kulturhauptstadt“ (EB 04/2025) unter dänischem Ratsvorsitz erstmalig behandelt werden.

[Website der dänischen Ratspräsidentschaft](#)

[Kulturelles Begleitprogramm der dänischen Ratspräsidentschaft](#)



Rat „Bildung, Jugend, Kultur und Sport“ – Kulturaspekte

Am 12./13.05.2025 fand der Rat „Bildung, Jugend, Kultur und Sport“ in Brüssel statt. Für Deutschland nahm an der am 13.05.2025 tagenden Formation „Kultur- und Medien“ die Stellvertretende Ständige Vertreterin der Bundesrepublik Deutschland bei der EU, Botschafterin Dr. *Helen Winter*, teil.

Unter polnischem Vorsitz wurden die zuvor mehrfach in der einschlägigen Ratsarbeitsgruppe beratenen Schlussfolgerungen des Rates zur Unterstützung junger Künstlerinnen und Künstler sowie Kultur- und Kreativschaffender am Anfang ihrer Laufbahn verabschiedet. Der auf der Erklärung des Europäischen Parlaments vom 24.11.2024 aufbauende Text beleuchtet die oftmals schwierige wirtschaftliche Lage junger Kreativer, soll den sozialen Dialog diesbezüglich fördern und letztlich die Arbeitsbedingungen der Betroffenen verbessern. Ausgegebenes Ziel ist die Unterstützung der Branche in allen Programmen und Programmteilen der EU, wie bspw. Kreatives Europa, Horizont Europa und InvestEU. Für die Weiterentwicklung der Programme wird dabei insbesondere die Analyse und Aufbereitung von Daten als unerlässlich angesehen.

Den Schwerpunkt der Sitzung bildete eine Orientierungsaussprache der Ministerinnen und Minister zum Thema „Ein neues Kulturkonzept in der Europäischen Union: der Kulturkompass und die Zukunft des Programms Kreatives Europa“. Dabei wurden insbesondere die aktuellen Herausforderungen für den Kultur- und Kreativsektor erörtert sowie der Frage nähergetreten, inwieweit das Programm Kreatives Europa angepasst werden müsse, um diese Herausforderungen besser zu bewältigen. Die Ministerinnen und Minister prüften ferner, wie der Kulturkompass angesichts des derzeitigen geopolitischen Kontexts dazu beitragen könne, den Status quo zu überwinden und sicherzustellen, dass die strategische Bedeutung der Kultur neben den neuen politischen Prioritäten, die sich auf Ebene der EU und der Mitgliedstaaten ergeben, anerkannt wird.

Daneben wurde seitens der deutschen Delegation u.a. das unter Schirmherrschaft der Stadt Chemnitz erarbeitete Weißbuch zu 40 Empfehlungen aus 40 Jahren Kulturhauptstadt Europas vorgestellt (EB 04/25).

Der nächste Kulturministerrat findet am 28.11.2025 in Brüssel statt.

[Mitteilung des Rates](#)



STAATSMINISTERIUM DER FINANZEN UND FÜR HEIMAT

Dänische Ratspräsidentschaft: Schwerpunkte aus dem Bereich des StMFH

Die dänische Regierung hat über ihre Prioritäten für die am 01.07.2025 beginnende EU-Ratspräsidentschaft unter dem Motto „A strong Europe in a changing world“ informiert.

Aus dem Geschäftsbereich des StMFH sollen insbesondere folgende Maßnahmen ergriffen werden:

- wirksame Umsetzung der neuen EU-Fiskalregeln;
- Fortsetzung der Arbeiten am Verteidigungspaket der Kommission („ReArm Europe“/„Bereitschaft 2030“), einschließlich des neuen Instruments für Sicherheitsmaßnahmen für Europa (SAFE) sowie der Aktivierung der nationalen Ausweichklausel, um höhere Verteidigungsausgaben zu ermöglichen;
- Abschluss der Verhandlungen über die Überarbeitung der Energiebesteuerungsrichtlinie;
- Bekämpfung von Steuerhinterziehung und -vermeidung, um eine faire Besteuerung auf internationaler Ebene sicherzustellen;
- Überarbeitung bzw. Erweiterung der Richtlinie über die Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden (DAC);
- Vereinfachung des Steuerrechts;
- Überarbeitung der Tabaksteuerrichtlinie;
- Einigung über den EU-Haushalt 2026;
- mögliche Überarbeitung des Beschlusses über das EU-Eigenmittelsystem.

[Website der dänischen Ratspräsidentschaft](#)

Euro-Gruppe am 12.05.2025: u. a. digitaler Euro und politische Prioritäten der Bundesregierung

Am 12.05.2025 tagten die EU-Wirtschafts- und Finanzminister der Eurozone im Rahmen der Euro-Gruppe. Für Deutschland nahm zum ersten Mal *Lars Klingbeil* als Bundesfinanzminister teil.

Die Minister berieten zum einen über den aktuellen Stand der Bankenunion. EU-Kommissarin *Maria Luís Albuquerque* nahm eine Bestandsaufnahme dazu vor und informierte insbesondere über den aktuellen Stand der Verhandlungen über den EU-Rahmen für Krisenmanagement und Einlagensicherung. Zum anderen informierten sich die Minister über den Stand der Vorbereitungsarbeiten zum digitalen Euro. Sie waren sich einig, dass diese Initiative angesichts der sich ändernden geopolitischen Landschaft und der Bedeutung der Diversifizierung strategisch wichtiger Zahlungssysteme entscheidend ist. Die Dringlichkeit dieses Projekts nimmt zu, sodass die Arbeit beschleunigt werden sollte.



Darüber hinaus stellte *Klingbeil* die politischen Prioritäten der Bundesregierung vor: Die neue Regierung arbeite „mit Hochdruck“ daran, den Bundeshaushalt für 2025 aufzustellen. Noch im Juni solle es dafür einen Kabinettsentwurf geben.

Auf der Agenda standen noch die Vorbereitung der gemeinsamen Jahrestagung mit dem Gouverneursrat des Europäischen Stabilitätsmechanismus im Juni und die Nachbesprechung des G7-Treffens.

[Wichtigste Ergebnisse der Tagung der Euro-Gruppe am 12.05.2025](#)

[Anmerkungen des Vorsitzenden der Euro-Gruppe Paschal Donohoe im Anschluss an die Tagung der Euro-Gruppe vom 12.05.2025](#)

ECOFIN-Rat am 13.05.2025: u. a. Mehrwertsteuervorschriften für Fernverkäufe eingeführter Gegenstände und Orientierungsaussprache über das SAFE-Instrument

Die EU-Wirtschafts- und Finanzminister haben am 13.05.2025 eine politische Einigung (= allgemeine Ausrichtung – Positionierung des Rates) zur Richtlinie über die Mehrwertsteuervorschriften für Fernverkäufe eingeführter Gegenstände und die Mehrwertsteuer (MwSt.) bei der Einfuhr erzielt. Ziel dieser Richtlinie ist es, die Erhebung der MwSt. auf eingeführte Gegenstände zu verbessern, indem die Lieferanten für die Entrichtung der Steuer bei der Einfuhr verantwortlich gemacht werden. Durch die Nutzung der Regelung der einzigen Anlaufstelle für die Einfuhr (Import One-Stop Shop, IOSS) soll eine bessere Einhaltung der Mehrwertsteuervorschriften bei Einfuhren gewährleistet werden. Dadurch soll sichergestellt werden, dass keine Wettbewerbsverzerrungen zum Nachteil der EU-Lieferungen entstehen, wie sie infolge einer weniger wirksamen Erhebung von Steuern auf Einfuhren von Sendungen mit geringem Wert von Drittländern an Verbraucher in der EU auftreten könnten.

Die Minister führten auch eine Orientierungsaussprache über das vorgeschlagene Instrument für Sicherheitsmaßnahmen für Europa (Security Action for Europe, SAFE). Sie betonten die dringende Notwendigkeit, die europäische Verteidigungsindustrie zu unterstützen und waren sich einig, dass eine gemeinsame Beschaffung wichtig ist.

Weitere Themen der Sitzung waren EU-Wettbewerbsfähigkeit, Aufbau- und Resilienzfähigkeit, Aggression Russlands gegen die Ukraine sowie internationale Tagungen.

[Politische Einigung des Rates vom 13.05.2025](#)

[Pressemitteilung des Rates vom 13.05.2025](#)

[Wichtige Ergebnisse der ECOFIN-Sitzung vom 13.05.2025](#)



WIRTSCHAFTS- UND WÄHRUNGSIONION

Kommission veröffentlicht eine Analyse der wirtschaftlichen Lage und der wirtschaftlichen Entwicklungen Deutschlands

Am 13.05.2025 wurde eine Analyse der wirtschaftlichen Lage und der wirtschaftlichen Entwicklungen in Deutschland veröffentlicht, die von der Generaldirektion „Wirtschaft und Finanzen“ erstellt wurde.

Für Deutschland erwartet die Kommission im Jahr 2024 ein negatives Wachstum von -0,2 % des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP), für das Jahr 2025 sagt die Prognose ein Wachstum von 0,7 % und für das Jahr 2026 von 1,3 % des BIP voraus. Sie ist der Ansicht, dass Deutschland seit zwei Jahrzehnten weniger in die öffentliche Infrastruktur investiere als der EU-Durchschnitt. Es bestehe eine statistisch signifikante deutschlandspezifische Lücke bei den öffentlichen Investitionen von 1,2 % des BIP pro Jahr im Vergleich zu anderen EU-Ländern.

Die öffentliche Schuldenquote wird den Projektionen zufolge im Jahr 2024 63 % des BIP und in Jahren 2025 und 2026 entsprechend 63,2 % und 62,8 % des BIP betragen.

[Analyse der Kommission zu Deutschland vom 13.05.2025](#)

Frühjahrsprognose der Kommission: moderates Wachstum in Zeiten globaler Unsicherheit

Die Kommission hat am 19.05.2025 die aktualisierte Prognose zur Wirtschafts- und Finanzentwicklung (Frühjahrsprognose 2025) der EU, des Euro-Währungsgebiets sowie einzelner Mitgliedstaaten in den Jahren 2024, 2025 und 2026 veröffentlicht. Danach werden die Wachstumsaussichten deutlich nach unten korrigiert: Die Kommission geht von einem Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP) in Höhe von 1,1 % in der EU und 0,9 % im Euro-Währungsgebiet im Jahr 2025 sowie in Höhe von 1,5 % in der EU und 1,4 % im Euro-Währungsgebiet im Jahr 2026 aus. Die Inflation dürfte im Prognosezeitraum noch weiter zurückgehen: im Euro-Währungsgebiet von 2,4 % im Jahr 2024 auf 2,1 % im Jahr 2025 und 1,7 % im Jahr 2026 bzw. in der EU von 2,6 % im Jahr 2024 auf 2,3 % im Jahr 2025 und 1,9 % im Jahr 2026.

Die Wachstumsprognosen Deutschlands für die Jahre 2025 und 2026 wurden erneut leicht gesenkt: Wachstum von 0,0 % im Jahr 2025 und 1,1 % im Jahr 2026 (Herbstprognose 2024: Wachstum von 0,7 % im Jahr 2025 und 1,3 % im Jahr 2026). Als Gründe für den Rückgang werden der Zollkonflikt sowie eine zunehmende globale Unsicherheit, die Konsum, Investitionen und Exporte nach unten zieht, genannt. Da die politischen Absichten der neuen Regierung, Infrastruktur- und Verteidigungsausgaben zu erhöhen, noch nicht detailliert formuliert sind, seien diese laut Kommission in dieser Prognose nicht enthalten. Dabei würden jedoch deren positive Auswirkungen auf die Stimmungsindikatoren bereits berücksichtigt.

[Mitteilung der Kommission vom 19.05.2025](#)

[Volltext der Frühjahrsprognose 2025](#)

[Konjunkturprognose für Deutschland](#)



Frühjahrsprognose der Kommission: mögliche Auswirkungen des deutschen Investitionspakets

Zwar berücksichtigte die Kommission in ihrer Frühjahrsprognose 2025 die Reform der Schuldenbremse und das im März beschlossene Investitionspaket mangels Umsetzungsdetails noch nicht. Jedoch untersuchte sie in einer separaten Analyse mögliche Auswirkungen der Reform und gab am 19.05.2025 bekannt, dass das deutsche Infrastrukturpaket die Wirtschaft erheblich ankurbeln dürfte. Demnach könnte das Bruttoinlandsprodukt (BIP) Deutschlands im Jahr 2029 um 1,25 % höher sein und im Jahr 2035 sogar um 2,5 %. Der Einfluss auf die öffentlichen Schulden wäre dagegen beschränkt.

Laut Kommission profitiere auch die EU durch sog. „Spillover-Effekte“ vom deutschen Investitionspaket. Ihren Berechnungen zufolge würde es das EU-BIP bis 2035 um 0,75 % anheben – ein Drittel davon durch „Spillover-Effekte“. Die Kommission betont aber, dass diese Prognosen auf der Annahme beruhen, dass Deutschland die Investitionen produktiv einsetzt.

[Analyse vom 19.05.2025](#)

Frühjahrspaket 2025 des Europäischen Semesters

Die Kommission hat am 04.06.2025 im Rahmen des Europäischen Semesters das Frühjahrspaket 2025 vorgestellt. Es analysiert zentrale wirtschaftliche und sozialen Herausforderungen der EU und enthält u. a. länderspezifische Empfehlungen, Vorschläge für Ratsempfehlungen zur Aktivierung der nationalen Ausweichklausel und beschäftigungspolitische Leitlinien.

Insbesondere hat die Kommission auf Basis detaillierter Länderberichte länderspezifische Empfehlungen erarbeitet. Die Empfehlungen für Deutschland betreffen unter anderem die Verteidigungsausgaben, das Rentensystem, die Umsetzung des Wiederaufbau- und Resilienzplans, die Digitalisierung, den Ausbau erneuerbarer Energien sowie die Bildung und den Fachkräftemangel.

Das vorgelegte Paket enthält auch die erste Bewertung der Fortschritte der Mitgliedstaaten im Rahmen des überarbeiteten Rahmens für die wirtschaftspolitische Steuerung und ihrer strukturellen haushaltspolitischen Pläne. Vor dem Hintergrund steigender Sicherheitsherausforderungen wird erstmals auch auf die nationale Ausweichklausel im Rahmen des Stabilitäts- und Wachstumspakts zurückgegriffen. Ziel der Klausel ist es, den Übergang zu höheren Verteidigungsausgaben zu erleichtern und gleichzeitig die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen zu gewährleisten.

[Pressemitteilung der Kommission vom 04.06.2025](#)

[Fragen und Antworten zum Frühjahrspaket 2025 des Europäischen Semesters](#)

[Frühjahrspaket zum Europäischen Semester 2025](#)

[Länderbericht 2025 Deutschland](#)



Kommission stellt Leitlinien für die Umsetzung der Aufbau- und Resilienzfazilität bereit

Die Kommission hat am 04.06.2025 eine Mitteilung angenommen, in der sie eine Bestandsaufnahme der Umsetzung der Aufbau- und Resilienzfazilität (AFR) vornimmt und den Mitgliedstaaten Leitlinien gibt, damit die Fazilität im Jahr 2026 erfolgreich geschlossen werden kann.

Die Mitgliedstaaten müssen alle Zielwerte und Ziele bis zum 31.08.2026 erreichen, und die Kommission muss die letzten Zahlungen bis zum 31.12.2026 leisten. Eine Verlängerung der Fristen schließt die Kommission (vorerst) aus.

Laut Kommission seien bislang lediglich rund 315 Mrd. € ausgezahlt worden. Da den Mitgliedstaaten noch Mittel in Höhe von über 335 Mrd. € zur Verfügung stehen, müsse die Umsetzung der Fazilität beschleunigt werden.

[Pressemitteilung der Kommission vom 04.06.2025](#)

Bulgarien tritt voraussichtlich 2026 der Eurozone bei

Die Kommission und die Europäische Zentralbank (EZB) haben am 04.06.2025 ihre jeweiligen Konvergenzberichte veröffentlicht, in denen sie zu dem Schluss kommen, dass Bulgarien bereit ist, den Euro ab dem 01.01.2026 einzuführen.

In den Berichten wird insbesondere festgestellt, dass Bulgarien die vier nominalen Konvergenzkriterien erfüllt. Insbesondere liegt die Inflation mit 2,8 % knapp in der akzeptablen Bandbreite. Das bulgarische Defizit lag 2022 bei 2,0 % des Bruttoinlandsprodukts bzw. 2024 bei 3,0 % und dürfte sich laut Kommission 2025 und 2026 bei 2,8 % stabilisieren. Es besteht daher kein Risiko, dass ein Verfahren wegen eines übermäßigen Defizits eingeleitet wird.

[Pressemitteilung der Kommission vom 04.06.2025](#)

EZB-Ratssitzung am 05.06.2025: weitere Zinssenkung um 25 Basispunkte

Der Rat der Europäischen Zentralbank (EZB) hat in seiner Sitzung am 05.06.2025 – wie von den Märkten erwartet – angesichts der abebbenden Inflation und der mauen Konjunkturaussichten zum achten Mal seit Juni 2024 die Leitzinssätze jeweils um 25 Basispunkte gesenkt. Der maßgebliche Einlagezinssatz liegt nun bei 2,0 %.

Der Rat legt sich weiterhin ausdrücklich nicht auf einen Zinspfad fest: Künftige Zinsentscheidungen sollen in der von außergewöhnlich hoher Unsicherheit geprägten Situation von Sitzung zu Sitzung erfolgen und von der dann aktuellen Datenlage abhängen.

[Geldpolitische Beschlüsse](#)

[Gesamtwirtschaftliche Prognose](#)



Kommission nimmt im Rahmen ihrer sechsten syndizierten Transaktion im Jahr 2025 5 Mrd. € auf

Die Kommission hat am 17.06.2025 eine Inanspruchnahme des EU-Bonds in Höhe von 5 Mrd. € mit Fälligkeit am 04.10.2039 getätigt. Die Einnahmen aus der Transaktion werden zur Finanzierung von Politikprogrammen der EU verwendet, insbesondere im Zusammenhang mit NextGenerationEU und der Unterstützung der Ukraine.

[Pressemitteilung der Kommission vom 17.06.2025](#)

HAUSHALT

Rede von Präsidentin von der Leyen auf der jährlichen EU-Haushaltskonferenz 2025

Am 20./21.05.2025 fand die jährliche EU-Haushaltskonferenz 2025 in Brüssel statt. In ihrer Eröffnungsrede betonte Kommissionspräsidentin *Ursula von der Leyen* die Bedeutung des EU-Haushalts und schlug drei Grundsätze vor:

- Flexibilität: Der Haushalt müsse flexibler, anpassungs- und reaktionsfähiger sein, um auf unvorhergesehene Herausforderungen reagieren zu können.
- Kohärenz: *Von der Leyen* betonte, dass die EU die Kaufkraft durch zu viele Instrumente verwässert und es zu wenig Abstimmung der verschiedenen Ebenen, dem Privatsektor und den Institutionen gibt. Sie kündigte an, dass der neue Haushalt auf einer neuen Struktur erstellt wird, mit einem Schwerpunkt auf „nationalen und regionalen Partnerschaften für Investitionen und Reformen“.
- Einfachheit: Der Haushalt müsse einfacher zu verstehen und zu handhaben sein, um Bürokratie abzubauen und den Zugang zu Fördermitteln zu erleichtern.

Von der Leyen verwies auch auf die neuen Eigenmittel, die erforderlich sind, um neue Prioritäten zu finanzieren und die Darlehen für NextGenerationEU zurückzuzahlen.

[Pressemitteilung der Kommission vom 20.05.2025](#)

[Jährliche EU-Haushaltskonferenz 2025](#)

Empfehlungen europäischer Bürgerinnen und Bürger für besser ausgestatteten EU-Haushalt

Im Rahmen der EU-Haushaltskonferenz 2025 begrüßte die Kommission am 20.05.2025 die Ergebnisse des Bürgerforums, die 22 Empfehlungen an die Kommission sowie 11 Leitempfehlungen als Schlüsselprinzipien umfassen. Das Bürgerforum hat beschlossen, sich beim neuen EU-Haushalt insbesondere auf Folgendes zu konzentrieren:

- Umweltschutz und wirtschaftlichen Erfolg zugleich sichern.
- Schutz der Natur und der natürlichen Ressourcen durch Umweltbildung und andere Maßnahmen.



- Verringerung der regionalen Disparitäten durch den Ausbau wesentlicher Infrastrukturen und Dienste.
- Bekämpfung der Landflucht durch Bildung, Arbeitsplätze und Wohnraum.
- Bedeutungsvolle und nachhaltige Inklusion von Migranten und Geflüchteten für ein stärkeres Europa.
- Budgethilfe für gleichberechtigten Zugang zu Gesundheitsversorgung, Arzneimittelproduktion und grenzüberschreitender Gesundheitsversorgung in der EU.
- Unterstützung der psychischen Gesundheit für alle Altersgruppen durch integrierte Maßnahmen aus dem EU-Haushalt.

[Pressemitteilung der Kommission vom 20.05.2025](#)

Kommission legt Vorschlag für den EU-Haushalt 2026 vor

Die Kommission hat am 04.06.2025 ihren Vorschlag für den EU-Haushalt 2026 vorgelegt. Demnach sollen insgesamt 193,26 Mrd. € an Verpflichtungsermächtigungen für folgende EU-Prioritäten bereitgestellt werden, ergänzt um 105,32 Mrd. € im Rahmen von NextGenerationEU:

- Binnenmarkt, Innovation und Digitales: 22,05 Mrd. €;
- Kohäsion, Resilienz und Werte: 71,73 Mrd. €;
- Natürliche Ressourcen und Umwelt: 56,97 Mrd. €;
- Migration und Grenzverwaltung: 5,01 Mrd. €;
- Sicherheit und Verteidigung: 2,80 Mrd. €;
- Nachbarschaft und die Welt: 15,51 Mrd. €;
- Europäische öffentliche Verwaltung: 13,48 Mrd. €;
- Thematische Sonderinstrumente: 5,72 Mrd. €.

[Pressemitteilung der Kommission vom 04.06.2025](#)

[Fragen und Antworten zum EU-Haushalt 2026](#)

Positionspapier der EVP-Fraktion zum nächsten mehrjährigen Finanzrahmen

Die EVP-Fraktion im Europäischen Parlament (EP) hat am 18.06.2025 ein Positionspapier zum nächsten mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) verabschiedet.

Die Fraktion ist der festen Überzeugung, dass die künftige Gestaltung des MFR die Rolle des EP als Gesetzgebungs-, Haushalts- und Entlastungsbehörde gewährleisten müsse. Sie fordert einen Haushalt, der über das Niveau des Haushaltszeitraums 2021 - 2027 hinausgeht und die derzeitige Grenze von 1 % des Bruttonationaleinkommens der EU überschreitet. Zudem ist sie der Ansicht, dass ein einziger nationaler Plan



pro Mitgliedstaat nicht als Grundlage für Ausgaben im Rahmen der geteilten Mittelverwaltung nach 2027 dienen könne. Die Abgeordneten betonen, dass die Aufbau- und Resilienzfazilität aufgrund der zahlreichen Mängel dieses Modells nicht als Vorbild für den Unionshaushalt dienen sollte. Sie sind der Meinung, dass die regionale und lokale Ebene im Mittelpunkt der künftigen Gestaltung der Pläne für die geteilte Mittelverwaltung bleiben müsse.

[Pressemitteilung der EVP-Fraktion vom 18.06.2025](#)

STEUERN

FISC-Ausschuss am 15.05.2025: u. a. Umsetzung der Rahmenregelung in Bezug auf Säule 2

Am 15.05.2025 fand eine Sitzung des Unterausschusses für Steuerfragen (FISC) im Europäischen Parlament (EP) statt. Auf der Tagesordnung standen folgende drei Punkte:

- Workshop zu dem Thema „Steuervergünstigungen und Investitionen in der EU – bewährte Verfahren und Wege, um private Investitionen zu begünstigen und schädliche Steuerpraktiken zu unterbinden“;
- Öffentliche Anhörung zu dem Thema „Zur Zukunft der Vorschriften der EU zur Bekämpfung von Steuervermeidung einschließlich der Vereinfachung dieser Vorschriften“;
- Öffentliche Anhörung zu dem Thema „Umsetzung der Rahmenregelung in Bezug auf Säule 2 angesichts der internationalen Entwicklungen und der Beziehungen zwischen der EU und den USA“.

[Pressemitteilung des EP vom 15.05.2025](#)



STAATSMINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT, LANDESENTWICKLUNG UND ENERGIE

WIRTSCHAFT MIT BINNENMARKT UND INDUSTRIE

Dänische Ratspräsidentschaft: Schwerpunkte aus dem Bereich des StMWi

Die dänische Regierung hat am 19.06.2025 über ihre Prioritäten für die am 01.07.2025 beginnende EU-Ratspräsidentschaft unter dem Motto „Ein starkes Europa in einer sich verändernden Welt“ informiert. Der dänische Ratsvorsitz hat zwei übergeordnete Prioritäten: (i) Ein sicheres Europa und (ii) ein wettbewerbsfähiges und grünes Europa. Schwerpunkte im Bereich des StMWi bilden u. a. Maßnahmen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der EU, die Um- sowie Fortsetzung einer Vereinfachungsagenda, die Aufnahme von Verhandlungen betreffend die europäische Kohäsionspolitik nach 2027, die Umsetzung von Maßnahmen zur Stärkung der europäischen Verteidigungsindustrie, die Ratifizierung und der Ausbau handelspolitischer Abkommen, der Einsatz für die Gewährleistung gleicher Wettbewerbsbedingungen einschließlich der Verteidigung gegen unlautere Handelspraktiken, Initiativen zur Weiterentwicklung der Kapitalmarktunion und der Bankenunion sowie Maßnahmen zur Erhöhung der Energieunabhängigkeit, zur Stärkung der Versorgungssicherheit und zur Sicherstellung einer ausreichenden Erzeugung sauberer und erschwinglicher Energie.

Kommission legt Omnibus-Paket im Verteidigungsbereich vor

Die Kommission hat am 17.06.2025 ein Omnibus-Paket für den Verteidigungsbereich vorgelegt. Ziel ist, die Verteidigungsfähigkeiten und -infrastrukturen in den Mitgliedstaaten zu stärken. Hierzu werden verschiedene Maßnahmen vorgeschlagen, u. a.: (i) Einführung eines beschleunigten Genehmigungsverfahrens für Verteidigungsprojekte sowie Einrichtung einer zentralen Anlaufstelle in den Mitgliedstaaten; (ii) Optimierung von Verfahren für öffentliche Auftraggeber und die Industrie; (iii) Klärung von Fragen bzgl. der Anwendung weiterer bestehender EU-weiter Vorschriften aus den Bereichen Umwelt und Wettbewerb sowie Herstellung von Kohärenz bzgl. Anforderungen im Chemikalienbereich; (iv) Anpassungen bzgl. der Verbringungen von Verteidigungsgütern innerhalb der EU; (v) Verbesserung des Zugangs zu Finanzmitteln; (vi) Verringerung des Verwaltungsaufwands im Rahmen des Europäischen Verteidigungsfonds (EVF). Die Vorschläge werden nun vom Europäischen Parlament und vom Rat beraten.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Übersicht der GD Defis sowie Fragen und Antworten](#)

[Fact Sheet](#)

Kommission legt Omnibus-Paket zu kleinen Midcaps vor

Die Kommission hat am 21.05.2025 das Omnibus-Paket zu kleinen Midcaps vorgestellt. Das Paket soll kleinen und mittleren Unternehmen (KMUs) mehr Anreize zur Vergrößerung geben, die Regulierungsprozesse



digitalisieren und Bürokratie abbauen. Es umfasst hierzu insbesondere eine neue Kategorie von Unternehmen, die kleinen Midcaps („small mid-caps“, SMCs), die Unternehmen mit weniger als 750 Beschäftigten und einem Umsatz von bis zu 150 Mio. € oder einer Bilanzsumme von bis zu 129 Mio. €. bezeichnen soll, für die bestimmte bestehende KMU-Vorteile gelten. Die Legislativvorschläge werden im Folgenden im Europäischen Parlament (EP) und im Rat beraten und in Kraft treten, sobald die Mitgesetzgeber eine Einigung über die Vorschläge erzielt haben und die Rechtsakte im Amtsblatt der EU veröffentlicht sind. Gelegenheit zur Stellungnahme über das Have Your Say-Portal der Kommission besteht bis zum 18.07.2025.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Zur Konsultation \(Verordnung zur Ausdehnung bestimmter KMU-Maßnahmen auf kleine Midcaps\)](#)

[Zur Konsultation \(Richtlinie zur Ausdehnung bestimmter KMU-Maßnahmen auf kleine Midcaps\)](#)

[Zur Konsultation \(Verordnung zur Digitalisierung und Anpassung gemeinsamer Spezifikationen\)](#)

[Zur Konsultation \(Richtlinie zur Digitalisierung und Anpassung gemeinsamer Spezifikationen\)](#)

[Zur Konsultation \(Änderung der Batterieverordnung in Bezug auf Sorgfaltspflichten\)](#)

Kommission legt Binnenmarktstrategie vor

Die Kommission hat am 21.05.2025 ihre Binnenmarktstrategie vorgelegt. Die Strategie identifiziert zunächst die zehn schädlichsten Hindernisse im Binnenmarkt. Die Kommission schlägt hierauf aufbauend den Abbau von Hindernissen durch entsprechende Maßnahmen vor, insb.: Förderung des europäischen Dienstleistungsmarktes; Konzentration auf kleine und mittlere Unternehmen (KMU); Förderung der Digitalisierung und Vereinfachung; Stärkung der politischen und nationalen Eigenverantwortung; Verbindung zwischen den EU-Ausgaben und der Reform der Rechtsvorschriften. Im Zusammenhang mit dem freien Waren- und Dienstleistungsverkehr sieht die Strategie u. a. die Überarbeitung der Vorschriften über Verpackung, Kennzeichnung und Abfall vor. Betreffend den grenzüberschreitenden Handel mit Dienstleistungen schlägt die Kommission u. a. den Abbau voneinander abweichender nationaler Dienstleistungsregelungen, die Stärkung der Anerkennung von Berufsqualifikationen und die weitere Vereinfachung der Verfahren zur vorübergehenden grenzüberschreitenden Entsendung von Arbeitnehmern vor. Zudem sieht der Vorschlag der Kommission den Abbau weiterer Binnenmarkthindernisse vor wie die durch die Ankündigung des sog. 28. Regimes für das europäische Gesellschaftsrecht.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Fragen und Antworten](#)

Kommission veröffentlicht EU-Startup- und Scaleup-Strategie

Die Kommission hat am 28.05.2025 eine EU-Startup- und Scaleup-Strategie veröffentlicht. In der Strategie werden – zur Verbesserung der Bedingungen für Start-ups und Scale-ups – verschiedene Maßnahmen in fünf Bereichen vorgeschlagen: Vereinfachung von Regulierung und Förderung eines innovationsfreundlichen Umfelds (u. a. Vorschlag zur Einführung eines EU-weit gültigen 28. Gesellschaftsregimes als einheitlicher



Rechtsrahmen für innovative Unternehmen); Verbesserung der Finanzierung; Beschleunigung des Marktzugangs; Förderung von Talenten; Erleichterung des Zugangs zu sowie Ausbau von Infrastrukturen und Diensten. Zudem werden im Rahmen der Strategie Leistungsindikatoren zur Messung der Auswirkungen der Strategie definiert. Die Kommission wird bis Ende 2027 über die Umsetzung der Strategie Bericht erstatten.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Fragen und Antworten](#)

Kommission schlägt Änderungen betreffend den EU-Verbriefungsrahmen vor

Die Kommission hat am 17.06.2025 gezielte regulatorische Änderungen betreffend den EU-Verbriefungsrahmen vorgeschlagen. Die Maßnahme ist die erste Legislativinitiative, die im Rahmen der Strategie für die Spar- und Investitionsunion (SIU) vorgeschlagen wurde (EB 04/25). Ziel ist, die Verbriefungstätigkeit in der EU zu stärken und gleichzeitig die Finanzstabilität zu wahren. Der Vorschlag sieht hierzu u. a. vor: (i) Vorschlag zur Änderung der Verbriefungsverordnung; (ii) Vorschlag zur Änderung der Eigenkapitalverordnung (Capital Requirements Regulation, CRR); (iii) Vorschlag von Änderungen an der delegierten Verordnung zur Liquiditätsdeckungsquote; (iv) Ankündigung von Änderungen an der delegierten Verordnung Solvabilität II. Die Vorschläge zur Änderung der Verbriefungsverordnung und zur Änderung der Eigenkapitalverordnung werden nun vom Europäischen Parlament (EP) und dem Rat beraten.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Fragen und Antworten](#)

[Übersicht der GD FISMA](#)

[Presseerklärung von Kommissarin Albuquerque](#)

[Zur Konsultation \(CRR\)](#)

Kommission schlägt Verschiebung der Anwendung von Anforderungen im Rahmen von Basel III vor

Die Kommission hat am 12.06.2025 vorgeschlagen, das Inkrafttreten von Bestimmungen über die Marktaktivitäten von Investmentbanken (Fundamental Review of the Trading Book) im Rahmen von Basel III um ein Jahr – auf Januar 2027 – zu verschieben. Das Europäische Parlament (EP) und der Rat haben nun drei Monate Zeit, um auf den vorgelegten Vorschlag für einen delegierten Rechtsakt zu reagieren.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

Kommission nimmt technische Standards zur Einführung konsolidierter Bänder an

Die Kommission hat am 12.06.2025 technische Standards angenommen, um die Erstellung von konsolidierten Bändern zu ermöglichen, wie in der Verordnung über Märkte für Finanzinstrumente (MiFIR) gefordert (EB 08/23). Bei konsolidierten Bändern handelt es sich um zentralisierte Dateneinspeisungen, die die Kurse und Volumina von Finanzinstrumenten von Ausführungsplätzen in allen Mitgliedstaaten in einem einzigen



Informationsstrom zusammenführen. Die technischen Standards legen die Kriterien für die Zulassung von Anbietern konsolidierter Datenbänder fest, definieren die Methode, nach der der Anbieter von Datenbändern die Einnahmen aus dem Verkauf konsolidierter Daten mit den Handelsplätzen teilen muss, die diese Daten geliefert haben, und legen die Bedingungen fest, unter denen Marktdaten der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt werden. Während bei der Durchführungsverordnung der Gesetzgebungsprozess abgeschlossen ist, haben bei den drei delegierten Verordnungen das Europäische Parlament (EP) und der Rat zwei Monate Zeit, Einwände zu erheben – eine Änderung der Rechtsakte ist dabei ausgeschlossen.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Zu den Sekundärrechtsakten](#)

Kommission nimmt Sekundärrechtsakte betreffend das Netto-Null-Industrie-Gesetz (NZIA) an

Die Kommission hat am 23.05.2025 mehrere Sekundärrechtsakte betreffend das Netto-Null-Industrie-Gesetz (NZIA) angenommen: (i) Festlegung der Vorqualifikations- und Zuschlagskriterien für Auktionen für erneuerbare Energien (Durchführungsrechtsakt); (ii) Leitlinien für strategische Projekte (Durchführungsrechtsakt); (iii) Liste der Endprodukte mit Netto-Null-Technologien und ihrer wichtigsten spezifischen Bauteile / Anwendung des Resilienzkriteriums bei der Vergabe öffentlicher Aufträge für bestimmte Netto-Null-Technologien und bei Auktionen für erneuerbare Energien (Durchführungsrechtsakt); (iv) Liste von Komponenten, die primär für die Herstellung von Netto-Null-Technologien verwendet werden können (Delegierter Rechtsakt).

[Zu den Sekundärrechtsakten](#)

Kommission nimmt delegierte Verordnung betreffend CCS an

Die Kommission hat am 21.05.2025 eine delegierte Verordnung betreffend die Festlegung der Vorschriften für die Ermittlung zugelassener Öl- und Gasproduzenten mit Blick auf die CO₂-Injektionskapazität bis 2030 (EB 04/25) angenommen.

[Zur delegierten Verordnung](#)

Kommission nimmt delegierte Verordnung betreffend die Festlegung von CO₂-Emissionsnormen für neue schwere Nutzfahrzeuge an

Die Kommission hat am 20.05.2025 eine delegierte Verordnung zur Änderung der Verordnung (EU) 2019/1242 hinsichtlich der Hinzufügung von Fahrzeuguntergruppen für überschwere Fahrzeugkombinationen angenommen.

[Zur delegierten Verordnung](#)



Kommission nimmt Durchführungsbeschluss betreffend Standorte der Galileo-Sensorstationen an

Die Kommission hat am 16.05.2025 einen Durchführungsbeschluss zur Änderung des Durchführungsbeschlusses (EU) 2016/413 hinsichtlich des Standorts der Bodeninfrastruktur des im Rahmen des Programms Galileo eingerichteten Systems angenommen.

[Zum Durchführungsbeschluss](#)

Kommission verklagt Deutschland wegen nicht ordnungsgemäßer Umsetzung der EU-Richtlinien über die öffentliche Auftragsvergabe

Die Kommission hat am 18.06.2025 informiert, Deutschland vor dem Gerichtshof der Europäischen Union (EuGH) wegen der nicht ordnungsgemäßen Umsetzung der EU-Richtlinien über die öffentliche Auftragsvergabe (Richtlinie 2014/24/EU und Richtlinie 2014/23/EU) zu verklagen. Der Kommission kommt zu folgenden Ansichten: Fehlende Verpflichtung der öffentlichen Auftraggeber, den Bietern nach Abschluss des Vertrags detaillierte Informationen zur Verfügung zu stellen, um die verkürzte Frist für den Zugang zu einer Überprüfung beginnen zu lassen; unklare Definition des Begriffs „Auftraggeber“; fehlende Vorschrift zur Anwendung der Vorschriften für die öffentliche Auftragsvergabe betreffend Auftraggeber im Postsektor.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

Kommission veröffentlicht Liste mit strategischen Projekten in Drittländern

Die Kommission hat am 04.06.2025 über die Auswahl von 13 strategischen Projekten in Drittländern betreffend den Zugang zu Rohstoffen und die Unterstützung der lokalen Wertschöpfung informiert. Von den 13 strategischen Projekten befinden sich sieben in Kanada, Grönland, Kasachstan, Norwegen, Serbien, der Ukraine und Sambia, mit denen die EU eine strategische Partnerschaft im Bereich der Rohstoffwertschöpfungsketten unterhält; die weiteren strategischen Projekte befinden sich in Brasilien, Madagaskar, Malawi, Neukaledonien, Südafrika und dem Vereinigten Königreich. Die ausgewählten Projekte werden von der Kommission, den Mitgliedstaaten und den Finanzinstitutionen koordiniert unterstützt, indem sie den Zugang zu Finanzmitteln und Kontakte zu einschlägigen Abnehmern erleichtern sollen.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Liste ausgewählter Projekte](#)

Kommission veröffentlicht Bericht zur Zwischenbewertung des Europäischen Verteidigungsfonds

Die Kommission hat am 17.06.2025 einen Bericht zur Zwischenbewertung des Europäischen Verteidigungsfonds angenommen. Der Europäische Verteidigungsfonds unterstützt kooperative grenzüberschreitende Forschung und Entwicklung im Verteidigungsbereich. Spätestens vier Jahre nach Beginn der Durchführung des Fonds muss eine Zwischenbewertung erfolgen.



[Zum Bericht](#)

Zweites Forum der Verteidigungsindustrie der EU und der Ukraine: Stärkung der Zusammenarbeit und Integration im Verteidigungsbereich

Zur Stärkung der Zusammenarbeit und Integration zwischen den Verteidigungsindustrien der Ukraine und der EU fand am 12.05.2025 das zweite Forum der Verteidigungsindustrie der EU und der Ukraine statt. Über 500 Vertreter beider Seiten kamen zusammen, um gemeinsame Beschaffungen zu fördern und der Ukraine zu helfen, Fähigkeiten in vorrangigen Bereichen zu erlangen. Eine neu gegründete „Task Force EU-Ukraine für industrielle Zusammenarbeit im Verteidigungsbereich“ traf sich erstmals am Rande des Forums, um mögliche Vorzeigeprojekte zu initiieren. Die engere Zusammenarbeit soll die ukrainische Verteidigungsindustrie weiter in die technologische und industrielle Basis der europäischen Verteidigung (EDTIB) integrieren.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

Strategischer Dialog mit der europäischen Verteidigungsindustrie

Die Kommission hat am 13.05.2025 über die erste Sitzung des strategischen Dialogs mit Vertretern der europäischen Verteidigungsindustrie informiert. Kommissionspräsidentin *Ursula von der Leyen* betonte u.a. die zentrale Rolle der europäischen Verteidigungsindustrie für die Sicherheit Europas. Um die gegenwärtigen strukturelle Herausforderungen anzugehen, werde die Kommission eng mit Interessenträgern aus der Industrie zusammenarbeiten. Zudem wurde die Industrie aufgefordert, ihre Ansichten in künftige Initiativen wie dem für Juni angekündigten Omnibus-Paket im Verteidigungsbereich einfließen zu lassen.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

Strategischer Dialog mit der Chemieindustrie

Die Kommission hat am 13.05.2025 über die erste Sitzung des strategischen Dialogs über die Zukunft der chemischen Industrie in Europa informiert. Kommissionspräsidentin *Ursula von der Leyen* betonte u.a. die Schlüsselrolle des Sektors. An dem Dialog nahmen auch Exekutiv-Vizepräsident *Stéphane Séjourné* und Kommissarin *Jessika Roswall* teil. Ziel des Dialogs ist, gemeinsam Maßnahmen zu entwickeln, um die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Chemiebranche zu fördern und gleichzeitig Nachhaltigkeit und Sicherheit zu gewährleisten. Die Kommissionspräsidentin kündigte u.a. bis zum Sommer einen Aktionsplan für den chemischen Sektor, einen sektorspezifischen Omnibus zur Vereinfachung sowie bis Ende des Jahres ein Paket für die chemische Industrie an.

[Pressemitteilung der Kommission](#)



Kommission und Europäische Investitionsbank bauen Unterstützung für Projekte im Bereich der Dekarbonisierung aus

Die Kommission und die Europäische Investitionsbank (EIB) haben am 03.06.2025 eine Vereinbarung zur Verlängerung der Projektentwicklungsunterstützung (Project Development Assistance, PDA) im Rahmen des EU-Innovationsfonds unterzeichnet. Ziel ist, die technische und finanzielle Unterstützung für innovative Dekarbonisierungsprojekte auszuweiten. Angeboten werden soll u.a. ein reibungsloses Antragsverfahren und eine breitere sektorale Abdeckung, auch für neue Sektoren wie Netto-Null- und kohlenstoffarme Mobilität (See-, Schienen- und Straßenverkehr) und Gebäude.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

Kommission initiiert Konsultation zum Verordnungsvorschlag zur Förderung verteidigungsbezogener Investitionen

Die Kommission hat am 23.05.2025 eine Konsultation zu ihrem am 22.04.2025 (EB 04/25) vorgelegten Verordnungsvorschlag zur Förderung verteidigungsbezogener Investitionen initiiert. Gelegenheit zur Stellungnahme besteht bis zum 22.07.2025.

[Zur Konsultation](#)

Kommission initiiert Konsultation zum Omnibus-Paket zur Vereinfachung von Investitionen

Die Kommission hat am 23.05.2025 eine Konsultation zu ihrem am 26.02.2025 (EB 03/25) vorgelegten Omnibus-Paket zur Vereinfachung von Investitionen initiiert. Gelegenheit zur Stellungnahme besteht bis zum 18.07.2025.

[Zur Konsultation](#)

Kommission initiiert Konsultation betreffend die Richtlinie „Solvabilität II“

Die Kommission hat am 05.06.2025 eine Konsultation zur Gleichwertigkeit im Zusammenhang mit Drittlandsversicherungsunternehmen betreffend die Richtlinie „Solvabilität II“ initiiert. Art des Rechtsakts ist ein delegierter Beschluss. Annahme durch die Kommission ist geplant für das 3. Quartal 2025. Gelegenheit zur Stellungnahme besteht bis zum 03.07.2025.

[Zur Konsultation](#)

Kommission initiiert Sondierung zu einem europäischen Konzept für Spar- und Anlagekonten

Die Kommission hat am 10.06.2025 eine Sondierung zu einem europäischen Konzept für Spar- und Anlagekonten initiiert. Die Initiative, die Teil der Strategie für eine Spar- und Investitionsunion ist (EB 04/25),



soll den Bürgern die Teilnahme an den Kapitalmärkten erleichtern, die Rendite ihrer Ersparnisse erhöhen und gleichzeitig den Unternehmen in der EU mehr Mittel zur Verfügung stellen. Die Kommission bittet in ihrer Aufforderung um Beiträge zu bewährten Verfahren, um Spar- und Anlagekonten zu einem bequemen Zugang zu den Kapitalmärkten für Kleinanleger zu machen. Dazu gehören auch Überlegungen zur steuerlichen Behandlung solcher Konten. Art des Rechtsakts ist eine Empfehlung. Annahme ist geplant für das 3. Quartal 2025. Gelegenheit zur Stellungnahme besteht bis zum 08.07.2025.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Zur Konsultation](#)

Kommission initiiert gezielte Konsultation zur zusätzlichen Altersversorgung

Die Kommission hat am 13.06.2025 eine gezielte Konsultation zur zusätzlichen Altersversorgung initiiert. Die Initiative ist Teil der am 19.03.2025 (EB 04/25) vorgelegten Strategie für eine Spar- und Investitionsunion. Die Konsultation bittet um Rückmeldungen zu u.a. möglichen Maßnahmen zur Förderung einer breiteren Beteiligung an betrieblichen und persönlichen Altersversorgungssystemen und einer breiteren Nutzung des paneuropäischen privaten Pensionsprodukts (PEPP), zur Verbesserung der Instrumente, die den Bürgern zur Verfügung stehen, um Rentenansprüche zu verfolgen, zu vergleichen und zu verstehen, und zur Überarbeitung der Richtlinie über die Tätigkeiten und die Beaufsichtigung von Einrichtungen der betrieblichen Altersversorgung (EbAV-II-Richtlinie). Gelegenheit zur Stellungnahme besteht bis zum 29.08.2025. Die gewonnenen Erkenntnisse sollen in ein Maßnahmenpaket einfließen, das im 4. Quartal 2025 vorgelegt werden soll.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Zur Konsultation](#)

Kommission initiiert gezielte Konsultationen zu Zustellungsentgelten

Die Kommission hat am 13.06.2025 eine gezielte Konsultation zur Überarbeitung der Delegierten Verordnung über unionsweit einheitliche Höchstentgelte für die Anrufzustellung initiiert. Die Kommission bittet Interessengruppen um Rückmeldungen zu den Auswirkungen der Verordnung und der Entwicklung der Zustellungsmärkte. Gelegenheit zur Stellungnahme besteht bis zum 16.09.2025.

[Zur Konsultation](#)

Kommission initiiert Sondierung zum geplanten Gesetz über digitale Netze

Die Kommission hat am 06.06.2025 eine Sondierung zum im Rahmen des Arbeitsprogramms angekündigten Gesetz über digitale Netze initiiert. Art des Rechtsakts ist eine Verordnung. Annahme ist geplant für das 4. Quartal 2025. Gelegenheit zur Stellungnahme besteht bis zum 11.07.2025.



Zur Sondierung

Kommission initiiert zwei Konsultationen zur Überprüfung der EU-Fusionskontrollleitlinien

Die Kommission hat am 08.05.2025 eine allgemeine öffentliche Konsultation und eine gezielte Konsultation zu ihrer derzeit laufenden Überprüfung der EU-Fusionskontrollleitlinien eingeleitet. In den Fusionskontrollleitlinien wird der Rahmen beschrieben, den die Kommission bei der Beurteilung der Auswirkungen von Zusammenschlüssen auf den Wettbewerb anwendet. Die Überprüfung erstreckt sich sowohl auf die Leitlinien für horizontale Zusammenschlüsse von 2004 als auch auf die Leitlinien für nichthorizontale Zusammenschlüsse von 2008 und soll dazu dienen, den Rahmen für die Beurteilung von Zusammenschlüssen angesichts der transformativen Veränderungen in der Wirtschaft in den vergangenen rund 20 Jahren und neuer Marktgegebenheiten zu aktualisieren und die Kommission in die Lage versetzen, der Fallpraxis und der Rechtsprechung des Gerichtshofs der Europäischen Union Rechnung zu tragen. Während die öffentliche Konsultation allgemeiner gehalten ist, konzentriert sich die gezielte Konsultation auf detaillierte und technische Parameter sowie folgende spezifische Themen: Wettbewerbsfähigkeit und Resilienz, Marktmacht, Innovation, Dekarbonisierung, Digitalisierung, Effizienzgewinne, Verteidigung und arbeitsrechtliche Erwägungen. Gelegenheit zur Stellungnahme besteht jeweils bis 03.09.2025.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

Kommission genehmigt Übernahme der PEPP Group B.V. durch die Zeppelin GmbH

Die Kommission hat am 14.05.2025 über die Genehmigung des Erwerbs der alleinigen Kontrolle über die niederländische PEPP Group B.V. („Teibo“) durch die Zeppelin GmbH in Deutschland (Bayern) informiert. Die Transaktion betrifft in erster Linie den Verkauf und die Vermietung von Bau-, Landwirtschafts- und Energiegeräten.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

Kommission genehmigt Übernahme der TIMETOACT Holding GmbH durch die H.I.G. Europe Middle Market Holdings

Die Kommission hat am 26.05.2025 über die Genehmigung der Übernahme der bayerischen TIMETOACT Holding GmbH durch das kanadische Unternehmen H.I.G. Europe Middle Market Holdings, L.P. informiert. Die Transaktion betrifft vor allem den IT-Bereich, insbesondere Cloud-Plattformen und digitale Lösungen.

[Pressemitteilung der Kommission](#)



Omnibus-Paket zur Nachhaltigkeit: EP und Rat erzielen vorläufige politische Einigung zu vorgeschlagenen Änderungen am EU-Grenzausgleichsmechanismus

Das Europäische Parlament (EP) und der Rat haben am 18.06.2025 eine vorläufige politische Einigung über den von der Kommission im Rahmen des Omnibus-Pakets zur Nachhaltigkeit am 26.02.2025 vorgelegten Vorschlag zur Vereinfachung und Stärkung des CO₂-Grenzausgleichssystems (CBAM) (EB 03/25) erzielt. Ziel ist die Verringerung des Regulierungs- und Verwaltungsaufwands sowie der Befolgungskosten für Unternehmen, insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen (KMU). Das Verhandlungsergebnis von EP und Rat sieht u. a. vor: (i) Ausnahme von den CBAM-Verpflichtungen für Importeure, die einen massebasierten Schwellenwert von 50 t importierter Waren pro Importeur und Jahr nicht überschreiten; (ii) Vereinfachungsmaßnahmen für Einführer von CBAM-Waren betreffend u. a. Genehmigungsverfahren, Datenerhebungsverfahren, Berechnungen der sog. „eingebetteten Emissionen“, Emissionsverifizierungsvorschriften, Berechnungen der finanziellen Haftung; (iii) Verzögerungen hinsichtlich der Anmeldung im CBAM-Register sollen nicht zu Unterbrechungen der Importe führen; (iv) Konkretisierungen in Bezug auf die Vereinbarung über die Finanzierung der Kosten betreffend die CBAM-Plattform. Rat und EP müssen die Vorschriften im nächsten Schritt jeweils förmlich annehmen.

[Pressemitteilung des Rates](#)

[Pressemitteilung des EP](#)

EP und Rat erzielen vorläufige politische Einigung zum Verordnungsvorschlag zur Verkürzung des Abwicklungszyklus für EU-Wertpapiere

Das Europäische Parlament (EP) und der Rat haben am 18.06.2025 eine vorläufige politische Einigung zum Vorschlag für eine Verordnung zur Verkürzung des Abwicklungszyklus für EU-Wertpapiere der Kommission vom 12.02.2025 (EB 02/25) erzielt.

Konkret handelt es sich hierbei um eine Änderung der Verordnung über Zentralverwahrer (CSDR). Ziel ist, den Abwicklungszyklus von Wertpapiergeschäften, die an EU-Handelsplätzen getätigt werden, von zwei Geschäftstagen (dem sogenannten „T+2“) auf einen Geschäftstag nach dem Handelstag („T+1“) zu verkürzen. Der Handel mit Aktien oder Anleihen kann hierdurch an einem Tag statt an zwei Tagen abgewickelt werden. Ausnahmen sollen für bestimmte Wertpapierfinanzierungsgeschäfte (SFTs) gelten. Rat und EP müssen die neuen Vorschriften im nächsten Schritt jeweils förmlich annehmen.

[Pressemitteilung des Rates](#)

Europäische Parlament nimmt Initiativbericht zur Zukunft der Kohäsionspolitik an

Das Europäische Parlament (EP) hat am 17.06.2025 einen Initiativbericht zur Zukunft der Kohäsionspolitik angenommen, u. a.: Betonung der Notwendigkeit einer dezentralen und ortsbezogenen Kohäsionspolitik;



Förderung eines vereinfachten Zugangs zu Finanzmitteln; Förderung der Aufstockung der technischen Hilfe für die lokalen Behörden; bessere Verzahnung von Industrie- und Kohäsionspolitik in der EU.

[Pressemitteilung des EP](#)

Flottenregulierung: Rat billigt gezielte Änderung der Verordnung über CO₂-Emissionsnormen für Pkw und leichte Nutzfahrzeuge

Der Rat hat am 27.05.2025 die gezielte Änderung der Verordnung über CO₂-Emissionsnormen für Pkw und leichte Nutzfahrzeuge (EB 04/25) formell gebilligt. Die gezielte Änderung sieht vor, dass die Einhaltung der spezifischen Emissionsziele der Automobilhersteller für die Jahre 2025, 2026 und 2027 auf der Grundlage des Durchschnitts der Leistung in diesen drei Jahren statt jährlich bewertet wird. Die geänderte Verordnung wird am 20. Tag nach ihrer Veröffentlichung im Amtsblatt in Kraft treten.

[Pressemitteilung des Rates](#)

Rat nimmt Vorschriften über die Liquiditätsanforderungen für bestimmte Finanztransaktionen an

Der Rat hat am 12.06.2025 die Verordnung zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 über Aufsichtsanforderungen an Kreditinstitute hinsichtlich der Anforderungen an Wertpapierfinanzierungsgeschäfte im Rahmen der Net Stable Funding Ratio angenommen. Mit den Änderungen der EU-Liquiditätsvorschriften für den Bankensektor soll die Liquidität auf den Finanzmärkten erhalten werden und die Wettbewerbsbedingungen für EU-Banken und internationale Banken stärker übereinstimmen (EB 04/25). Im Besonderen wird mit dem Rechtsakt die derzeitige Übergangsregelung für niedrigere als in den Basler Standards vorgesehenen Quoten bei bestimmten kurzfristigen Wertpapierfinanzierungsgeschäften der Banken, die u. a. zur Berechnung der strukturellen Liquiditätsquote verwendet werden, dauerhaft angewendet. Die Änderungen der Eigenmittelverordnung werden nun im Amtsblatt der EU veröffentlicht und gelten ab dem 29.06.2025.

[Pressemitteilung des Rates](#)

Rat positioniert sich zum Vorschlag der Kommission zu Änderungen u.a. am Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) und am Europäischen Sozialfonds Plus (ESF+)

Der Ausschuss der Ständigen Vertreter (ASTV) hat sich am 18.06.2025 zum Vorschlag der Kommission zu Änderungen am Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), am Fonds für einen gerechten Übergang (JTF) sowie am Europäischen Sozialfonds Plus (ESF+) positioniert (EB 04/25). Ziel ist, die kohäsionspolitischen Investitionen auf neue Prioritäten auszurichten. Die Positionierung des Rates sieht u. a. folgende Elemente vor: (i) Absenkung der Vorfinanzierungs- und Kofinanzierungssätze auf vorrangiger Ebene für alle neuen spezifischen und Absenkung der Schwelle für die Gewährung zusätzlicher finanzieller Anreize; (ii) Einführung zusätzlicher Ausnahmeregelungen von der Verordnung mit gemeinsamen Bestimmungen (Dachverordnung) hinsichtlich der den Begünstigten obliegenden Publizitätspflichten; (iii) Einführung



zusätzlicher Bestimmungen hinsichtlich der Flexibilitäten, die den Mitgliedstaaten gewährt werden sollen, die die Konzentrationsanforderungen auf der Ebene der Regionenkategorie erfüllen; (iv) betreffend die Verordnungen über den EFRE, den Kohäsionsfonds und den JTF, Vorschlag zur Erweiterung des Anwendungsbereichs der spezifischen Ziele in Bezug auf Energieinfrastrukturen sowie Verteidigungsinfrastrukturen oder Infrastrukturen mit doppeltem Verwendungszweck.

[Pressemitteilung des Rates](#)

Rat legt Standpunkte zu Rechtsakten zur Modernisierung der Zahlungsdienstleistungen fest

Der Rat hat sich am 18.06.2025 zu den beiden von der Kommission am 28.06.2023 (EB 08/23) vorgeschlagenen Rechtsakten zur Modernisierung der Zahlungsdienstleistungen positioniert: Verordnung über Zahlungsdienste im Binnenmarkt (PSR); Überarbeitung der Richtlinie über Zahlungsdienste und E-Geld-Dienste im Binnenmarkt (PSD3). Die Kommissionsvorschläge zielen darauf ab, Betrug im Zahlungsverkehr zu verringern, technologische Innovationen zu fördern, die Verbraucher besser zu schützen und die Transparenz bei den Gebühren zu erhöhen. Das Verhandlungsmandat des Rates sieht u.a. vor, auch die Anbieter elektronischer Kommunikationsdienste wie Internetanbieter und Messaging-Plattformen in den Anwendungsbereich der Betrugsbekämpfung einzubeziehen. Nachdem das Europäische Parlament (EP) seine Standpunkte bereits am 23.04.2024 festgelegt hat (EB 04/24), können nun die Trilog-Verhandlungen zwischen Rat, EP und Kommission beginnen.

[Pressemitteilung des Rates](#)

Wettbewerbsfähigkeitsrat: Digitalisierung, Industriepolitik und Bürokratieabbau im Zentrum der Beratungen

Die Ministerinnen und Minister für Wettbewerbsfähigkeit kamen am 22.05.2025 in der Formation Binnenmarkt und Industrie zusammen. Gebilligt wurde u.a. der Standpunkt des Rates zur Verordnung über die elektronische Erklärung über die Entsendung von Arbeitnehmern (siehe Beitrag des StMAS in diesem EB). Es folgte eine Orientierungsaussprache über die Ausrichtung der Industriepolitik hinsichtlich traditionell starker Industrien. Exekutiv-Vizepräsident der Kommission, *Stéphane Séjourné*, stellte zudem die neue Binnenmarktstrategie vor, die auf die Beseitigung zentraler Hindernisse für Unternehmen abzielt. Zudem wurde die Rolle der öffentlichen Auftragsvergabe als strategisches Instrument diskutiert. In diesem Zusammenhang tauschte sich der Rat auch über die erwartete Überarbeitung der EU-Rechtsvorschriften über die Vergabe öffentlicher Aufträge aus. Abschließend wurde u.a. über Wege beraten, wie der Rat selbst zur besseren Rechtsetzung beitragen kann.

[Pressemitteilung des Rates](#)



Wettbewerbsfähigkeitsrat: Rat hebt Bedeutung der Nutzung von Satellitendaten zur Stärkung der Resilienz, der Sicherheit und der Krisenbewältigung hervor

Die Ministerinnen und Minister für Wettbewerbsfähigkeit kamen am 23.05.2025 in der Formation Forschung sowie Raumfahrt zusammen. Sie erörterten u.a. die Halbzeitbewertung von „Horizont Europa“. Anschließend erzielte der Rat eine politische Einigung über eine Empfehlung zur politischen Agenda des Europäischen Forschungsraums (EFR) 2025 - 2027. Die Ministerinnen und Minister billigten zudem Schlussfolgerungen zum Einsatz von Künstlicher Intelligenz in der Wissenschaft (siehe hierzu auch Beitrag des StMWK in diesem EB). Im Bereich Raumfahrt verabschiedete der Rat Schlussfolgerungen zur Verwendung von Satellitendaten, insbesondere aus Erdbeobachtungskonstellationen, für den Katastrophenschutz und die Krisenbewältigung. Es folgte ein Austausch über die Verwendung weltraumgestützter Daten zur Stärkung der Resilienz, der Sicherheit und der Krisenbewältigung.

[Pressemitteilung des Rates](#)

Informelles Ministertreffen Kohäsionspolitik

Die Ministerinnen und Minister zuständig für Kohäsionspolitik haben am 20./21.05.2025 informell getagt. Schwerpunkt des Austauschs war die Bedeutung der territorialen Dimension und der Stadt- und Regionalpolitik für die nachhaltige Entwicklung der Mitgliedstaaten. Im Rahmen der Tagung wurde u.a. eine gemeinsame Erklärung über die Bedeutung des territorialen Aspekts und der Berücksichtigung in der Entwicklungspolitik nach 2027 angenommen, u. a.: Betonung der Ziele des wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalts; Hervorheben der Notwendigkeit, eine europäische Vision für die territoriale Entwicklung zu entwickeln; Anregung, dass territoriale Folgenabschätzungen in größerem Umfang genutzt werden; Hervorheben der Grundsätze der Subsidiarität, der Verhältnismäßigkeit und der Partnerschaft sowie des ortsbezogenen Ansatzes; Betonung der Bedeutung der Kohäsionspolitik für alle Regionen; Betonung der Bedeutung der Städtepolitik und des erschwinglichen Wohnraums.

[Pressemitteilung der polnischen Ratspräsidentschaft](#)

[Gemeinsame Erklärung](#)

AUßENWIRTSCHAFT

Kommission richtet neues Instrument zur Einfuhrüberwachung zur Verhinderung schädlicher Handelsumlenkungen ein

Die Kommission hat am 05.06.2025 über ein neues Instrument zur Einfuhrüberwachung zur Verhinderung schädlicher Handelsumlenkungen in die EU informiert. Ziel ist, schädliche Handelsumlenkungen – ausgelöst durch Beschränkungen wie Zölle – zu verhindern. Hierzu werden Informationen basierend auf Zolldaten analysiert, um erforderlichenfalls frühzeitig Maßnahmen zum Schutz des EU-Marktes vor negativen



Auswirkungen ergreifen zu können. Die Kommission fordert zudem Hersteller, Industrieverbände und Mitgliedstaaten zur Überprüfung und Bereitstellung weiterer Informationen auf.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

Kommission nimmt Durchführungsverordnung zur Einführung eines endgültigen Antidumpingzolls auf die Einfuhren von Vanillin mit Ursprung in der Volksrepublik China an

Die Kommission hat am 12.06.2025 die Durchführungsverordnung (EU) 2025/1151 zur Einführung eines endgültigen Antidumpingzolls auf die Einfuhren von Vanillin mit Ursprung in der Volksrepublik China veröffentlicht. Festgelegt wird ein endgültiger Antidumpingzollsatz auf der Basis des CIF-Preises frei Grenze der Union, unverzollt, von 131,1 %.

[Zur Durchführungsverordnung](#)

Kommission nimmt Durchführungsverordnung zur Einführung eines endgültigen Ausgleichszolls auf die Einfuhren von Kabeln aus optischen Fasern mit Ursprung in Indien an

Die Kommission hat am 11.06.2025 die Durchführungsverordnung (EU) 2025/1135 zur Einführung eines endgültigen Ausgleichszolls auf die Einfuhren von Kabeln aus optischen Fasern mit Ursprung in Indien und zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2024/3014 zur Einführung eines endgültigen Antidumpingzolls auf die Einfuhren von Kabeln aus optischen Fasern mit Ursprung in Indien veröffentlicht. Festgelegt werden endgültige Ausgleichszölle auf der Basis des CIF-Preises frei Grenze der Union, unverzollt, zwischen 3,7 % und 8,1 %.

[Zur Durchführungsverordnung](#)

Kommission nimmt Durchführungsverordnung zur Einführung eines vorläufigen Antidumpingzolls auf die Einfuhren von Hartholzsperrholz mit Ursprung in der Volksrepublik China an

Die Kommission hat am 10.06.2025 die Durchführungsverordnung (EU) 2025/1139 vom 06.06.2025 zur Einführung eines vorläufigen Antidumpingzolls auf die Einfuhren von Hartholzsperrholz mit Ursprung in der Volksrepublik China veröffentlicht. Es gelten vorläufige Antidumpingzollsätze auf den Nettopreis frei Grenze der Union, unverzollt, zwischen 25,1 % und 62,4 %.

[Zur Durchführungsverordnung](#)



Kommission nimmt Durchführungsverordnung zur Einführung eines endgültigen Antidumpingzolls auf bestimmte flachgewalzte Erzeugnisse aus Eisen oder Stahl mit Ursprung in der Volksrepublik China an

Die Kommission hat am 28.05.2025 die Durchführungsverordnung (EU) 2025/1042 vom 27.05.2025 zur Einführung eines endgültigen Antidumpingzolls und zur endgültigen Vereinnahmung des vorläufigen Zolls auf die Einfuhren von verzinnnten, flachgewalzten Erzeugnissen aus Eisen oder nicht legiertem Stahl mit Ursprung in der Volksrepublik China veröffentlicht. Durch die Maßnahme werden endgültige Antidumpingzölle, ausgedrückt als Prozentsatz des CIF-Preises frei Grenze der Union, unverzollt, zwischen 13,1 % und 62,3 % eingeführt.

[Zur Durchführungsverordnung](#)

Kommission leitet Antidumpingverfahren betreffend die Einfuhren neuer Luftreifen aus Kautschuk aus der Volksrepublik China ein

Die Kommission hat am 21.05.2025 eine Bekanntmachung zur Einleitung eines Antidumpingverfahrens betreffend die Einfuhren neuer Luftreifen aus Kautschuk von der für Personenkraftwagen, Omnibusse und Kraftfahrzeuge für den Transport von Waren verwendeten Art mit einer Tragfähigkeitskennzahl von 121 oder weniger mit Ursprung in der Volksrepublik China veröffentlicht. Nach der Grundverordnung wird die Untersuchung innerhalb eines Jahres, spätestens jedoch innerhalb von 14 Monaten nach Veröffentlichung der Bekanntmachung abgeschlossen. Gemäß Art. 7 Abs. 1 der Grundverordnung können vorläufige Maßnahmen eingeführt werden, und zwar spätestens sieben Monate, allerspätestens jedoch acht Monate nach Veröffentlichung der Bekanntmachung.

[Zur Bekanntmachung](#)

Kommission leitet Antidumpingverfahren betreffend die Einfuhren von 1,4-Butandiol mit Ursprung in der Volksrepublik China, Saudi-Arabien und den USA ein

Die Kommission hat am 06.06.2025 eine Bekanntmachung über die Einleitung eines Antidumpingverfahrens betreffend die Einfuhren von 1,4-Butandiol mit Ursprung in der Volksrepublik China, Saudi-Arabien und den Vereinigten Staaten von Amerika veröffentlicht. Nach der Grundverordnung wird die Untersuchung innerhalb eines Jahres, spätestens jedoch innerhalb von 14 Monaten nach Veröffentlichung der Bekanntmachung abgeschlossen. Gemäß Art. 7 Abs. 1 der Grundverordnung können vorläufige Maßnahmen eingeführt werden, und zwar spätestens sieben Monate, allerspätestens jedoch acht Monate nach Veröffentlichung der Bekanntmachung.

[Zur Bekanntmachung](#)



Kommission leitet Antidumpingverfahren betreffend die Einfuhren von bestimmtem Polyethylenterephthalat (PET) mit Ursprung in Vietnam ein

Die Kommission hat am 22.05.2025 eine Bekanntmachung zur Einleitung eines Antidumpingverfahrens betreffend die Einfuhren von bestimmtem Polyethylenterephthalat (PET) mit Ursprung in Vietnam veröffentlicht. Nach der Grundverordnung wird die Untersuchung innerhalb eines Jahres, spätestens jedoch innerhalb von 14 Monaten nach Veröffentlichung der Bekanntmachung abgeschlossen. Gemäß Art. 7 Abs. 1 der Grundverordnung können vorläufige Maßnahmen eingeführt werden, und zwar spätestens sieben Monate, allerspätestens jedoch acht Monate nach Veröffentlichung der Bekanntmachung.

[Zur Bekanntmachung](#)

Rat nimmt Verordnung zur Verlängerung der Handelsliberalisierung für ukrainische Importe an

Der Rat hat am 05.06.2025 die Verordnung zur Aussetzung bestimmter Teile der Verordnung vom 11.03.2015 über eine gemeinsame Einfuhrregelung im Hinblick auf die Einfuhr ukrainischer Waren in die Europäische Union (EB 05/25) angenommen. Mit Inkrafttreten am 06.06.2025 wurde die am 05.06.2025 ausgelaufene Aussetzung der Einfuhrzölle und Kontingente für bestimmte Importe aus der Ukraine, wie z. B. Eisen und Stahl, um drei Jahre verlängert. Die Kommission kann jedoch in dem Fall, dass die Importe aus der Ukraine auf ein Niveau ansteigen, das der Industrie der EU ernsthaft schadet oder zu schaden droht, einen Durchführungsrechtsakt erlassen, um die neue Verordnung für bestimmte Waren für bis zu zwölf Monate auszusetzen.

[Pressemitteilung des Rates](#)

Rat legt Standpunkt zum Legislativvorschlag für eine stärkere Überprüfung ausländischer Investitionen fest

Der Rat hat sich am 11.06.2025 zum Legislativvorschlag der Kommission vom 24.01.2024 (EB 01/24) für eine stärkere Überprüfung ausländischer Investitionen positioniert. Dieser zielt darauf ab, die Effizienz und Effektivität des derzeitigen Screening-Systems für ausländische Direktinvestitionen zu verbessern und ein höheres Maß an Harmonisierung zwischen den EU-Mitgliedstaaten gewährleisten. Der Standpunkt des Rates umfasst gegenüber dem Kommissionsvorschlag u. a. folgende Änderungen: Beschränkung des Anwendungsbereichs auf militärische Güter und Güter mit doppeltem Verwendungszweck; Vereinfachung des EU-Koordinierungsmechanismus; Klarstellung, dass die endgültige Screening-Entscheidung von dem jeweiligen Mitgliedstaat getroffen wird. Nachdem das Europäische Parlament (EP) seinen Standpunkt bereits am 08.05.2025 festgelegt hat (EB 05/25), können nun die Trilog-Verhandlungen zwischen Rat, EP und Kommission beginnen.

[Pressemitteilung des Rates](#)



Handelsrat: u. a. Austausch zu den Handelsbeziehungen EU-USA

Die Handelsministerinnen und -minister haben am 15.05.2025 eine Orientierungsaussprache über die Handelsbeziehungen zwischen der EU und den USA geführt. Während eine für beide Seiten annehmbare und ausgewogene Lösung im Rahmen der 90-tägigen teilweisen Aussetzung der US-Zölle weiterhin angestrebt wird, ist auch allgemeine Haltung der EU, die erforderlichen Maßnahmen für den Fall eines Scheiterns der Verhandlungen zu unternehmen. Bezüglich der wirtschaftlichen Sicherheit befassten sich die Minister u.a. mit der Prüfung der Verordnung über die Überprüfung ausländischer Direktinvestitionen, Ausfuhrkontrollen und Kontrollen von Investitionen im Ausland sowie der Governance im Rat. Was den Themenpunkt Handelsverhandlungen betrifft, wurde über die laufenden Verhandlungen mit Indien, Australien, Indonesien, Thailand, den Philippinen, Malaysia und dem Kooperationsrat der arabischen Golfstaaten sowie die abgeschlossenen Verhandlungen mit dem Mercosur und Mexiko beraten.

[Pressemitteilung des Rates](#)

EU-Kenia: Erster Handelsrat des Wirtschaftspartnerschaftsabkommen und Wirtschaftsforum zur Stärkung des Handels

Am 11.05.2025 fand die erste Tagung des Handelsrats des Wirtschaftspartnerschaftsabkommens (WPA) zwischen der EU und Kenia statt; gefolgt vom Wirtschaftsforum EU-Kenia am 12./13.05.2025. Die Umsetzung des am 01.07.2024 in Kraft getretenen WPA (EB 12/23) soll zu einem reibungsloseren Handel führen, was wiederum weitere ausländische Direktinvestitionen in Kenia anziehen und neue Wertschöpfungsketten und Arbeitsplätze schaffen soll. Beim Wirtschaftsforum EU-Kenia kamen hochrangige politische Entscheidungsträger, Führungskräfte des Privatsektors und Innovatoren zusammen, um zu erkunden, wie die digitale Transformation die Effizienz des Handels verbessern und nachhaltiges Wachstum fördern kann.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

EU und Japan bekräftigen Zusammenarbeit in den Bereichen Handel und wirtschaftliche Sicherheit

Die Kommission hat am 08.05.2025 über den sechsten Hochrangigen Wirtschaftsdialo g zwischen der EU und Japan informiert. Beide Seiten erkannten die wachsende Schnittstelle zwischen Sicherheit, Wirtschaft und Technologie an. Unterstrichen wurde u. a. die Bedeutung einer verstärkten Zusammenarbeit zwischen Verbündeten und gleichgesinnten Ländern. Zudem wurde u.a. das Thema der wirtschaftlichen Sicherheit, einschließlich der Widerstandsfähigkeit der Lieferketten und der wachsenden strategischen Bedeutung kritischer Technologien, aufgegriffen. Bekräftigt wurde u. a. der Ausbau der Zusammenarbeit zwischen der EU und Japan.

[Pressemitteilung der Kommission](#)



ENERGIE

Kommission legt Vorschlag für eine Verordnung über den schrittweisen Ausstieg aus russischen Gaseinfuhren vor

Die Kommission hat am 17.06.2025 einen Vorschlag für eine Verordnung über den schrittweisen Ausstieg aus der russischen Gaseinfuhr und eine bessere Überwachung potenzieller Energieabhängigkeiten vorgelegt. Der Legislativvorschlag basiert auf dem sog. REPowerEU-Fahrplan vom 06.05.2025. Ziel des Vorschlags ist, die Einfuhr von russischem Gas und Öl im Rahmen aller bestehenden Verträge bis Ende 2027 einzustellen. Die vorgeschlagene Verordnung sieht zudem einen schrittweisen Ausstieg bis dahin vor, u. a.: Verbot russischer Gasimporte ab dem 01.01.2026 auf der Grundlage neuer Verträge (abgeschlossen nach dem 17.06.2025); Verbot russischer Gasimporte ab dem 17.06.2026 für bestehende kurzfristige Lieferverträge (abgeschlossen vor dem 17.06.2025); Verbot ab dem 01.01.2028 betreffend langfristige Verträge (abgeschlossen vor dem 17.06.2025); Verbot von LNG-Terminaldiensten für Kunden aus Russland oder unter der Kontrolle russischer Unternehmen ab 01.01.2026 (für Verträge vor dem 17.06.2025 ab 01.01.2028); Ausarbeitung nationaler Diversifizierungspläne bzgl. Gasimporten sowie Ölimporten durch die Mitgliedstaaten; Einstellung von Ölimporten aus Russland bis Ende 2027. Das Europäische Parlament (EP) und der Rat beraten nun über den Verordnungsvorschlag.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Fragen und Antworten](#)

[Presseerklärung von Kommissar Jørgensen](#)

Kommission gibt Auswahl von Projekten im Rahmen der zweiten Auktion der Europäischen Wasserstoffbank bekannt

Die Kommission hat am 20.05.2025 über die Auswahl von Projekten im Rahmen der zweiten Auktion der Europäischen Wasserstoffbank informiert. In den 15 ausgewählten Projekten aus fünf Ländern sollen über einen Zeitraum von zehn Jahren insgesamt ca. 2,2 Mio. t erneuerbarer Wasserstoff produziert werden. Die EU stellt hierfür im Rahmen der zweiten Auktion der Europäischen Wasserstoffbank ca. 1 Mrd. € bereit. Die ausgewählten Projekte werden nun aufgefordert, ihre Finanzhilfevereinbarung mit der Europäischen Exekutivagentur CINEA vorzubereiten; die Unterzeichnung der Verträge wird für September/Oktober 2025 erwartet. Eine dritte Auktion ist für Ende 2025 geplant.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

Kommission legt Nuclear Illustrative Programme (PINC) vor

Die Kommission hat am 13.06.2025 eine Mitteilung sowie ein Staff Working Document zum Nuclear Illustrative Programme (PINC) veröffentlicht. Das hinweisende Nuklearprogramm der Kommission – das Programm Illustrative Nucléaire Communautaire (PINC) – ergibt sich aus einer Verpflichtung der Kommission gemäß



Art. 40 des Euratom-Vertrags. Der Bericht liefert quantitative und qualitative Informationen über den Umfang des Investitionsbedarfs während des gesamten Lebenszyklus der Kernenergie und zeigt Bereiche auf, in denen die Mitgliedstaaten vorrangig tätig werden sollten.

[Zur Mitteilung](#)

Kommission initiiert Sondierung und öffentliche Konsultation zum europäischen Netzpaket

Die Kommission hat am 13.05.2025 eine Sondierung und eine öffentliche Konsultation zum europäischen Netzpaket eingeleitet. Das europäische Netzpaket soll den Zugang zu erschwinglicher, sicherer und sauberer Energie für Unternehmen und Bürger erleichtern und Maßnahmenvorschläge zur Beschleunigung der Modernisierung, Digitalisierung und Erweiterung der europäischen Netzinfrastruktur umfassen. Der Schwerpunkt soll auf der Elektrizität liegen; aber auch Wasserstoff und andere Infrastrukturkategorien, die im Rahmen der transeuropäischen Netze (TEN-E) vorgesehen sind, sollen berücksichtigt werden. Gelegenheit zur Stellungnahme besteht bis 05.09.2025.

[Zur Sondierung und öffentlichen Konsultation](#)

Kommission initiiert Sondierung zur EU-Fusionsstrategie

Die Kommission hat am 03.06.2025 eine Sondierung betreffend die EU Fusion Strategy initiiert. Art des Rechtsakts ist eine Mitteilung. Annahme war geplant für das 2. Quartal 2025. Gelegenheit zur Stellungnahme besteht bis zum 01.07.2025.

[Zur Sondierung](#)

Gemeinsame Forschungsstelle richtet digitales Modellierungszentrum im Nuklearbereich ein

Die Gemeinsame Forschungsstelle (JRC) hat am 22.05.2025 ein neues digitales Modellierungszentrum eingerichtet, welches nukleare Modellierungen und Daten für Interessengruppen zur Verfügung stellen soll. Ziel ist u.a. das Verhalten von Kernreaktoren unter kritischen Bedingungen zu analysieren und vorherzusagen. Die Plattform soll zudem die europäische Nuklearindustrie bei der Entwicklung und dem Einsatz neuer Technologien wie kleiner modularer Reaktoren (SMR) unterstützen.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

Energierat: u. a. Austausch zum REPowerEU-Fahrplan und Schlussfolgerungen zur Stärkung der Energieunion

Die EU-Ministerinnen und Minister für Energie haben am 16.06.2025 einen Gedankenaustausch über den von der Kommission am 06.05.2025 (EB 05/25) veröffentlichten REPowerEU-Fahrplan geführt. Die Mehrheit begrüßte den Fahrplan und die Ziele, Versorgungssicherheit zu gewährleisten und die Abhängigkeit von



Russland schrittweise zu beenden. Betont wurden jedoch auch die Herausforderungen und dass Investitionen in erneuerbare Energiequellen, Verbindungsleitungen sowie in Netz- und Speicherinfrastrukturen gefördert werden müssen. Im Anschluss nahm der polnische Vorsitz mit Unterstützung von 25 Mitgliedstaaten Schlussfolgerungen zur Stärkung der Energieunion durch Erhöhung der Energieversorgungssicherheit an. Darin wird betont, dass die EU einen umfassenden Wandel der Energiesysteme in der EU vorantreibt. Im Mittelpunkt der Bemühungen stünde die vollständige Verwirklichung der Energieunion, einschließlich der Verringerung der strategischen Abhängigkeiten der EU in sensiblen Sektoren, Infrastrukturinvestitionen und der Vereinfachung der Rechtsvorschriften. Unter „Sonstiges“ wurden u.a. das hinweisende Nuklearprogramm, das Problem des unlauteren Wettbewerbs im europäischen Biokraftstoffsektor und Herausforderungen bei der Umsetzung der Methanverordnung thematisiert. Schließlich wurde am Rande des Rates die im Aktionsplan für erschwingliche Energie (EB 03/25) angekündigte Task Force „Energieunion“ ins Leben gerufen, die sich u.a. aus hochrangigen Vertretern der Kommission und der Mitgliedstaaten zusammensetzt und Anfang September zu einem ersten Treffen zusammenkommen soll.

[Pressemitteilung des Rates](#)

[Zur Task Force „Energieunion“](#)

Informeller Energierat: Austausch zu Energiesicherheit, Clean Tech und der Lage in der Ukraine und Moldawien

Die EU-Ministerinnen und Minister für Energie haben am 12./13.05.2025 im Rahmen eines informellen Treffens in Warschau getagt. Hauptthema waren die Stärkung der Energiesicherheit und der verbesserte Zugang zu Schlüsseltechnologien für saubere Energie. Ein weiterer Schwerpunkt lag auf der Unterstützung der Ukraine und Moldawiens bei der Integration in den europäischen Energiemarkt und der Wiederherstellung ihrer Energieinfrastruktur. Die Minister diskutierten auch die rechtliche Angleichung der Energiemärkte der Ukraine und Moldawiens an das EU-Recht, um ihre Marktresilienz zu stärken. Schließlich wurde die Notwendigkeit betont, aus den Erfahrungen des letzten Winters zu lernen und sich frühzeitig auf die kommende Wintersaison vorzubereiten. Am Rande des Treffens wurde eine Absichtserklärung zur Stärkung der energiepolitischen Zusammenarbeit im Ostseeraum unterzeichnet (siehe weiteren Beitrag in diesem EB-Abschnitt).

[Pressemitteilung der polnischen Ratspräsidentschaft](#)

Informeller Energierat: Stärkung der energiepolitischen Zusammenarbeit im Ostseeraum

Am Rande des informellen Treffens der EU-Energieministerinnen und -minister in Warschau am 13.05.2025 (siehe weiteren Beitrag in diesem EB-Abschnitt) haben der EU-Kommissar für Energie und Wohnungswesen, *Dan Jørgensen*, und die Energieminister der hochrangigen Gruppe des Verbundplans für den baltischen Energiemarkt (BEMIP) eine Absichtserklärung (MoU) unterzeichnet. Das Ziel ist ein einheitlicher, effizienter, nachhaltiger und sicherer Energiemarkt. Dazu verpflichteten sie sich u. a. zur Zusammenarbeit bei Investitionen sowie der Fertigstellung von Infrastrukturprojekten und Verbindungsleitungen. Zudem wurden Fragen der



Energiesicherheit im Zusammenhang mit der Umsetzung des im Februar 2025 angenommenen Aktionsplans zur Kablesicherheit diskutiert.

[Pressemitteilung der Kommission](#)



STAATSMINISTERIUM FÜR UMWELT UND VERBRAUCHERSCHUTZ

UMWELT

Dänische Ratspräsidentschaft: Schwerpunkte aus dem Umweltbereich

Zum 01.07.2025 wird Dänemark von Polen turnusgemäß für die Monate Juli bis einschließlich Dezember 2025 die EU-Ratspräsidentschaft übernehmen. Einen Schwerpunkt des Programms der dänischen Präsidentschaft bildet im Bereich Umwelt die grüne Transformation, also der Wandel hin zu einer treibhausgasneutralen Energieerzeugung. Die Klimapolitik soll dabei eng mit der Wettbewerbsfähigkeit verknüpft werden. Fortschritte sollen insbesondere in den Bereichen Transport und Energieversorgung erzielt werden. Das erste Omnibus-Paket zur Nachhaltigkeitsberichterstattung soll Priorität erhalten. Ein besonderes Augenmerk soll auf die Verhandlungen zur Festlegung des Klimaziels für 2040 gelegt werden. Auf internationaler Ebene soll die EU ambitionierte Klimabeiträge (NDCs) vorlegen und es sollen Ratsschlussfolgerungen zur internationalen Klimafinanzierung verabschiedet werden. In das EU-Emissionshandelssystem (ETS) soll der Emissionshandel der Schweiz integriert werden. Verhandlungen im Bereich der Kreislaufwirtschaft wird ebenfalls Priorität eingeräumt werden, insbesondere wird zur Altfahrzeuge-Verordnung eine Einigung mit dem Europäischen Parlament angestrebt. Zur Europäischen Wasserresilienz-Strategie sollen Ratsschlussfolgerungen erarbeitet werden. Im Bereich der Biodiversität soll im Rahmen des Globalen Biodiversitätsrahmens von Kunming-Montreal die internationale Zusammenarbeit gefördert werden. Das Legislativverfahren zu den neuen genomischen Formeln soll abgeschlossen werden.

[Programm](#) der dänischen Ratspräsidentschaft

Umweltrat positioniert sich zum Verordnungsvorschlag über Altfahrzeuge

Am 17.06.2025 hat der Umweltrat sein Verhandlungsmandat zu dem Verordnungsvorschlag der Kommission über Anforderungen an die kreislaforientierte Konstruktion von Fahrzeugen und über die Entsorgung von Altfahrzeugen (COM(2023) 451 final) festgelegt. Der Umweltrat spricht sich darin u. a. für einen dreistufigen Ansatz für die Zielvorgaben zum Mindestanteil an recycelten Kunststoffen bei neuen Fahrzeugen aus (15 % nach 6 Jahren nach Inkrafttreten der neuen Verordnung, 20 % nach 8 Jahren und 25 % nach 10 Jahren). Außerdem möchte der Umweltrat den Anwendungsbereich der künftigen Verordnung auf z. B. LKW und Motorräder ausweiten. Dem Umweltrat zufolge sollen die Hersteller im Rahmen der erweiterten Herstellerverantwortung auch bestimmte Transportkosten übernehmen und im Verhältnis zu ihrem Marktanteil die Kosten für Fahrzeuge, deren Hersteller nicht mehr existiert. Weitere Inhalte der allgemeinen Ausrichtung betreffen z. B. Klarstellungen bei der Sammlung und Behandlung von Altfahrzeugen, die Ausfuhr von Gebrauchtfahrzeugen und die Unterscheidung von Gebrauchtfahrzeugen und Altfahrzeugen sowie die Verpflichtungen bei Eigentumswechseln.



Bevor die interinstitutionellen Verhandlungen (sog. Trilog) zwischen Rat, Europäischem Parlament (EP) und Kommission über die endgültige Fassung des künftigen Rechtstextes beginnen können, ist noch die Positionierung des EP erforderlich.

[Pressemitteilung](#)

Tagung des Umweltrats am 17.06.2025

Am 17.06.2025 fand die zweite Tagung des Umweltrats unter polnischer Präsidentschaft statt. Für die Kommission nahmen Umweltkommissarin *Jessika Roswall* und Klimakommissar *Wopke Hoekstra* teil. Deutschland wurde durch Bundesumweltminister *Carsten Schneider* vertreten. Neben der Positionierung zum Verordnungsvorschlag über Altfahrzeuge führten die Ministerinnen und Minister beim Umweltrat auch in nicht-öffentlicher Sitzung einen Gedankenaustausch zur Vorbereitung der kommenden COP 30 in Belém, Brasilien. Außerdem informierten u. a. die Kommission zur Wasserresilienz-Strategie, zur Bewertung der nationalen Energie- und Klimapläne und zu den Herausforderungen der Recyclingindustrie. Es gab eine Aussprache über das vorgeschlagene Verbot von Blei in Munition und Angelgeräten unter der EU-Chemikalien-Verordnung REACH und die kommende dänische Ratspräsidentschaft (ab 01.07.2025) stellte ihr Programm vor. Während des Mittagessens fand ein informeller Austausch zu den Umweltaspekten und dem aktuellen Stand der sektorspezifischen strategischen Dialoge mit der Industrie statt.

[Pressemitteilung](#)

Europäischer Gerichtshof urteilt zur Feststellung des Erhaltungszustands nach der FFH-Richtlinie

Am 12.06.2025 hat der Europäische Gerichtshof (EuGH) zur Feststellung des Erhaltungszustands einer Tierart im Sinne der Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie (Richtlinie 92/43/EWG, FFH-Richtlinie) entschieden (Rechtssache C-629/23). Im konkreten Fall ging es um die Wolfspopulation in Estland. Der EuGH stellte fest, dass der Erhaltungszustand einer Art als „günstig“ nach der Richtlinie eingestuft werden kann, auch wenn die Art in der Roten Liste der International Union for the Conservation of Nature and Natural Resources als „gefährdet“ geführt wird. Der günstige Erhaltungszustand muss auf örtlicher und nationaler Ebene bestehen und bewertet werden. Ein Mitgliedstaat kann aber, wenn sich das Verbreitungsgebiet einer Art über seine Grenzen hinaus erstreckt, bei der Bewertung den Austausch mit den Populationen in Nachbarstaaten berücksichtigen. Beim Erlass von Verwaltungsmaßnahmen können die Anforderungen von Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur sowie die regionalen und örtlichen Besonderheiten berücksichtigt werden. Der Vorabentscheidung vorausgegangen war ein Verfahren vor estnischen Gerichten. Für die dortige Wolfspopulation gilt nur der schwächere Schutz, wonach die Jagd grundsätzlich zulässig ist, die Mitgliedstaaten jedoch Schutzmaßnahmen ergreifen müssen, falls der günstige Erhaltungszustand gefährdet ist. Die zuständige Behörde hatte eine Jagdquote für Wölfe festgelegt, die beklagt wurde. Die Entscheidung obliegt nun dem estnischen Gericht, das dabei die Entscheidung des EuGH zugrunde zu legen hat.



[Urteil Rechtssache C-629/23](#)

[Rechtssache C-629/23](#)

EU-Klimawandeldienst: Mai 2025 global überdurchschnittlich warm

Am 11.06.2025 hat der Copernicus-Klimawandeldienst (Copernicus Climate Change Service), ein Bestandteil des Weltraumprogramms der EU, seinen Bericht für Mai 2025 veröffentlicht. In diesem Monat wurde weltweit die zweithöchste je gemessene Mai-Temperatur seit Beginn der Aufzeichnungen verzeichnet. Die globale Durchschnittstemperatur lag bei 15,79°C und damit 0,53°C höher als der Mittelwert der Jahre 1991 - 2020. Im Vergleich zur vorindustriellen Referenzperiode war es 1,40°C wärmer. In Europa betrug die durchschnittliche Temperatur 12,98°C und lag damit 0,2°C unter dem langjährigen Durchschnitt für den Monat Mai. In großen Teilen Nord- und Mitteleuropas sowie im Süden Russlands, der Ukraine und der Türkei herrschte überdurchschnittliche Trockenheit.

[Pressemitteilung](#)

Rat bestätigt Änderung des Schutzstatus des Wolfs im Rahmen der FFH-Richtlinie

Am 05.06.2025 hat der Rat auf Ministerebene in der Zusammensetzung Verkehr, Telekommunikation und Energie den von der Kommission vorgelegten Vorschlag zur Herabstufung des Schutzstatus des Wolfs im Rahmen der Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie (COM(2025) 106 final) förmlich angenommen. Die Annahme erfolgte ohne vorherige Aussprache. 24 Mitgliedstaaten, darunter auch Deutschland, stimmten für den Vorschlag. Das Plenum des Europäischen Parlaments (EP) hatte der Herabstufung bereits am 08.05.2025 zugestimmt. In einem nächsten Schritt wird die Änderungsrichtlinie von den Präsidenten von Rat und EP unterzeichnet und kann dann im Amtsblatt der EU veröffentlicht werden. Danach ist es Aufgabe der Mitgliedstaaten, die Änderungen im nationalen Recht umzusetzen.

[Pressemitteilung](#)

Kommission veröffentlicht Strategie zur Wasserresilienz

Am 04.06.2025 hat die Kommission ihre Mitteilung zur Europäischen Wasserresilienz Strategie veröffentlicht. Zugleich veröffentlichte sie Empfehlungen zu den Leitprinzipien für den Grundsatz „Wassereffizienz an erster Stelle“. Mit der Strategie werden drei Ziele verfolgt: 1. die Wiederherstellung und der Schutz des Wasserkreislaufs; 2. der Aufbau einer intelligenten Wasserwirtschaft, die die Wettbewerbsfähigkeit der EU unterstützt, für Investoren attraktiv ist und die EU-Wasserindustrie fördert; 3. die Sicherstellung von sauberem und erschwinglichem Wasser sowie sanitären Einrichtungen für alle. Um diese Ziele zu erreichen, sollen in den Bereichen Governance und Umsetzung, Finanzen, Investitionen und Infrastruktur, Digitalisierung, Forschung und Innovation sowie Sicherheit und Vorsorge EU-Maßnahmen zur Unterstützung der Mitgliedstaaten erfolgen. Unter anderem soll der Wasserverbrauch reduziert und die Wiederverwendung von Abwasser ausgebaut



werden. Investitionen in Innovationen im Wassersektor sollen gefördert und dessen Digitalisierung ausgebaut werden. Die Europäische Investitionsbank wird ein EU-Wasserprogramm mit einem Volumen von 15 Mrd. € zur Finanzierung von Projekten im Zeitraum 2025 - 2027 aufsetzen. Auf globaler Ebene soll die EU eine Führungsrolle übernehmen. Die Kommission will ab Dezember 2025 alle zwei Jahre einen Austausch mit Interessensträgern durchführen, um die Umsetzung der Strategie zu überwachen.

[Pressemitteilung](#)

Umweltausschuss des Europäischen Parlaments bestätigt Einigung zu Bodenüberwachungsgesetz

Am 04.06.2025 hat der Ausschuss für Umwelt, Klima und Lebensmittelsicherheit (ENVI) des Europäischen Parlaments (EP) der Trilogieeinigung zur Richtlinie zur Bodenüberwachung und -resilienz (Bodenüberwachungsgesetz) mit 53 Ja-Stimmen zu 27 Nein-Stimmen und bei 2 Enthaltungen zugestimmt. In einem nächsten Schritt wird der Rat die Einigung förmlich annehmen, bevor das Plenum des EP die Einigung in zweiter Lesung bestätigen wird.

[Pressemitteilung](#)

Europäische Umweltagentur: CO₂-Emissionen von neuen PKW im Jahr 2024 leicht angestiegen

Am 04.06.2025 hat die Europäische Umweltagentur (EEA) mitgeteilt, dass die Auswertung der von den europäischen Staaten übermittelten Daten ergeben hat, dass die CO₂-Emissionen von im Jahr 2024 neu registrierten PKW im Vergleich zum Vorjahr leicht angestiegen sind. Diese Steigerung um 4,5 g CO₂/km auf nun 185,4 g CO₂/km wird maßgeblich auf den um etwa 1 % gesunkenen Anteil von rein batterieelektrisch betriebenen Fahrzeugen zurückgeführt. Insgesamt wurden 2024 in den EU-Mitgliedstaaten, Norwegen und Island 10,7 Mio. Neuwagen zugelassen, etwa 22 % davon waren Elektrofahrzeuge (reine Elektrofahrzeuge und Hybridfahrzeuge).

[Pressemitteilung](#)

Gewinner der LIFE Awards 2025 bekanntgegeben

Am 03.06.2025 wurden drei Projekte mit dem LIFE Award 2025 ausgezeichnet. Mit diesem Preis werden jährlich herausragende Umwelt- und Klimaschutzprojekte des LIFE-Programms, die Innovationen in den Bereichen Naturschutz, Kreislaufwirtschaft und Klimaschutz darstellen, gewürdigt. Aus dem Bereich Naturschutz wurde das Projekt „LIFE Lynx“ ausgezeichnet, das den Bestand des Alpenluchses in den Dinarischen Alpen wieder aufbaut. Das Projekt gewann auch den Publikumspreis. Im Bereich Kreislaufwirtschaft und Lebensqualität gewann das Projekt „LIFEPOPWAT“, das eine naturbasierte Technologie zur Entfernung gefährlicher Chemikalien aus Wasser entwickelt hat. Den Klimaschutzpreis erhielt das Projekt „LIFE DESERT-ADAPT“, welches die Wüstenbildung durch Bodenverbesserung und Wasserspeicherung in Südeuropa bekämpft. Der



Sonderpreis ging an das Projekt „LIFE RE-ZIP“ aus Dänemark, das wiederverwendbare Verpackungen im Onlinehandel etabliert.

[Pressemitteilung](#)

Konsultation zur Ausgestaltung des EU-Zertifizierungsrahmens für CO₂-Entnahmen veröffentlicht

Am 03.06.2025 hat die Kommission eine Konsultation zur Umsetzung des EU-Zertifizierungsrahmens für CO₂-Entnahmen veröffentlicht. Mit der Verordnung (EU) 2024/3012 wurde ein EU-weiter Rahmen für die Zertifizierung von dauerhaften CO₂-Entnahmen, kohlenstoffspeichernder Landwirtschaft und der CO₂-Speicherung in Produkten geschaffen. Mit einer Durchführungsverordnung sollen nun die Anforderungen, die an die in der Verordnung vorgesehenen überprüfenden Stellen gestellt werden, festgelegt werden. Stellungnahmen zur Konsultation sind bis zum 01.07.2025 möglich. Die Annahme durch die Kommission ist für das 3. Quartal 2025 geplant.

[Konsultation](#)

Europäischer Beirat zum Klimawandel veröffentlicht Bericht zur Änderung des EU-Klimagesetzes

Am 02.06.2025 hat der Europäische Wissenschaftliche Beirat zum Klimawandel (ESABCC) den Bericht „Wissenschaftlicher Rat zur Änderung des europäischen Klimagesetzes“ veröffentlicht. Darin wird empfohlen, für das Jahr 2040 eine Reduzierung der nationalen Treibhausgasemissionen um 90 - 95 % gegenüber den Emissionen des Jahres 1990 vorzusehen. Dies stelle einen „wissenschaftlich fundierten“ Weg zur Erreichung der Klimaneutralität bis 2050 dar. Die EU solle bei der Überarbeitung des EU-Klimagesetzes (Verordnung (EU) 2021/1119) ein hohes Ambitionsniveau beibehalten. Der Beirat rät von der Verwendung internationaler Emissionsgutschriften zur Erreichung des Ziels für 2040 ab. Beim ESABCC handelt es sich um ein unabhängiges interdisziplinäres Gremium, das wissenschaftliche Erkenntnisse und Empfehlungen zum Thema Klimawandel ausspricht. Der Beirat wurde 2021 mit dem Europäischen Klimagesetz ins Leben gerufen.

[Pressemitteilung](#)

Kommission veröffentlicht Bewertung der nationalen Energie- und Klimapläne

Am 28.05.2025 hat die Kommission ihre Bewertung der nationalen Energie- und Klimapläne (NECP) veröffentlicht. In diesen stellen die Mitgliedstaaten ihre Beiträge zur Erreichung der EU-Klimaziele dar und erläutern den aktuellen Umsetzungsstand. Die Kommission kommt in ihrer Bewertung nun zu dem Ergebnis, dass die EU derzeit auf eine Reduzierung der Treibhausgasemissionen um etwa 54 % im Jahr 2030 im Vergleich zum Niveau von 1990 hinsteuert. Man befinde sich damit auf einem guten Weg, das im Europäischen Klimagesetz (Verordnung (EU) 2021/1119) gesetzte Ziel einer Reduktion um 55 % im Jahr 2030 zu erreichen – vorausgesetzt, die Mitgliedstaaten setzen die bestehenden und geplanten Maßnahmen weiter um. Insbesondere wird bei den Sektoren, die unter die Lastenverteilungsverordnung (Verordnung (EU) 2018/842)



fallen, das sind insbesondere Verkehr (ohne Luft- und Seeverkehr), Gebäude, Landwirtschaft und kleinere Unternehmen, eine Reduzierung der Treibhausgasemissionen um etwa 38 % im Jahr 2030 gegenüber den Emissionen im Jahr 2005 erwartet. Deutschland befindet sich hier laut Bewertung bei einer Reduktion um 40,8 %. In der nächsten Phase gelte es nun, die Pläne in Maßnahmen umzusetzen. Die Pläne werden 2030 erneut evaluiert werden.

[Pressemitteilung](#)

EU fördert Landesgartenschau 2025 in Furth im Wald mit 4,6 Mio. €

Am 23.05.2025 hat die Kommission mitgeteilt, dass die EU die Durchführung der diesjährigen bayerischen Landesgartenschau mit 4,6 Mio. € unterstützt. Die Förderung erfolgt im Rahmen des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung in Bayern 2027 (EFRE-Programm). Mit diesem werden insbesondere Investitionen in gleichwertige Lebens- und Arbeitsbedingungen in ganz Bayern und Innovationen in den Bereichen Klima- und Umweltschutz gefördert. Der Freistaat Bayern fördert die Investitionskosten für das Gartenschaugelände mit 5,7 Mio. € und die Durchführung der Veranstaltung mit 1 Mio. €. Die Landesgartenschau 2025 findet im oberpfälzischen Furth im Wald statt und kann noch bis zum 05.10.2025 besucht werden.

[Pressemitteilung](#)

Gemeinsame Forschungsstelle der EU veröffentlicht Fortschrittsbericht zur EU-Biodiversitätsstrategie 2030

Am 22.05.2025 hat die Gemeinsame Forschungsstelle der EU (JRC) zusammen mit der Europäischen Umweltagentur (EEA) einen Bericht zur Bewertung der Fortschritte bei der Erreichung der Ziele der EU-Biodiversitätsstrategie 2030 veröffentlicht. Der Bericht kommt zu der Einschätzung, dass die EU bei den meisten der bewerteten Ziele Fortschritte mache, dass das Tempo jedoch erheblich erhöht werden müsse, um die für 2030 gesetzten Ziele noch zu erreichen. 51 von 104 der vorgesehenen Maßnahmen konnten bisher abgeschlossen werden, 44 befinden sich in Arbeit und neun bleiben hinter dem vorgesehenen Zeitplan zurück. Fortschritte wurden in Bereichen erzielt, die auf die Verringerung der Belastungen für die biologische Vielfalt zielen, wie z. B. die Verringerung des Einsatzes von Pestiziden und Düngemitteln und die Umstellung auf den ökologischen Landbau. Rückschritte sind bei den Zielen zu verzeichnen, die den Zustand der biologischen Vielfalt betreffen, insbesondere gehen die Vogel- und Bestäuberpopulationen weiter zurück. Bei 13 der definierten Ziele ist die Zielerreichung bis 2030 zweifelhaft, neun davon ließen sich aber noch erreichen, wenn das Tempo wesentlich erhöht werde. Bei den 16 weiteren Zielen lagen keine ausreichenden Daten vor, um die Aussichten bewerten zu können. Um möglichst viele der gesetzten Ziele noch zu erreichen, sei laut Bericht eine bessere Umsetzung der bestehenden Umweltpolitik erforderlich.

[Pressemitteilung](#)



Konsultation zur Änderung der Batterie-Verordnung veröffentlicht

Am 23.05.2025 hat die Kommission eine Konsultation zur geplanten Änderung der Batterie-Verordnung (Verordnung (EU) 2023/1542) veröffentlicht. Es sollen die Zeitpunkte, ab denen Unternehmen, die Batterien in Verkehr bringen oder in Betrieb nehmen, den Verpflichtungen zur Erfüllung der Sorgfaltspflichten nachkommen müssen, um zwei Jahre nach hinten verschoben werden. Auch die Veröffentlichung von Leitlinien zu den Sorgfaltspflichten durch die Kommission wird um zwei Jahre nach hinten verschoben. Stellungnahmen zur Konsultation sind bis zum 31.07.2025 möglich.

[Konsultation](#)

Kommission legt Binnenmarktstrategie vor

Am 21.05.2025 hat die Kommission ihre nicht-legislative Binnenmarktstrategie vorgelegt. Darin identifiziert die Kommission Hindernisse im Binnenmarkt und schlägt den Abbau von Hindernissen durch verschiedene Maßnahmen vor. Dazu zählen laut Kommission u. a. das fragmentierte Regelwerk zu Verpackungen, Kennzeichnung und Abfall und die veraltete Produktgesetzgebung. Die Kommission plant daher, die Regelungen über die Kennzeichnung von Produkten wie Textilien und Verpackungen zu harmonisieren und die Einführung digitaler Etikettierungslösungen durch den Digitalen Produktpass zu erleichtern. Im Rahmen eines bereits angekündigten Rechtsakts zur Kreislaufwirtschaft sollen u. a. die Regelungen über die erweiterte Herstellerverantwortung vereinheitlicht und Hindernisse durch Kennzeichnungsanforderungen und Wiederverwendungsquoten abgebaut werden. Im Bereich der Produktgesetzgebung erarbeitet die Kommission einen Legislativvorschlag zur Reform des Rechtsrahmens für Produkte und plant Maßnahmen zur besseren Koordinierung der Maßnahmen der nationalen Marktüberwachungsbehörden. Darüber hinaus sollen zu komplizierte EU-Regeln abgebaut werden, etwa durch weitere „Omnibus“-Pakete, und künftige Legislativvorschläge vor ihrer Veröffentlichung in Hinblick auf ihre Auswirkungen auf den Binnenmarkt bewertet werden (siehe hierzu Beitrag des StMWi in diesem EB).

[Pressemitteilung](#)

Kommission legt „Omnibus“-Paket zu kleinen Midcaps vor

Am 21.05.2025 hat die Kommission ihr viertes „Omnibus“-Paket zu kleinen Midcaps veröffentlicht. Mit dem Paket sollen insbesondere kleine und mittelgroße Unternehmen (KMU) entlastet werden, hierzu wird eine neue Kategorie von Small-Mid-Caps (SMC) geschaffen, auf die bestimmte, bisher für KMU geltende Erleichterungen ausgedehnt werden. Thematisch betreffen die vorgeschlagenen Erleichterungen u. a. die F-Gase-Verordnung (Verordnung (EU) 2024/573), bei der die Registrierungspflicht im F-Gase-Portal für kleinere Unternehmen mit begrenztem Handelsvolumen entfallen soll, die Produktgesetzgebung, bei der u. a. die Digitalisierung verstärkt genutzt und papiergestützte Anforderungen abgeschafft werden sollen und die Batterieverordnung (Verordnung (EU) 2023/1542), bei der z. B. die Frist für die Einhaltung der Sorgfaltspflichten um zwei Jahre von 2025 auf



2027 verschoben und die Häufigkeit der öffentlichen Berichterstattung für alle betroffenen Unternehmen von jährlich auf einmal alle 3 Jahre reduziert werden sollen. Die Legislativvorschläge werden nun im Europäischen Parlament und im Rat beraten (siehe hierzu Beitrag des StMWi in diesem EB).

[Pressemitteilung](#)

Kommission hat Omnibuspaket zur Gemeinsamen Agrarpolitik vorgelegt

Am 14.05.2025 hat die Kommission ein Vereinfachungspaket („Omnibus“) zur aktuellen Förderperiode der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) vorgelegt. Damit sollen die bestehenden Vorgaben vereinfacht und die Wettbewerbsfähigkeit der EU-Landwirtschaft gestärkt werden. Unter anderem sollen Kleinlandwirte von bestimmten Umweltvorschriften ausgenommen werden und zertifizierte ökologische/biologische Betriebe werden künftig von sich aus einige der für die Finanzierung nötigen Umwelanforderungen erfüllen. Bei den Standards zum „guten landwirtschaftlichen und ökologischen Zustand“ (GLÖZ) ist insbesondere vorgesehen, dass Mitgliedstaaten künftig den Umbruch von bis zu 10 % der Dauergrünlandfläche erlauben können. Beim Schutz von Mooren und Feuchtgebieten können Mitgliedstaaten künftig bereits dann eine Förderung gewähren, wenn die Grundanforderungen erfüllt werden. Änderungen sind auch bei den Regelungen zu Gewässerrandstreifen vorgesehen (siehe hierzu Beitrag des StMELF in diesem EB).

[Pressemitteilung](#)

Umweltausschuss des Europäischen Parlaments bestätigt Einigung zu Verordnungsvorschlag zur Verringerung der Umweltverschmutzung durch Mikroplastik

Am 13.05.2025 hat der Ausschuss für Umwelt, Klima und Lebensmittelsicherheit (ENVI) des Europäischen Parlaments (EP) die vorläufige politische Einigung zum Vorschlag der Kommission für eine Verordnung zur Verringerung der Umweltverschmutzung durch Mikroplastik aus Kunststoffgranulat (COM(2023) 645 final; sog. „Pellet-VO“) mit 66 Ja-Stimmen zu 6 Gegenstimmen bei 15 Enthaltungen förmlich angenommen. Die vorläufige politische Einigung muss noch im Plenum des EP und von Seiten des Rates auf Ministerebene förmlich bestätigt werden. Nach der förmlichen Bestätigung wird die Richtlinie durch die Kommission im Amtsblatt der EU veröffentlicht. Die neue Verordnung wird 20 Tage nach ihrer Veröffentlichung im Amtsblatt der EU in Kraft treten. Die neue Verordnung muss nach einer Übergangszeit von zwei Jahren nach ihrem Inkrafttreten angewandt werden (für den Seeverkehr nach drei Jahren).

[Abstimmungsergebnis](#)



VERBRAUCHERSCHUTZ

Dänische Ratspräsidentschaft: Schwerpunkte aus dem Verbraucherschutzbereich

Zum 01.07.2025 wird Dänemark von Polen turnusgemäß für die Monate Juli bis einschließlich Dezember 2025 die EU-Ratspräsidentschaft übernehmen. Schwerpunkte der dänischen Präsidentschaft aus dem Bereich des StMUV sind im Verbraucherschutz u. a. die Verbraucheragenda 2025 - 2030 und der Schutz der Verbraucher, insbesondere von Minderjährigen, im Onlinehandel und im weiteren digitalen Bereich. Die Verhandlungen mit dem Europäischen Parlament (EP) zur Überarbeitung der Fluggastrechte-Verordnung und zur Verordnung über die Durchsetzung von Fahr- und Fluggastrechten sollen begonnen werden. Zudem soll das Gesetzgebungsverfahren zur Überarbeitung der Pauschalreise-Richtlinie vorangebracht werden. Arbeitnehmer sollen am Arbeitsplatz besser geschützt werden, hierzu soll die sechste Überarbeitung der Richtlinie zum Schutz der Arbeitnehmer gegen Gefährdung durch Karzinogene oder Mutagene bei der Arbeit vorangebracht werden. Zur Überarbeitung der REACH-Verordnung soll die Verhandlungsbereitschaft des Rates erreicht werden. Im Bereich Tierwohl soll das Verfahren zur Verordnung über den Schutz von Tieren während des Transports vorangebracht werden und zur Verordnung über das Tierwohl von Hunden und Katzen sollen die Trilogverhandlungen mit dem EP begonnen werden. Die Antibiotikaresistenz bei Tieren soll im Rahmen des „One-Health“ Ansatzes angegangen werden und es sollen Lösungen zu den Ausbrüchen von Tierseuchen gefunden werden.

[Programm](#) der dänischen Ratspräsidentschaft

Europäisches Parlament positioniert sich zu neuen Regeln über das Wohlergehen von Hunden und Katzen

Am 19.06.2025 hat das Plenum des Europäischen Parlaments (EP) mit 457 Ja-Stimmen zu 17 Nein-Stimmen und bei 86 Enthaltungen seine Positionierung zum Verordnungsvorschlag der Kommission zum Wohlergehen von Hunden und Katzen und ihrer Rückverfolgbarkeit (COM(2023) 769 final) angenommen. Mit der vorgeschlagenen Verordnung sollen erstmals EU-weite Mindeststandards eingeführt werden, um das Wohlergehen von Hunden und Katzen, die als Haustiere zu wirtschaftlichen Zwecken gezüchtet, gehalten und gehandelt werden, zu steigern. Nachdem der Rat seine Verhandlungsposition bereits am 27.06.2024 festgelegt hat, können nun die interinstitutionellen Verhandlungen (sog. Trilog) zwischen Rat, EP und Kommission über die endgültige Fassung des Rechtstextes beginnen.

[Abstimmungsergebnis](#)

Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit veröffentlicht Bericht zu Ausbrüchen der Afrikanischen Schweinepest 2024

Am 19.05.2025 hat die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) einen Bericht zu den Ausbrüchen der Afrikanischen Schweinepest in der EU im Jahr 2024 veröffentlicht. Die Ausbruchszahlen bei



Hausschweinen sind demnach im Vergleich zu 2023 um 83 % von 1.929 auf 333 Fälle zurückgegangen. Dies stellt die niedrigste Zahl seit 2017 dar. Die Zahl der betroffenen Mitgliedstaaten ist von 14 auf 13 zurückgegangen, da Schweden im Vergleich zum Vorjahr keine Fälle meldete. Bei den Ausbrüchen unter Wildschweinen ist die Zahl stabil geblieben.

[Pressemitteilung](#)

Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit veröffentlicht Bericht zu Pestizidrückständen in Lebensmitteln

Am 14.05.2025 hat die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) einen Bericht zu Rückständen von Pflanzenschutzmitteln in Lebensmitteln veröffentlicht. Für die Verbraucherinnen und Verbraucher besteht demnach weiterhin nur ein sehr geringes Gesundheitsrisiko durch solche Rückstände. Untersucht wurden über 146.000 Lebensmittelproben – von Karotten über Reis bis hin zu Orangen – sowohl aus zufälligen Stichproben als auch aus gezielten Kontrollen. In 98 bis 99 % der Fälle blieben die Rückstandswerte unter den gesetzlich erlaubten Grenzwerten. Ein Fokus lag bei der Auswertung auf der Kombination von besonders risikobehafteten Produkten und Pestiziden. Diese sollen künftig stärker überwacht werden – zum Beispiel dann, wenn ein Wirkstoff wiederholt in zu hoher Konzentration auf einem bestimmten Obst oder Gemüse gefunden wurde. Außerdem rückt der Import stärker in den Blick. Drittlandsprodukte sollen breiter und gezielter auf Rückstände kontrolliert werden. Ziel ist es, die Lebensmittelsicherheit in der EU noch verlässlicher zu gestalten – unabhängig davon, woher ein Produkt stammt.

[Pressemitteilung](#)

Konsultation zur Durchführung der Ökodesign-Verordnung veröffentlicht

Am 12.06.2025 hat die Kommission eine Konsultation zur Durchführung der Ökodesign-Verordnung (Verordnung (EU) 2024/1781) veröffentlicht. Die Ökodesign-Verordnung verpflichtet Unternehmen unter anderem, Informationen über unverkaufte Verbraucherprodukte offenzulegen. Mit der nun geplanten Durchführungsverordnung sollen die Einzelheiten und das Format für die Offenlegung festgelegt werden. Insbesondere sind Vorschriften zur Abgrenzung von Produkttypen oder -kategorien und zur Überprüfung der Informationen über diese unverkauften Produkte vorgesehen. Stellungnahmen zur Konsultation sind bis zum 10.07.2025 möglich. Die Annahme der Durchführungsverordnung durch die Kommission ist für das 3. Quartal 2025 geplant.

[Konsultation](#)

Konsultationen zur Anpassung der Produktgesetzgebung an die Digitalisierung veröffentlicht

Am 23.05.2025 hat die Kommission zwei Konsultationen zur Anpassung mehrerer Richtlinien und Verordnungen an den Bereich der Produktgesetzgebung an die Digitalisierung veröffentlicht. Angepasst werden soll u. a. die



Outdoor-Richtlinie (Richtlinie 2000/14/EG), die Batterie-Verordnung (Verordnung (EU) 2023/1542) und die Ökodesign-Verordnung (Verordnung (EU) 2024/1781). Es ist vorgesehen, bisher bestehende Papiererfordernisse in digitale Lösungen umzuwandeln. So soll auf Produkten künftig eine digitale Kontaktmöglichkeit genannt werden und Produktinformationen sollen in digitaler Art veröffentlicht werden. Auch die Übermittlung von Informationen zur Konformität an die zuständigen Behörden soll digital erfolgen. Stellungnahmen zu den Konsultationen sind bis zum 12.08.2025 möglich. Die Annahme durch die Kommission ist zeitnah vorgesehen.

[Konsultation Richtlinien](#)

[Konsultation Verordnungen](#)

Konsultation zur Verbraucheragenda 2025 - 2030 veröffentlicht

Am 19.05.2025 hat die Kommission eine Konsultation zur Verbraucheragenda 2025 - 2030 und zum Aktionsplan für Verbraucherinnen und Verbraucher im Binnenmarkt veröffentlicht. Die neue verbraucherpolitische Strategie der EU zielt darauf ab, Verbraucherrechte im Binnenmarkt zu stärken, besonders schutzbedürftige Gruppen zu unterstützen, digitale Fairness zu fördern und eine faire grüne sowie digitale Wirtschaft zu etablieren. Stellungnahmen zur Konsultation sind bis zum 31.08.2025 möglich. Die Annahme der Mitteilung durch die Kommission ist für das 4. Quartal 2025 geplant.

[Konsultation](#)

Europäischer Gerichtshof urteilt zur Werbeangabe „Bequemer Kauf auf Rechnung“ im Onlinehandel

Am 15.05.2025 hat der Europäische Gerichtshof (EuGH) zur Angabe „Bequemer Kauf auf Rechnung“ im Onlinehandel entschieden. Es handelt sich bei dieser Aussage um ein Angebot zur Verkaufsförderung im Sinne der Richtlinie über den elektronischen Geschäftsverkehr (Richtlinie 2000/31/EG), da sie Verbraucher bei der Entscheidung für oder gegen ein Produkt beeinflussen kann. Ein Händler, der diese Aussage verwendet, ist deshalb verpflichtet, potenzielle Käufer bereits bei Zugriff auf die Verkaufs-Webseite so zu informieren, dass diese entscheiden können, ob das Angebot für sie in Frage kommt. Der Vorabentscheidung vorausgegangen war die Klage einer Verbraucherzentrale gegen einen Versandhändler vor deutschen Gerichten. Der Versandhändler hatte auf seiner Webseite mit der Angabe „Bequemer Kauf auf Rechnung“ geworben, die Verbraucherzentrale war der Ansicht, dass dies eine irreführende Werbung darstelle. Die Entscheidung obliegt nun dem deutschen Gericht, das dabei die Entscheidung des EuGH zugrunde zu legen hat.

[Urteil Rechtssache C-100/24](#)

[Rechtssache C-100/24](#)



Politische Einigung zum Gesetzgebungspaket „Ein Stoff, eine Bewertung“ erzielt

Am 12.06.2025 erzielten Rat und Europäisches Parlament (EP) eine vorläufige politische Einigung zum sog. „OSOA-Paket“. Mit diesem soll die Bewertung von Chemikalien vereinheitlicht, der Zugang zu Informationen vereinfacht und die Wissensbasis über Chemikalien und deren Risiken verbessert werden. Das Paket umfasst die Vorschläge der Kommission für eine Verordnung zur Einrichtung einer gemeinsamen Datenplattform für Chemikalien (COM(2023) 779 final), für eine Verordnung über die Neuzuweisung wissenschaftlicher und technischer Aufgaben und die Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen den Agenturen der Union im Bereich Chemikalien (COM(2023) 783 final) und für eine Richtlinie über die Neuzuweisung wissenschaftlicher und technischer Aufgaben an die Europäische Chemikalienagentur (COM(2023) 781 final). In die geplante Datenplattform für Chemikalien sollen laut Einigung alternative Verfahren und Materialien, die keine bedenklichen Stoffe erfordern, und Daten zu in Produkten enthaltenen Chemikalien aufgenommen werden. Ferner wird die Übermittlung von Studiendaten zu Chemikalien, die zu regulatorischen Zwecken erstellt werden, verpflichtend und die Europäische Chemikalienagentur ermächtigt, eine EU-weite Studie zum besseren Verständnis der Exposition von Menschen gegenüber Chemikalien durchzuführen. Die erzielte vorläufige politische Einigung muss nun durch Rat und EP formell bestätigt werden, bevor die Legislativakte im Amtsblatt der EU veröffentlicht werden und 20 Tage später in Kraft treten.

[Pressemitteilung Rat](#)

[Pressemitteilung EP](#)

Politische Einigung zu überarbeiteter Detergenzienverordnung erzielt

Am 10.06.2025 erzielten Rat und Europäisches Parlament (EP) eine vorläufige politische Einigung zum Kommissionsvorschlag zur Überarbeitung der Detergenzienverordnung (Verordnung (EG) Nr. 648/2004). Geeinigt hat man sich u. a. darauf, dass bei Produkten die Etikettinformationen künftig digital zur Verfügung gestellt werden und die Herstellerinformationen einfacher zugänglich sein müssen. Produkte, die mit Tierversuchen hergestellt werden, werden nicht mehr auf dem Binnenmarkt zugelassen. Ausnahmen werden durch die Kommission nur erteilt werden, wenn der Inhaltsstoff unverzichtbar und unersetzlich ist und die Notwendigkeit von Tierversuchen rechtfertigt. Hersteller aus Drittstaaten, die ihre Produkte auf dem Binnenmarkt anbieten, müssen künftig einen Vertreter benennen, der die Einhaltung der EU-Vorschriften unterstützt und Behörden als Ansprechpartner zur Verfügung steht. Die Kommission wird beauftragt, zur Verbesserung der biologischen Abbaubarkeit von Tensiden in Waschmitteln tätig zu werden. Eine Verpflichtung zur Verringerung des Phosphorgehalts wurde nicht vereinbart, die Kommission wird aber aufgefordert, die möglichen Auswirkungen einer Verringerung des Phosphorgehalts zu untersuchen. Die erzielte vorläufige politische Einigung muss in einem nächsten Schritt durch Rat und EP formell bestätigt werden, bevor sie im Amtsblatt der EU veröffentlicht wird.

[Pressemitteilung Rat](#)

[Pressemitteilung EP](#)



Verkehrsrat: Verabschiedung einer Allgemeinen Ausrichtung zur EU-Fluggastrechte-Verordnung

Am 05.06.2025 hat der Verkehrsrat seine allgemeine Ausrichtung zu dem Verordnungsvorschlag der Kommission zur Revision der Fluggastrechte-Verordnung und der Verordnung über die Haftung von Luftfahrtunternehmen bei der Beförderung von Fluggästen und deren Gepäck im Luftverkehr (COM(2013) 130 final) festgelegt. Das Mandat umfasst u. a. einen Anspruch von Fluggästen auf frühestmögliche anderweitige Beförderung bei Ausfällen und Regelungen zu Unterstützungsleistungen, wie Unterkunft und Verpflegung. Im Vorfeld strittig war die Ausgestaltung des Entschädigungsanspruchs bei Annullierung und Verspätung. Der Rat spricht sich nun dafür aus, dass bei Reisen unter 3.500 km und Reisen innerhalb der EU bei Verspätungen von mehr als vier Stunden eine Entschädigung in Höhe von 300 € zu zahlen ist und bei Reisen über 3.500 km bei Verspätungen von mehr als sechs Stunden eine Entschädigung in Höhe von 500 €. Außerdem sollen Unternehmen Entschädigungsleistungen künftig nicht einfach auf Grund „außergewöhnlicher Umstände“ ablehnen können, sondern müssen künftig nachweisen, dass alles Mögliche getan wurde, um die Störung zu vermeiden. In einem nächsten Schritt wird nun das EP den Standpunkt des Rates prüfen (siehe hierzu Beitrag des StMB in diesem EB).

[Pressemitteilung](#)

Kommission schränkt Verwendung von chemischen Stoffen am Arbeitsplatz ein

Am 03.06.2025 hat die Kommission die Verwendung der chemischen Stoffe N-Dimethylacetamid (DMAC) und 1-Ethylpyrrolidin-2-on (NEP) am Arbeitsplatz eingeschränkt. Diese Lösungsmittel werden u. a. bei der Chemikalienherstellung, der Herstellung von Beschichtungen, Reinigungsmitteln und Fasern sowie in Laboratorien verwendet. Mit der nun erfolgten Beschränkung sollen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer besser geschützt werden, die regelmäßig mit diesen Stoffen umgehen. Die Beschränkung erfolgt unter der REACH-Verordnung (Verordnung (EG) Nr. 1907/2006). Sie sieht Grenzwerte für Exposition und Hautkontakt vor und wird nach einer Übergangsfrist von 18 Monaten in Kraft treten. Für die Verwendung von DMAC in der Kunstfaserindustrie wird eine längere Übergangsfrist von vier Jahren vorgesehen. Die Europäische Chemikalienagentur wird die bestehenden Leitlinien entsprechend ergänzen.

[Pressemitteilung](#)



STAATSMINISTERIUM FÜR ERNÄHRUNG, LANDWIRTSCHAFT, FORSTEN UND TOURISMUS

Dänische Ratspräsidentschaft: Schwerpunkte aus dem Bereich des StMELF

Dänemark übernimmt zum 01.07.2025 die EU-Ratspräsidentschaft von Polen und gibt diese zum 01.01.2026 an Zypern ab.

Dänemark stellt seine Präsidentschaft unter das Motto „Ein starkes Europa in einer sich veränderten Welt“ und wird sich für ein sicheres, wettbewerbsfähiges und grünes Europa einsetzen.

Der Fokus liegt auf einer grünen, einfachen und marktorientierten Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP), die Klima- und Umweltmaßnahmen unterstützt und gleichzeitig Wettbewerbsfähigkeit und Innovation stärkt. Der dänische Vorsitz beabsichtigt, die Verhandlungen über das Vereinfachungspaket für die Landwirtschaft abzuschließen. Die künftige GAP nach 2027 soll die Entwicklung des ländlichen Raums, den ökologischen Landbau, den Generationswechsel und den Tierschutz unterstützen und gleichzeitig eine größere Kohärenz mit den sektorspezifischen Rechtsvorschriften, einschließlich der Klima- und Umweltvorschriften, gewährleisten.

Für einen innovationsfreundlichen und wettbewerbsfähigen Agrar- und Lebensmittelsektor, der für Vereinfachungen und wissenschaftsbasierte Lösungen steht, strebt der Vorsitz beim forstlichen Vermehrungsmaterial und den neuen genomischen Techniken (NGT) einen Abschluss, und beim Pflanzenvermehrungsmaterial ein Vorankommen der Verhandlungen an. Ebenfalls im Fokus stehen das EU-Biotech-Gesetz und die Unterstützung des Potentials im Bereich Bioökonomie.

Für eine gut funktionierende EU-Lebensmittelkette auf der Grundlage eines Binnenmarkts mit gleichen Wettbewerbsbedingungen zielt der Vorsitz auf den Abschluss der Verhandlungen über unlautere grenzüberschreitende Handelspraktiken (UTP) sowie die vorgeschlagenen Änderungen der Gemeinsamen Marktorganisation (GMO) für landwirtschaftliche Erzeugnisse ab. Außerdem wird der Vorsitz sich auf einen gemeinsamen EU-Aktionsplan für pflanzliche Lebensmittel und eine gemeinsame EU-Eiweißstrategie konzentrieren.

Dänemark möchte den Tierschutz modernisieren und plant diesen ganz oben auf die Tagesordnung zu setzen. Der Vorsitz will die Verhandlungen über den Vorschlag zum Schutz von Tieren beim Transport voranbringen. Zudem zielt Dänemark auf Lösungen für zunehmende Herausforderungen hinsichtlich antimikrobieller Resistenzen, Tierseuchen und Pflanzenschädlinge.

Ein weiteres Ziel Dänemarks ist ein nachhaltiger europäischer Fischereisektor, der z.B. auch die Förderung einer nachhaltigen Aquakultur im Rahmen der Gemeinsamen Fischereipolitik und insbesondere die rechtzeitige Annahme der Fangmöglichkeiten für 2026 beinhaltet.

Im Bereich Forst strebt der Vorsitz an, die Verhandlungen über die Verordnung zur Überwachung der europäischen Wälder abzuschließen.



[Homepage dänische Ratspräsidentschaft](#)

[Programm dänische Ratspräsidentschaft](#)

Tagung Agrarrat, 26.05.2025

Die EU-Agrarminister trafen sich am 26.05.2024 unter polnischer Präsidentschaft und tauschten sich über zentrale Themen der europäischen Agrarpolitik aus, darunter die „Vision für Landwirtschaft und Ernährung“, die Marktlage und das Vereinfachungspaket zur Landwirtschaft. Die Kommission wurde durch Agrarkommissar *Christophe Hansen*, Tierwohlkommissar *Olivér Várhelyi* und Umweltkommissarin *Jessika Roswall* vertreten. Für Deutschland nahm erstmals Bundesminister *Alois Rainer* teil.

In der Orientierungsaussprache über die Vision für Landwirtschaft und Ernährung begrüßte der Rat den Fokus auf Lebensmittelsicherheit, die landwirtschaftliche Produktion sowie den Dialog mit Landwirten. Das Vereinfachungspaket der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) wurde als ersten Schritt der EU genannt, um Bürokratie abzubauen. Weiter soll die Landwirtschaft wettbewerbsfähiger und attraktiver für zukünftige Generationen gestaltet werden. Zudem betonten die Minister, dass ein angemessenes und separates Budget für die GAP notwendig sei, damit die ehrgeizigen Ziele der Vision erreicht werden können. Dieses solle laut vieler Minister weiterhin auf zwei Säulen basieren. Zwar müsse die Agrarpolitik vereinfacht, dabei jedoch nationale und regionale Besonderheiten berücksichtigt werden. Hervorgehoben wurde auch die Notwendigkeit, ländliche Gebiete zu unterstützen und den Generationswechsel voranzutreiben. Weitere wichtige Ziele, die von den Ministern hervorgehoben wurden, waren: die Wettbewerbsfähigkeit und Nachhaltigkeit der Landwirtschaft zu verbessern, den Landwirten Anreize zu bieten, umweltfreundliche Praktiken anzuwenden, eine Wasserresilienzstrategie zu entwickeln und die notwendigen Mittel für Innovationen bereitzustellen. Schließlich forderte eine Reihe von Ministern eine angemessene EU-Unterstützung für die ländlichen Gebiete an der östlichen Grenze der EU angesichts der negativen Auswirkungen des russischen Angriffskriegs.

In Anbetracht des Angriffskrieges Russlands gegen die Ukraine und der Änderungen der US-Zollpolitik führte der Rat eine Aussprache über die Marktlage von landwirtschaftlichen Erzeugnissen und Rohstoffen. Die Minister beobachteten positive Entwicklungen hin zu einer Stabilisierung der EU-Agrarmärkte. Dennoch setzen Herausforderungen wie Ausbrüche von Tierseuchen und Pflanzenkrankheiten, hohe Inputkosten und ungünstige Wetterbedingungen die Agrarmärkte weiterhin unter Druck. Der geopolitische Kontext, einschließlich der Änderungen in der US-Zollpolitik und des Handels mit der Ukraine, wurde ebenfalls vom Rat angesprochen. *Vitaliy Koval*, der ukrainische Minister für Agrarpolitik und Ernährung, gab dem Rat einen Überblick über die jüngsten Entwicklungen auf den Agrarmärkten in der Ukraine. Die Minister äußerten ihre weitere Unterstützung für die Ukraine, betonten jedoch auch die Notwendigkeit, eine für beide Seiten ausgewogene und langfristige Lösung für den Handel mit der Ukraine zu finden, die auch die Interessen und die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Landwirte schützt. In Bezug auf die USA äußerten die Minister ihre Besorgnis über die Situation und betonten, dass es wichtig sei, den Dialog mit den USA fortzusetzen.



Im Rahmen eines informellen Mittagessens diskutierten die Landwirtschaftsminister die zukünftige GAP als Sicherheitsnetz für instabile Zeiten. Insbesondere konzentrierten sich die Minister auf Möglichkeiten, wie die GAP nach 2027 ohne grundlegende Reform angepasst werden könnte, um aktuelle Herausforderungen zu bewältigen. Die Minister waren sich einig, dass die Landwirte Stabilität erwarten, ein angemessenes Budget sichergestellt und die aktuelle Struktur der GAP beibehalten werden müsse.

Außerdem informierte der polnische Vorsitz den Rat über das Vereinfachungspaket der GAP, das sogenannte Dritte Omnibuspaket (siehe weiteren Beitrag in diesem EB-Abschnitt): Die Änderungen betreffen den Bürokratieabbau für Landwirte und Verwaltungen, sowie die Reduzierung von Kontrollen. Nachdem Kommissar *Hansen* das Paket kurz vorstellte, begrüßten die Minister insgesamt die vorgeschlagenen Änderungen, da sie die von den Landwirten geäußerten Bedenken weitgehend angehen. Die Minister forderten jedoch eine Expertenanalyse und betonten die Bedeutung einer schnellen Umsetzung der vorgeschlagenen Regeln.

Des Weiteren wurden das Treffen der Generaldirektoren für Wälder, die Vereinfachung der EU-Entwaldungsverordnung, das Verbot von Blei in Munition und Fischereigeräten, die Auswirkungen von Tierseuchen auf den Agrarsektor, die schweren Frostschäden im ungarischen Obstsektor, der Gipfel der EU mit der Afrikanischen Union im Agrarministerformat am 27.06.2025, eine gemeinsame Agrar- und Fischereipolitik, Impfungen zum Kampf gegen Tierseuchen und die Herausforderungen des Viehsektors im Zusammenhang mit der Überarbeitung der europäischen Gesetzgebung zum Transport lebender Tiere thematisiert. Der nächste Agrarrat findet am 23./24.06.2025 letztmalig unter polnischer Präsidentschaft statt.

[Pressemitteilung](#)

[Vision für Landwirtschaft und Ernährung \(Hintergrundvermerk\)](#)

[Marktlage \(Hintergrundvermerk\)](#)

[Entwaldungsverordnung \(Informationen\)](#)

Omnibuspaket der Kommission zur Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP)

Am 14.05.2025 hat Agrarkommissar *Christophe Hansen* ein Paket zur Vereinfachung der aktuell laufenden Förderperiode der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) vorgestellt, das darauf abzielt, die Vorschriften zu vereinfachen und die Wettbewerbsfähigkeit der Landwirte in der EU zu stärken. Das Paket konzentriert sich auf die Reduzierung des Verwaltungsaufwands, die Verbesserung der Krisenreaktion und die Erleichterung von Investitionen.

Der Vorschlag sieht Anpassungen bei einigen Standards zum „guten landwirtschaftlichen und ökologischen Zustand“ (GLÖZ-Standards) vor.

Demnach soll der Dauergrünlandschutz dahingehend abgeschwächt werden, dass Mitgliedstaaten den Umbruch von bis zu 10 % statt bislang 5 % der Dauergrünlandfläche gestatten können. Außerdem wird der Zeitraum für die Dauergrünlandentstehung von fünf auf sieben Jahre erhöht.



Für den Schutz von Mooren und Feuchtgebieten sollen Mitgliedstaaten in Zukunft auch schon die Grundanforderungen fördern dürfen. Bislang sind nur Maßnahmen, die über den GLÖZ-Standard hinausgehen, förderfähig.

Ökologisch wirtschaftende Betriebe sollen zudem Ausnahmen von einigen GLÖZ-Anforderungen erhalten, da angenommen wird, dass sie durch ihre Wirtschaftsweise die Anforderungen bereits erfüllen („green by definition“). Kontrollen werden durch den Einsatz von Satelliten und anderen Technologien gestrafft. Zudem soll der Kontrollaufwand für Betriebe reduziert werden auf „nur noch eine Kontrolle pro Jahr“.

Außerdem soll die jährliche Pauschalzahlung für Kleinerzeuger von 1.250 € auf 2.500 € angehoben werden. Die sogenannte Kleinerzeugerregelung ist allerdings ein freiwilliges Instrument der GAP, das von Deutschland und den meisten anderen Mitgliedstaaten bislang nicht angewendet wird.

Die Mitgliedstaaten sollen bis zu 3 % ihrer GAP-Mittel für einen nationalen Kriseninterventionsfonds verwenden dürfen, um Landwirtinnen und Landwirte bei der Bewältigung der Auswirkungen von Naturkatastrophen oder Tierseuchen zu unterstützen.

[Pressemitteilung](#)

Kommission ernennt *Elisabeth Werner* zur neuen Generaldirektorin der GD AGRI

Am 01.06.2025 folgte Generaldirektorin *Elisabeth Werner* (AUT) Generaldirektor *Wolfgang Bartscher* in der Generaldirektion Landwirtschaft und ländliche Entwicklung (GD AGRI). Damit bleibt Österreich in der GD AGRI weiterhin auf oberster Ebene vertreten.

Mit über 25 Jahren Erfahrung in der Kommission bringt *Elisabeth Werner* eine starke Kombination aus institutionellem Wissen, Haushaltsexpertise und Koordinierungsfähigkeiten in einem breiten Spektrum von Politikbereichen mit. Sie habe sich bereits mit zahlreichen strategischen Dossiers, unter anderem in den Bereichen Landverkehr, Wettbewerbsfähigkeit, saubere Industrie und Nachhaltigkeit befasst. Ihre „Fähigkeit, sektorübergreifend zu arbeiten und Politik, Finanzierung und Umsetzungsinstrumente aufeinander abzustimmen, wird entscheidend sein, um einen integrierten Ansatz für die Landwirtschaft voranzutreiben, der Landwirte unterstützt, ländliche Gemeinden stärkt und die Ziele der EU erfüllt“, so die Kommission.

Elisabeth Werner war zuletzt stellvertretende Generalsekretärin im Generalsekretariat der Kommission. Zuvor war sie Direktorin für Landverkehr in der Generaldirektion Mobilität und Verkehr (GD MOVE), wo sie für interinstitutionelle Beziehungen, Kommunikation und Koordinierung zuständig war. Davor war die Ökonomin leitende Expertin und dann Kabinettschefin von Vizepräsidentin *Kristalina Georgieva* (2014 - 2016) mit den Schwerpunkten Personal, Haushaltsfragen und Betrugsbekämpfung. Außerdem übernahm sie mehrere Referatsleiterstellen in der GD MOVE und der Generaldirektion Haushalt (GD BUDG). Generaldirektor *Wolfgang Bartscher* (AUT) wurde zum 01.05.2025 in den Ruhestand verabschiedet.

[Pressemitteilung](#)



Ausschussvorsitzende fordert zeitliche Trennung von GAP-Vorschlägen und nächstem MFR

Am 12.06.2025 hat sich die Vorsitzende des Ausschusses für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung (AGRI), *Veronika Vrecionová* (EKR/CZE), in einem Schreiben an die Kommission gegen eine gleichzeitige Vorlage der Vorschläge zur künftigen Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) und des nächsten mehrjährigen Finanzrahmens (MFR) ausgesprochen. Auch das Europäische Parlament (EP) zeigt sich besorgt über die gleichzeitige Vorstellung am 16.07.2025.

Unterstützt von einer breiten Mehrheit der Fraktionen im AGRI-Ausschuss betont *Vrecionová*, dass die Vorschläge zur GAP erst nach der Präsentation des MFR erfolgen sollten. Ein derzeit in Arbeit befindlicher Initiativbericht zur Zukunft der EU-Landwirtschaft werde der Kommission „eine wertvolle politische Orientierung“ bieten und müsse vor der Vorlage neuer Legislativvorschläge berücksichtigt werden.

Zudem verweist die Ausschussvorsitzende auf die laufenden Arbeiten des EP an Gesetzgebungsvorhaben wie der Reform der Gemeinsamen Marktorganisation und dem sogenannten GAP-Vereinfachungspaket. Eine umfassende GAP-Reform zum jetzigen Zeitpunkt würde die Kapazitäten der Institutionen und Interessenträger überfordern.

Die bisherige Praxis, den MFR zuerst und sektorale Vorschläge anschließend zu veröffentlichen, habe sich laut *Vrecionová* bewährt und zur Kohärenz und Rechenschaftspflicht beigetragen. Künftige GAP-Vorschläge müssten von hoher rechtlicher Qualität und interner Konsistenz sein und auf einem breiten Konsultationsprozess mit Mitgliedstaaten, Landwirtinnen und Landwirten sowie weiteren Akteuren beruhen.

[Pressemitteilung](#)

[Link zum Schreiben](#)

Ausschuss für Landwirtschaft plant Abstimmung zur GAP nach 2027

Am 15.07.2025 will der Agrarausschuss des Europäischen Parlaments über den Berichtsentwurf von *Carmen Crespo* (EVP/ESP) zur Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) für den Zeitraum 2028 - 2034 abstimmen.

Crespo spricht sich darin für eine Erhöhung der GAP-Mittel sowie für die Beibehaltung der Zwei-Säulen-Struktur aus. Insgesamt wurden 1.532 Änderungsanträge eingereicht, zu denen *Crespo* möglichst viele Kompromisse anstrebt. Die Abstimmung fällt zeitlich mit der geplanten Vorlage der Vorschläge der Kommission zum nächsten mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) und zur GAP-Reform am 16.07.2025 zusammen. Diese Überschneidung erschwere die parlamentarische Arbeit.

Im Ausschuss wurden zudem unterschiedliche politische Schwerpunkte gesetzt: *Camilla Laureti* (S&D/ITA) forderte eine gezieltere Unterstützung für kleine und junge Landwirte sowie für den ökologischen Landbau. *Éric Sargiacomo* (S&D/FRA) sprach sich für eine stärkere Marktregulierung und gezieltere Direktzahlungen aus. *Csaba Dömötör* (PfE/HUN) thematisierte die möglichen Auswirkungen eines EU-Beitritts der Ukraine auf die europäischen Landwirte.



Rat verabschiedet Verhandlungsmandat zur Änderung der Gemeinsamen Marktordnung (GMO)

Am 19.05.2025 hat der Sonderausschuss für Landwirtschaft (SAL) sein Verhandlungsmandat zur Änderung der Gemeinsamen Marktordnung (GMO) verabschiedet. Der Vorschlag der Kommission war Teil der Maßnahmen zur Stärkung von Landwirten in der Lieferkette. Der Rat unterstützt den Vorschlag weitgehend, schlägt aber einige Änderungen vor.

Demnach ist Teil des Vorschlags, dass schriftliche Verträge zwischen Erzeugern und Abnehmern von landwirtschaftlichen Produkten vorliegen müssen. Der Rat ermöglicht den Mitgliedstaaten in seinem Mandat außerdem weitere Ausnahmen sowie mehr Flexibilität bei der Anpassung an diese Verpflichtung. Um zu verhindern, dass Landwirte langfristig nachteiligen Bedingungen unterliegen, schlug die Kommission eine Revisionsklausel vor, die diesen eine einseitige Kündigung nach sechs Monaten erlaubt. Der Rat möchte diesen Zeitraum auf ein Jahr verlängern. Den verpflichtenden Mediationsmechanismus zur Beilegung von Vertragsstreitigkeiten möchte der Rat für Mitgliedstaaten freiwillig gestalten.

Das Parlament hat seine Position noch nicht festgelegt. Verhandlungen zwischen den Institutionen können beginnen, wenn dies geschehen ist.

[Pressemitteilung](#)

[Vorschlag der Kommission](#)

Europäisches Parlament uneinig über verpflichtende schriftliche Verträge in der Landwirtschaft

Am 03.06.2025 diskutierte der Agrarausschuss des Europäischen Parlaments über Änderungsanträge zur Reform der Gemeinsamen Marktorganisation (GMO). Zentrale Streitfrage war die Verpflichtung zu schriftlichen Verträgen. Berichterstatterin *Céline Imart* (EVP/FRA) unterstützt die Vorgabe der Kommission für verpflichtende Verträge, um Machtungleichgewichte zu vermeiden. Insgesamt wurden 659 Änderungsanträge eingereicht, die nationale Differenzen offenbaren. Die nordischen Staaten und Belgien bevorzugen freiwillige Verträge, während der Rat verpflichtende Verträge mit Ausnahmen befürwortet.

Weitere Diskussionspunkte betreffen die Rolle nicht anerkannter Erzeugerorganisationen, deren Verbände sowie die Agrarkrisenreserve. Einigkeit zeichnet sich bei Definitionen zu kurzen Lieferketten und Nachhaltigkeitsvereinbarungen ab. *Imart* fordert zudem den Schutz von Fleischbezeichnungen gegenüber synthetischen Produkten. *Cristina Maestre* (S&D/ESP) betont die Bedeutung schriftlicher Verträge und warnt vor einer Schwächung der Erzeugerorganisationen.

Csaba Dömötör (PfE/HUN) fordert zusätzlich verbindliche Zahlungsfristen. *Éric Sargiacomo* (S&D/FRA) plädiert für die verpflichtende Förderung von Erzeugerorganisationen und Sanktionen gegen Umgehung durch Käufer. Eine Abstimmung im Ausschuss ist für den 01.09.2025 geplant, die Plenarabstimmung im Oktober. Ziel ist eine Einigung mit dem Rat bis Ende 2025.

Parallel wurde über unlautere Handelspraktiken diskutiert. Berichterstatter *Stefano Bonaccini* (S&D/ITA) strebt eine Ausschussabstimmung am 15.07.2025 und eine Plenarabstimmung im September an.



Kommission veröffentlicht Neufassung des Agrarabkommens mit der Schweiz

Die Kommission hat am 13.06.2025 ein umfassendes Paket von Abkommen mit der Schweizerischen Eidgenossenschaft vorgelegt, darunter auch das Abkommen über den Handel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen und Protokoll zur Schaffung eines gemeinsamen Raums der Lebensmittelsicherheit. Dieses umfasst die folgenden Bereiche:

- Die bisherigen sanitären und phytosanitären Anhänge entfallen, sie werden durch ein neues Protokoll ersetzt. Damit verliert das Abkommen seinen Binnenmarktbezug und fokussiert sich künftig auf Handelsfragen.
- Zentral ist das Protokoll zur Schaffung eines gemeinsamen Lebensmittelsicherheitsraums, das die gesamte Lebensmittelkette umfasst. Es zielt auf höhere Standards bei Lebensmittelsicherheit, Gesundheit und Tierschutz. Die Schweiz verpflichtet sich zur dynamischen Angleichung an das EU-Acquis und zur vorläufigen Anwendung nicht-legislativer EU-Vorgaben.
- Nationale Sonderregelungen zu gentechnisch veränderten Organismen (GVO) und Tierschutz bleiben unter Auflagen möglich. Der Import von hormonbehandeltem Rindfleisch bleibt eingeschränkt erlaubt. Es ist eine Übergangsfrist von bis zu 24 Monaten vorgesehen.
- Die Schweiz erhält Zugang zu EU-Agenturen wie der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) sowie zu Systemen wie dem Schnellwarnsystem für Lebensmittel und Futtermittel (RASFF), dem Veterinär- und Pflanzengesundheitssystem (TRACES) und beteiligt sich hier finanziell.
- Die Forstwirtschaft ist nicht direkt betroffen, könnte aber über Umweltprogramme mit eingebunden werden. Der Tourismus ist nicht explizit Teil des Pakets, profitiert jedoch indirekt durch Reisefreiheit, Verkehrsanbindung und Kohäsionspolitik.

[Pressemitteilung](#)

[Erläuternde Datenblätter – einzelne Abkommen zum Download](#)

Rat und Europäisches Parlament billigen neue Zölle auf Agrarprodukte aus Russland und Belarus

Am 12.06.2025 hat der Rat den Verordnungsvorschlag der Kommission zur Erhöhung der Zölle auf verbleibende landwirtschaftliche Erzeugnisse und bestimmte Düngemittel aus Russland und Belarus angenommen.

Bereits am 22.05.2025 hatte das Europäische Parlament (EP) den Verordnungsvorschlag der Kommission zur Erhöhung der Zölle auf bestimmte landwirtschaftliche Erzeugnisse und Düngemittel auf Stick- und Harnstoffbasis aus Russland und Belarus mit deutlicher Mehrheit der abgegebenen Stimmen angenommen (411 Ja-Stimmen, 100 Nein-Stimmen und 78 Enthaltungen).

Stickstoffbasierte Düngemittel unterliegen ab dem 01.07.2025 einem zusätzlichen Zoll von 6,5 % sowie einer Abgabe von 40 € - 45 € pro Tonne, die bis 2028 schrittweise auf bis zu 315 bis 430 € pro Tonne steigen soll.



Für Agrarprodukte, die bislang zollfrei waren, wird ab demselben Datum ein Zollsatz von 50 % erhoben. Zu diesen Produkten gehören u.a. Zucker, Essig, Mehl und Tierfutter.

Ausgehend von Zahlen aus 2023 betreffen die Maßnahmen rund 15 % der landwirtschaftlichen Importe aus Russland. Die Umsetzung wird eng überwacht, um die EU-Landwirtschaft zu schützen und die Versorgung mit bezahlbarem Dünger sicherzustellen. Die neuen Regeln sollen auch die Diversifizierung der Bezugsquellen und die heimische Produktion stärken. Die Verordnung wird am 01.07.2025 in Kraft treten.

[Vorschlag der Kommission und Liste der Produkte im Anhang](#)

[Pressemitteilung des Rats](#)

[Pressemitteilung des EP](#)

Rat gewährt EU-Gleichstellung für bestimmte Saatguteinfuhren aus der Ukraine und der Republik Moldau

Am 12.06.2025 hat der Rat die zuvor getroffene Entscheidung ratifiziert, der Ukraine und der Republik Moldau die Gleichwertigkeit mit den EU-Anforderungen für Feldinspektionen und Saatgutproduktion anzuerkennen.

Die Entscheidung betrifft Zuckerrüben-, Sonnenblumen-, Raps- und Sojasaatgut aus der Ukraine sowie Futterpflanzensaatgut aus der Republik Moldau. Die Zertifizierungsverfahren dieser Länder gelten nun als gleichwertig mit den EU-Vorgaben hinsichtlich Eigenschaften, Identifikation, Prüfung und Kontrolle von Saatgut.

Damit kann zertifiziertes Saatgut aus beiden Ländern künftig auf den EU-Markt gelangen. Dieses soll die Produktionsstandorte für EU-Unternehmen diversifizieren und die Versorgung mit hochwertigem Saatgut sichern. Die Entscheidung tritt 20 Tage nach Veröffentlichung im Amtsblatt der EU in Kraft.

[Pressemitteilung](#)

[Beschluss](#)

EU-Agrarmarktentwicklung: Lebensmittelexport und -import im Februar 2025

Am 05.06.2025 veröffentlichte die Kommission ihren Bericht zum Agrar- und Lebensmittelhandel im Februar. Trotz eines positiven Handelsbilanzsaldos sieht sich die EU mit volatilen Preisen und veränderten Handelsströmen konfrontiert. Kakao und Kaffee bleiben zentrale Handelsgüter.

Der Agrarhandelsüberschuss stieg im Februar auf 4,4 Mrd. €, also 47 % mehr als im Januar, aber 28 % weniger gegenüber dem Februar 2024. Die Exporte erreichten 19,6 Mrd. € (+ 3 % zum Vormonat, + 1,4 % zum Vorjahr). Besonders stark wuchsen die Ausfuhren in das Vereinigte Königreich, die USA und die Schweiz.

Haupttreiber waren Kaffee, Tee, Kakao und Gewürze (+ 52 %), vor allem wegen gestiegener Preise. Auch Süßwaren (+ 19 %) und Milchprodukte (+ 5 %) legten zu. Rückgänge gab es bei Getreideexporten (- 30 %), insbesondere bei Weizen und Mais, sowie bei Lieferungen nach China (- 15 %).



Die Importe sanken im Monatsvergleich um 5 %, lagen aber mit 15,2 Mrd. € um 15 % über dem Vorjahreswert. Hohe Preise für Kakao, Kaffee, Obst und Nüsse trugen dazu bei. Besonders stark stiegen Importe aus Côte d'Ivoire (+ 73 %), China (+ 32 %), Kanada (+ 80 %) und Australien (+ 149 %). Rückgänge gab es aus der Ukraine (- 10 %) und Russland (- 77 %), vor allem bei Getreide und Ölsaaten.

[Pressemitteilung](#)

Eurostat veröffentlicht Agrarpreisindizes zum 1. Quartal 2025

Im 1. Quartal 2025 sind die durchschnittlichen Erzeugerpreise in der EU-Landwirtschaft um 2,6 % gestiegen – der zweite Anstieg in Folge. Auch die Preise für landwirtschaftliche Betriebsmittel ohne Investitionsbezug, etwa Energie, Düngemittel oder Futtermittel, legten leicht um 0,2 % zu. Dies war der erste Anstieg seit dem 1. Quartal 2023.

Besonders deutlich fiel der Preisanstieg bei Milch (+ 12,6 %), Eiern (+ 10,7 %) und Getreide (+ 9,6 %) aus. Rückgänge gab es hingegen bei Olivenöl (- 43,5 %), Kartoffeln (- 13,4 %) und Schweinen (- 11,2 %).

Die höchsten Preissteigerungen bei Agrarerzeugnissen verzeichneten Irland (+ 19,3 %), Luxemburg (+ 15,6 %) und Ungarn (+ 14,6 %). Rückgänge wurden u. a. in Spanien (- 9,7 %) und Griechenland (- 7,1 %) beobachtet.

Bei den Betriebsmitteln stiegen die Preise am stärksten in Ungarn (+ 6,8 %), den Niederlanden (+ 6,2 %) und Rumänien (+ 5,8 %). Rückgänge gab es insbesondere in Litauen (- 5,0 %) und Zypern (- 3,8 %).

[Pressemitteilung Eurostat](#)

Konsultation zur Vereinfachung der Umsetzung der GAP-Strategiepläne

Die Kommission hat am 23.05.2025 eine Konsultation zum Omnibuspaket der Kommission zur Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) veröffentlicht (siehe weiteren Beitrag in diesem EB-Abschnitt).

Der neue Vorschlag umfasst die Änderung der Verordnung (EU) 2021/2115 in Bezug auf das Konditionalitätssystem, Interventionskategorien in Form von Direktzahlungen, Interventionskategorien in bestimmten Sektoren, Berichte zur Entwicklung des ländlichen Raums sowie jährliche Leistungsberichte. Darüber hinaus soll auch die Verordnung (EU) 2021/2116 geändert werden, insbesondere hinsichtlich der Governance im Bereich Daten und Interoperabilität, Aussetzungen von Zahlungen im Rahmen des jährlichen Leistungsabschlusses sowie Kontrollen und Sanktionen.

Der Vorschlag sieht Vereinfachungen, insbesondere für ökologisch wirtschaftende und kleine Betriebe, eine Reduzierung des Verwaltungsaufwands und eine verbesserte Krisenreaktion vor.

Rückmeldungen sind bis zum 01.08.2025 möglich.

[Konsultation](#)



Konsultation zu ökologischen und Hochrisiko-Erzeugnissen aus Nicht-EU-Ländern

Die Kommission hat am 13.06.2025 eine Konsultation zur Änderung der delegierten Verordnung „für ökologische/biologische Erzeugnisse und Umstellungserzeugnisse mit hohem Risiko – Einfuhrkontrollen“ veröffentlicht.

Bestimmte, als ökologisch/biologisch zertifizierte, Erzeugnisse aus Nicht-EU-Ländern werden aufgrund früherer erheblicher, kritischer oder wiederholter Verstöße als besonders risikobehaftet eingestuft. Diese könnten in Zukunft in eine Liste aufgenommen werden, die strengere Einfuhrkontrollen für solche Produkte vorsieht.

Rückmeldungen sind bis zum 11.07.2025 möglich.

Die Annahme durch die Kommission ist für das 2. Quartal 2025 geplant.

[Konsultation](#)

Lebensmittelverschwendung in der EU: Grüne Woche und Weltumwelttag

Ein zentrales Thema der „Grünen Woche“ der EU vom 03.06. - 05.06.2025 und des Weltumwelttages am 05.06.2025 war die Umwelt- und Nachhaltigkeitspolitik.

Eurostat liefert offizielle Statistiken, etwa zu Abfall und Kreislaufwirtschaft: 2022 nutzte jede Person in der EU durchschnittlich 66 leichte Plastiktüten – ein Rückgang von 14 % gegenüber dem Vorjahr. Das kommunale Abfallaufkommen sank 2023 auf 511 kg pro Person, ein Rückgang von 4 % in zwei Jahren. Dennoch bestehen weiterhin Herausforderungen. 2022 fielen 83,4 Mio. t Verpackungsabfall an (186,5 kg pro Person), was trotz eines leichten Rückgangs den langfristigen Anstieg verdeutlicht. Im selben Jahr entstanden 132 kg Lebensmittelabfälle pro Person, wovon Haushalte 54 % (72 kg) verursachten.

Der Handel mit recycelbaren Rohstoffen veränderte sich: 2024 sanken die Exporte um 8 %, während die Importe um 18 % stiegen. Dies führte zu einem Handelsdefizit von etwa 11 Mio. t. Eine bessere Sammlung und Verarbeitung innerhalb der EU könnte die Kreislaufwirtschaft stärken.

[Pressemitteilung, Umweltüberwachung mit Daten](#)

[Pressemitteilung, Weltumwelttag](#)

Kommission veröffentlicht Länder-Benchmarking zur Entwaldungsverordnung

Die Kommission hat am 22.05.2025 im Rahmen der Entwaldungsverordnung (EUDR) eine erste Benchmarking-Liste veröffentlicht, die Länder in die Risikokategorien „niedrig“, „Standard“ oder „hoch“ einstuft.

Konkret berücksichtigt die Länderklassifizierung das Entwaldungsrisiko bei der Produktion der sieben Rohstoffe, die unter die Verordnung fallen: Rinder, Kakao, Kaffee, Ölpalme, Kautschuk, Soja und Holz.

Diese Einstufung bestimmt den Umfang der Sorgfaltspflichten und Kontrollen für Importeure – von vereinfachten Verfahren bei niedrigem Risiko bis zu strengen Prüfungen bei hohem Risiko.



Länder mit hohem Risiko sind Belarus, die Demokratische Volksrepublik Korea (Nordkorea), Myanmar und Russland. Parallel zur Benchmarking-Liste hat die Kommission auch ein Arbeitspapier der zuständigen Kommissionsdienststellen veröffentlicht, das die Methodik erläutert, mit dem die Liste erstellt wurde.

Das Gesetz tritt am 30.12.2025 für große Unternehmen und am 30.06.2026 für Kleinst- und Kleinunternehmen in Kraft.

[Pressemitteilung](#)

[Link zur Benchmarking-Liste](#)

Europäischer Rechnungshof kritisiert Wirksamkeit von EU-Hilfen bei der Waldbrandbekämpfung

Der Europäische Rechnungshof (EuRH) hat am 11.06.2025 einen Sonderbericht veröffentlicht, in dem er die Wirksamkeit der EU-Förderung zur Bekämpfung von Waldbränden infrage stellt. Zwar fließen zunehmend Mittel in Präventionsmaßnahmen, doch fehle es häufig an gezieltem Mitteleinsatz, langfristiger Planung und belastbaren Ergebnissen.

Besonders kritisch sehen die Prüfer die fehlende Transparenz über die tatsächliche Verwendung der EU-Mittel. Zwar wurden im Rahmen des Corona-Aufbaufonds erhebliche Einzelfinanzierungen bereitgestellt – etwa 470 Mio. € in Griechenland und 390 Mio. € in Portugal –, doch sei unklar, ob in diesen Ländern auch langfristig nationale oder EU-Mittel zur Verfügung stehen, um die Wirksamkeit der Maßnahmen zu sichern. Der Effekt vieler Projekte könnte daher nur drei bis vier Jahre anhalten.

Hinzu kommt, dass Projekte nicht immer dort gefördert werden, wo das Risiko am höchsten ist. In einigen Fällen basieren Entscheidungen auf veralteten Daten – etwa in Griechenland oder Portugal. Trotz positiver Entwicklungen, etwa dem gestiegenen Anteil präventiver Ausgaben in Portugal und Galicien, bleibt die Nachhaltigkeit vieler Maßnahmen fraglich – insbesondere bei Finanzierungen aus dem Corona-Aufbaufonds.

[Pressemitteilung](#)

[Sonderbericht](#)



STAATSMINISTERIUM FÜR FAMILIE, ARBEIT UND SOZIALES

Dänische Ratspräsidentschaft: Schwerpunkte aus dem Bereich des StMAS

Am 19.06.2025 veröffentlichte die dänische Ratspräsidentschaft ihr Programm für das zweite Halbjahr. Zum 01.07.2025 übernimmt Dänemark von Polen turnusgemäß für die kommenden sechs Monate die Ratspräsidentschaft. Zu den Schwerpunkten aus dem Bereich des StMAS:

Die dänische Ratspräsidentschaft kündigte an, sich mit dem Fahrplan für hochwertige Arbeitsplätze der Kommission und mit dem Aktionsplan zur europäischen Säule sozialer Rechte zu befassen. Ziel ist es, Arbeitskräfte in der EU zu behalten und darüber hinaus die Beschäftigungsquote zu erhöhen sowie den sozialen Fortschritt weiter voranzutreiben. Gleichzeitig sollen das nationale Recht der Mitgliedsstaaten und deren soziale Sicherheitssysteme im Prozess stets beachtet werden. Wichtig sei auch das Pilotprojekt zum Europäischen Sozialversicherungsausweis (ESSPASS) voranzubringen und die Arbeitnehmerfreizügigkeit innerhalb der EU zu vereinfachen.

Als weitere Aufgabe sieht die dänische Ratspräsidentschaft eine Überarbeitung des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung, der zur Unterstützung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die durch Umstrukturierungsmaßnahmen ihre Arbeit verlieren, dient. Dabei solle eine Einigung im Rat erzielt werden.

Die Sicherheit von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern am Arbeitsplatz soll weiter gefördert werden. Es werde beabsichtigt, die Überarbeitung der Ratsempfehlung zu einem verstärkten Qualitätsrahmen für Praktika, die gemeinsam mit einem Richtlinienentwurf von der Kommission vorgestellt wurde, voranzubringen.

Die dänische Ratspräsidentschaft will den sozialen Dialog vorantreiben und dabei starke Einbeziehung der Sozialpartner gewährleisten. Soziale Inklusion, insbesondere von Kindern in schwierigen Situationen, soll im Rahmen des Aktionsplans zur europäischen Säule sozialer Rechte ebenfalls ein bedeutender Themenbereich werden, genau wie die Förderung der Verbesserung der Situation obdachloser Menschen.

Geplant sei eine Aktualisierung der Europäischen Strategie für die Rechte von Menschen mit Behinderung, da damit gerechnet werde, dass die bedeutenden Ziele aus der aktuellen Strategie (2021 - 2030) bereits erfüllt seien.

Nicht zuletzt wolle die dänische Ratspräsidentschaft die Gleichberechtigung der Geschlechter voranbringen sowie den Schutz von Frauen und Mädchen vor Gewalt zu stärken.

[Website der dänischen Ratspräsidentschaft](#)

Überarbeitete Richtlinie: Stärkung des sozialen Dialogs durch Europäische Betriebsräte

Im Trilog-Verfahren am 21.05.2025 konnte eine vorläufige Einigung über die Aktualisierung der Richtlinie zur Schaffung Europäischer Betriebsräte (EBR) erzielt werden. In der Aktualisierung gehe es u. a. um die



Vereinfachung der Einrichtung eines EBR, die Verbesserung der Gleichstellung der Geschlechter und die Durchsetzungsfähigkeit der Betriebsräte.

Bei EBR handelt es sich um Informations- und Konsultationsgremien, die europäische Arbeitnehmer in multinationalen Unternehmen vertreten. Die EBR werden zu transnationalen Fragen konsultiert und ergänzen die nationalen Arbeitnehmervertretungen. Aktuell gibt es rund 1.000 transnationale Informations- und Konsultationsgremien, von denen zwei Drittel EBR sind. Jährlich entstehen etwa 20 neue EBR.

Die Richtlinie sieht u. a. einen einfacheren Weg zu den Gerichtsbarkeiten vor und stellt Verstöße stärker unter Strafe. Außerdem sollen Entscheidungen, die Arbeitnehmer in mehr als einem Mitgliedstaat wesentlich betreffen, künftig verpflichtende Informations- und Konsultationsrechte auslösen. Alltägliche oder triviale Entscheidungen seien davon ausgenommen. Arbeitnehmervertretungen müssen vor Entscheidungen, die sie betreffen, konsultiert werden. EBR sollen mindestens zweimal jährlich das Recht auf persönliche Treffen mit der Unternehmensleitung haben. EBR sollen künftig besser finanziert und unterstützt werden, um ihre Aufgaben wirksam wahrnehmen zu können.

Das für EBR maßgebliche Recht soll also mit der neuen Richtlinie insgesamt klarer, wirksamer und leichter durchsetzbar sein.

Im nächsten Schritt müssen das Europäische Parlament und der Rat die politische Einigung förmlich annehmen. Die Mitgliedstaaten haben nach Veröffentlichung der überarbeiteten Richtlinie im Amtsblatt zwei Jahre Zeit, um die Rechtsvorschriften umzusetzen.

[Mitteilung der Kommission](#)

Rat erzielt allgemeine Ausrichtung: Richtlinie zum verstärkten Qualitätsrahmen für Praktika

Der Rat für Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz erzielte in seiner Sitzung am 19.06.2025 eine allgemeine Ausrichtung über den Vorschlag für eine Richtlinie zur Verbesserung und Durchsetzung der Arbeitsbedingungen von Praktikanten und zur Bekämpfung von Scheinpraktika.

Die Richtlinie zielt darauf ab, als Praktika getarnte Arbeitsverhältnisse aufzudecken und die Arbeitsverhältnisse von Praktikantinnen und Praktikanten generell zu verbessern. Dabei soll die Richtlinie insbesondere Definitionen und Begrifflichkeiten festlegen, um Einheitlichkeit zu gewährleisten. Das nationale Recht und die Flexibilität der Mitgliedsstaaten sei ein wichtiger Verhandlungsgegenstand gewesen.

Hintergrund des Vorschlags der Kommission sei die EU-weit hohe Anzahl an Praktikantinnen und Praktikanten, die etwa drei Mio. Menschen umfasst.

Im nächsten Schritt soll der Trilog beginnen, sobald das Europäische Parlament sein Mandat zum Vorschlag der Kommission festgelegt hat.

[Pressemitteilung](#)



Ratsschlussfolgerung zur Gleichstellung der Geschlechter im Zeitalter Künstlicher Intelligenz

Der Rat für Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz einigte sich in seiner Sitzung am 19.06.2025 über eine Ratsschlussfolgerung zur Gleichstellung der Geschlechter im Zeitalter Künstlicher Intelligenz (KI). Gegenstand der Ratsschlussfolgerung sind Maßnahmen gegen die Ungleichbehandlung von Frauen, die sich auch in der digitalen Welt zeige. Technologie habe Einfluss auf geschlechterspezifische Gewalt. Insbesondere Frauen, die anderen Formen von Diskriminierung ausgesetzt sind, seien hiervon besonders betroffen. Vorurteile finden sich auch in KI-Systemen, deren Prozessergebnisse dann diskriminierende Inhalte aufweisen. In der Ratsschlussfolgerung werden die Mitgliedsstaaten dazu aufgerufen, diesem Problem durch die Nutzung transparenter, repräsentativer und hochwertiger Daten und durch die Einsetzung von Aufsichten durch einen Menschen zu begegnen.

Zudem sollen die Mitgliedsstaaten Misogynie, die sich im Internet zeigt, stärker unterbinden, etwa durch Recherche und Aufklärung. Die Ratsschlussfolgerung ruft dazu auf, Geschlechtergleichstellung als Priorität zu behandeln und sie in allen Politik- und Rechtsbereichen als wichtigen Grundsatz zu achten.

[Pressemitteilung](#)

Ratsschlussfolgerung zur Erschließung des Potenzials älterer Menschen auf dem Arbeitsmarkt

Die am 19.06.2025 bei der Sitzung des Rats für Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz erzielte Ratsschlussfolgerung zur Erschließung des Potenzials älterer Menschen auf dem Arbeitsmarkt fordert die Mitgliedsstaaten dazu auf, Maßnahmen zu ergreifen, um Anreize für einen längeren Verbleib im Arbeitsleben zu schaffen, ein altersgerechtes Arbeitsumfeld zu fördern und die gesellschaftliche Akzeptanz für den Beitrag, den ältere Menschen auf dem Arbeitsmarkt leisten, zu erhöhen.

Dies sein insbesondere vor dem Hintergrund des demografischen Wandels dringend notwendig.

[Pressemitteilung](#)

Rat erzielt allgemeine Ausrichtung: Öffentliche Schnittstelle für die Erklärung über die Entsendung von Arbeitnehmern

Am 22.05.2025 wurde im Rahmen der Sitzung des Rats „Wettbewerbsfähigkeit“ (Binnenmarkt und Industrie) eine allgemeine Ausrichtung hinsichtlich des Verordnungsvorschlags über eine mit dem Binnenmarktinformationssystem verbundene öffentliche Schnittstelle für die elektronische Erklärung über die Entsendung von Arbeitnehmern (sog. eDeclaration) erzielt (siehe hierzu Beitrag des StMWi in diesem EB).

Ziel der Verordnung ist es, den Verwaltungsaufwand für Unternehmen durch die Übermittlung von Entsendemeldungen in nutzerfreundlicher Weise durch Fernkommunikationsmittel und auf elektronischem Wege zu verringern.



Der Rat schlägt vor, die öffentliche Schnittstelle um neue Funktionen zu erweitern. Dienstleister sollen relevante Dokumente für die Entsendung von Arbeitnehmern hochladen können. Nationale Entsendungserklärungen können – sofern sich der Mitgliedstaat für die Einführung der Schnittstelle entschieden hat – durch die Schnittstelle ersetzt werden. Mitgliedstaaten, die die Schnittstelle nutzen möchten, müssen dies der Kommission mindestens sechs Monate im Voraus mitteilen. Für Mitgliedstaaten, die die Schnittstelle nicht nutzen, soll das System Verlinkungen zu den jeweiligen nationalen Plattformen bereitstellen.

Es wird ein einheitliches Standardformular für die Meldung angestrebt. Die Mitgliedstaaten dürfen keine zusätzlichen Anforderungen über die in der Verordnung festgelegten hinaus stellen. Die Mitgliedstaaten können jedoch zu Kontrollzwecken weitere Informationen anfordern. Die Kommission legt das Standardformular im Wege von Durchführungsrechtsakten fest.

Die Kommission wird gebeten, fünf Jahre nach Inkrafttreten der Verordnung zu prüfen, ob auch Meldungen aus Drittstaaten einbezogen werden können. Außerdem soll untersucht werden, ob eine Verknüpfung mit dem Verfahren rund um das portable Dokument A1 möglich ist, das die Sozialversicherungspflicht in mehreren Mitgliedstaaten regelt.

Die erzielte allgemeine Ausrichtung gibt der Ratspräsidentschaft ein Mandat für die Trilogverhandlungen mit dem Europäischen Parlament, die beginnen können, sobald das Parlament seinen Standpunkt angenommen hat. Das Dossier wird von dem Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz (IMCO) und dem Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten (EMPL) behandelt.

[Pressemitteilung](#)

[Kommissionsvorschlag](#)

Kommission leitet Konsultation zur Halbzeitüberprüfung des Aktionsplans für die Sozialwirtschaft ein

Am 22.05.2025 hat die Kommission eine Konsultation zur Halbzeitüberprüfung des Aktionsplans für die Sozialwirtschaft eingeleitet. Durch die Umsetzung des Aktionsplans sollen das richtige Umfeld für eine florierende Sozialwirtschaft geschaffen sowie die Gründung und das Wachstum sozialwirtschaftlicher Einrichtungen gefördert werden; außerdem soll dafür gesorgt werden, dass die Sozialwirtschaft und ihr Potenzial sichtbar werden.

Die Halbzeitüberprüfung bietet die Möglichkeit, den Handlungsrahmen auf EU-Ebene unter Einbeziehung der nationalen, regionalen und lokalen Behörden sowie relevanter Interessenträger neu zu definieren. Ziel ist es, verbleibende Herausforderungen zu identifizieren, geeignete Maßnahmen zu deren Bewältigung vorzuschlagen und die positive Wirkung des Aktionsplans zu verstärken.

Stellungnahmen zur Konsultation sind bis zum 16.07.2025 möglich.

[Konsultation](#)



Europäischer Jugendkarlspreis: die Gewinner 2025

Am 27.05.2025 wurde der – mit 7.500 € dotierte – Europäische Jugendkarlspreis 2025 an das ungarische Projekt Forum Europaeum verliehen, das sich mit Medienformaten wie Artikeln, Podcasts und TikTok-Videos für europäische Identität, Werte und Einheit einsetzt.

Der zweite Preis (5.000 €) ging an das tschechische Projekt „Díky, že můžem volit“ („Danke, dass wir wählen dürfen“), das junge Menschen zur Teilnahme an der Europawahl 2024 motivieren will.

Den dritten Preis (2.500 €) erhielt die deutsche Feminist Law Clinic, die kostenlose rechtliche Unterstützung für von geschlechtsbezogener Diskriminierung betroffene Personen bietet.

Die Preisverleihung fand am 27.05.2025 in Aachen statt. Der Preis wird jährlich vom Europäischen Parlament und der Stiftung Internationaler Karlspreis zu Aachen vergeben, um das Engagement junger Menschen für Demokratie und europäische Einheit zu würdigen. Seit 2008 haben über 6.500 Projekte teilgenommen.

[Pressemitteilung](#)

Evaluation zur Europäischen Arbeitsbehörde

Die Kommission veröffentlichte am 26.05.2025 eine Evaluation zur Europäische Arbeitsbehörde (ELA). Sie kommt in ihrer aktuellen Bewertung zu dem Schluss, dass die Behörde bislang „nicht ihr volles Potenzial entfalten konnte“. Grund dafür sei vor allem der begrenzte Aufgabenbereich der ELA. Der Evaluierungsbericht sollte bereits im Sommer 2024 erscheinen.

Dem Bericht zufolge sind Informationen über Rechte und Pflichten im Zusammenhang mit der Arbeitskräftemobilität weiterhin „fragmentiert“. Dies sei insbesondere auf die Vielfalt der nationalen Systeme zurückzuführen. In einem komplexen Gefüge aus nationalen und europäischen Zuständigkeiten sei es schwierig, tragfähige Lösungen zu entwickeln. Daher werde es Zeit benötigen, um „einen größtmöglichen europäischen Mehrwert zu erzielen“.

Als Reaktion auf die Evaluation fordert der Europäische Gewerkschaftsbund (ETUC) eine Stärkung der ELA. Die Behörde müsse mit ähnlichen Befugnissen ausgestattet werden wie EUROJUST oder die Europäische Bankenaufsichtsbehörde. Laut ETUC sollte die ELA in der Lage sein, eigenständig Untersuchungen durchzuführen, um betrügerisches Verhalten von Arbeitgebern aufzudecken und zu sanktionieren.

Auch mehrere zuständige Ministerinnen und Minister aus den Mitgliedstaaten haben sich in der Vergangenheit für eine Ausweitung der Kompetenzen der ELA ausgesprochen. Anfang Januar 2024 sprach sich zudem das Europäische Parlament mehrheitlich für eine entsprechende Resolution aus.

[Evaluation zur ELA](#)



DiscoverEU: 35.753 junge Menschen können Europa mit einem kostenlosen Travel-Pass entdecken

Mit DiscoverEU können 18-Jährige gratis mit dem Zug durch Europa reisen und den Kontinent kennenlernen. Wie die Kommission am 03.06.2024 mitteilte, werden insgesamt 35.753 Personen ein DiscoverEU-Ticket erhalten. In dieser Bewerbungsrunde waren mehr als 180.000 Anträge für diesen kostenlosen Travel-Pass im Rahmen von Erasmus+ eingegangen.

Der Travel-Pass ermöglicht es, im Zeitraum vom 01.07.2025 - 30.09.2026 allein oder mit bis zu vier anderen Personen zu reisen. Mit DiscoverEU erhalten die Teilnehmenden nicht nur ein Ticket, sondern auch eine Rabattkarte, die über 40.000 Vergünstigungen für verschiedene Angebote in den berechtigten Ländern bietet.

[Pressemitteilung](#)

Vertragsverletzungsverfahren: Anerkennung der Berufsqualifikationen von Pflegepersonal aus Rumänien

Am 22.05.2025 hat die Kommission ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland sowie 13 weitere Mitgliedstaaten eingeleitet, um die Umsetzung der Richtlinie zur Anerkennung von Berufsqualifikationen zu überprüfen.

Es geht insbesondere um die Anerkennung von in Rumänien ausgebildeten Krankenschwestern und Krankenpflegern im Bereich der allgemeinen Pflege, wobei spezifische Änderungen an der ursprünglichen Berufsanerkenntnisrichtlinie vorgenommen wurden. Die ergänzende Richtlinie soll die Anerkennung rumänischer Diplome erleichtern, die vor dem Beitritt Rumäniens zur EU im Rahmen eines speziellen Fortbildungsprogramms erworben wurden. Ziel ist es, die Anerkennung der Berufsabschlüsse und Qualifikationen rumänischer Krankenpfleger zu vereinfachen.

Die betroffenen Mitgliedstaaten haben jedoch bis zum Ablauf der Umsetzungsfrist am 04.03.2025 keine vollständige Mitteilung der Maßnahmen zur nationalen Umsetzung der Richtlinie gegenüber der Kommission abgegeben. Diese Staaten haben nun eine Frist von zwei Monaten, um die Umsetzung abzuschließen und dies der Kommission mitzuteilen. In Deutschland muss die Umsetzung auf Bundesebene im Pflegeberufegesetz erfolgen.

[Pressemitteilung](#)

Europäisches Institut für Gleichstellungsfragen: Quoten verbessern die Repräsentation von Frauen in Vorstandsgremien

Ein am 27.05.2025 veröffentlichter Bericht des Europäischen Instituts für Gleichstellungsfragen (EIGE) hat gezeigt, dass die Parität in den Leitungsorganen europäischer Unternehmen wächst.

Der Bericht bewertet das Geschlechtergleichgewicht in Vorstandsgremien und Finanzinstituten der EU. Bis Oktober 2024 ist der Anteil von Frauen in den Vorständen der größten börsennotierten Unternehmen auf 34,7 %



gestiegen (19,8 % vor zehn Jahren). Dieser Fortschritt ist vor allem auf verschiedene Maßnahmen in Ländern zurückzuführen, die verbindliche Quoten eingeführt haben. In den neun betreffenden Mitgliedstaaten (Belgien, Spanien, Frankreich, Italien, den Niederlanden, Portugal, Deutschland, Österreich und Griechenland) stellen Frauen durchschnittlich 40,1 % der Vorstandsmitglieder, verglichen mit 32,5 % in Ländern mit weicheeren Maßnahmen und 17,8 % in Ländern ohne Maßnahmen.

Diese Entwicklung sollte auch im Kontext der EU-Richtlinie zur ausgewogeneren Vertretung von Frauen und Männern in Leitungsorganen von Unternehmen vom November 2022 berücksichtigt werden, die eine Mindestquote von 40 % für Personen des unterrepräsentierten Geschlechts unter den nicht-geschäftsführenden Direktoren oder von 33 % innerhalb des gesamten Vorstands festsetzt. Bis jetzt haben nur Frankreich und Spanien diese Richtlinie im April bzw. August 2024 umgesetzt.

[Bericht](#)

Europäisches Behindertenforum: Forderungen für die zweite Phase der EU Disability Strategy

Am 22.05.2025 hat eine Delegation des Europäischen Behindertenforums (EDF) unter der Leitung seines Präsidenten *Yannis Vardakastanis* die Kommissarin für Gleichstellung, Vorsorge und Krisenmanagement, *Hadja Lahbib*, getroffen, um die EU zu mehr Anstrengungen bei der Förderung von Rechten von Menschen mit Behinderung aufzurufen.

Das EDF hat eine Aktualisierung der Europäischen Strategie für die Rechte von Menschen mit Behinderungen 2021-2030 gefordert. Die maßgeblichen Prioritäten sind eine Qualifikations- und Beschäftigungsgarantie für Menschen mit Behinderung, die Einsetzung einer Europäischen Behörde für Barrierefreiheit bzw. Zugänglichkeit, ein spezieller Fonds als Teil des europäischen Plans für bezahlbaren Wohnraum und eine Gesetzgebung zu den Kosten assistiver Technologien.

Außerdem hat die Delegation zu einer stärkeren Beachtung von Behinderung beim Krisenmanagement sowie im mehrjährigen Finanzrahmen 2028 - 2034 aufgefordert. Laut *Yannis Vardakastanis* soll so „eine solide zweite Phase der Strategie“ eingeleitet werden.

[Mitteilung](#)

Europäisches Jugendevent 2025

Am 13./14.06.2025 fand das sog. Europäische Jugendevent oder auch European Youth Event (EYE) in den Räumen des Europäischen Parlaments in Straßburg statt. Das EYE findet alle zwei Jahre statt und wird vom Europäischen Jugendforum und Jugendorganisationen gestaltet.

Zum Event kommen junge Menschen zwischen 16 und 30 Jahren aus Europa und darüber hinaus aus der ganzen Welt, um miteinander, mit Fachleuten und mit Entscheidungsträgern auf europäischer Ebene, wie z.B.



Europabericht der Vertretung des Freistaates Bayern bei der EU
Nr. 06/2025 vom 24.06.2025



Abgeordneten des Europäischen Parlaments, zu diskutieren, debattieren und sich generell auszutauschen.
In diesem Jahr kamen über 9.000 junge Menschen aus der ganzen Welt zusammen.

[Pressemitteilung](#)



STAATSMINISTERIUM FÜR GESUNDHEIT, PFLEGE UND PRÄVENTION

Dänische Ratspräsidentschaft: Schwerpunkte aus dem Bereich des StMGP

Die dänische Ratspräsidentschaft wird die Trilog-Verhandlungen mit dem Europäischen Parlament über das EU-Arzneimittelpaket fortführen. Die Annahme des Vorschlags wird den Zugang der Patienten zu Arzneimitteln verbessern, Innovationen in der gesamten EU fördern und die Zulassungsverfahren für neue Behandlungen straffen. Die Präsidentschaft wird außerdem eine Überprüfung des Vorschlags der Kommission zu kritischen Arzneimitteln einleiten und priorisieren, mit dem Ziel, die Versorgungssicherheit für unverzichtbare Arzneimittel als Teil einer umfassenderen Strategie zur Verringerung der Abhängigkeit von Drittländern und zur Verhinderung von Arzneimittelengpässen in der EU zu verbessern. Die Präsidentschaft wird sich auch auf die Strategien der Kommission für Life Sciences/Biowissenschaften und medizinische Gegenmaßnahmen konzentrieren, um die Innovation in der EU zu stärken und die Widerstandsfähigkeit der Gesundheitssysteme gegenüber von Menschen verursachten Krisen und Naturkatastrophen zu fördern. Unter der Schirmherrschaft der Weltgesundheitsorganisation (WHO) wird die Präsidentschaft schließlich Verhandlungen im Zusammenhang mit dem Rahmenübereinkommen zur Eindämmung des Tabakkonsums (COP11) und dem Internationalen Pandemieübereinkommen führen.

[Website der dänischen Ratspräsidentschaft](#)

COMBINE PILOT-Projekt für kombinierte Studien

Die Kommission hat am 17.06.2025 das COMBINE PILOT-Projekt zur koordinierten Bewertung kombinierter Studien gestartet. Das Pilotprojekt wird eine begrenzte Anzahl von Studien akzeptieren, bei denen derselbe Sponsor gleichzeitig ein Arzneimittel und ein Begleitdiagnostikum testet. Es soll den Sponsoren kombinierter Studien ermöglichen, einen einzigen Antrag einzureichen. Dieser Ansatz soll den Verwaltungsaufwand verringern und die Transparenz und Konsistenz des Bewertungsprozesses fördern. COMBINE ist eine der im *Draghi*-Bericht hervorgehobenen Initiativen zur Unterstützung der Wettbewerbsfähigkeit der EU im Bereich der klinischen Forschung.

[COMBINE programme – European Commission](#)

[COMBINE all-in-one](#)

[COMBINE Project 1 – pilot ‘all-in-one’ coordinated assessment](#)

[The Draghi report on EU competitiveness](#)

Zulassung eines Arzneimittels zur Behandlung der Duchenne-Muskeldystrophie

Die Kommission hat am 06.06.2025 die bedingte EU-Zulassung für das Inverkehrbringen von Givinostat, einem Arzneimittel zur Behandlung der Duchenne-Muskeldystrophie, erteilt. Derzeit gibt es keine Heilung für diese seltene, genetische Krankheit, die durch fortschreitende Muskelschwäche und -abbau gekennzeichnet ist, vor



allen bei Kindern. Die Zulassung basiert auf der positiven wissenschaftlichen Bewertung durch die Europäische Arzneimittel-Agentur (EMA). Die EMA kam zu dem Schluss, dass zwar noch nicht alle Daten verfügbar sind, der Nutzen der unmittelbaren Verfügbarkeit dieses Arzneimittels für die Patienten jedoch die Risiken überwiegt. Um die Wirksamkeit von Givinostat zu bestätigen, wurde das Unternehmen aufgefordert, zwei weitere Studien durchzuführen, die auf Patientendaten basieren. Givinostat wird als orale Suspension zusammen mit Kortikosteroiden verabreicht und ist für ein Jahr zugelassen, vorbehaltlich einer Verlängerung auf der Grundlage neuer Daten.

[EMA - Mitteilung](#)

[Kommission - Produktinformation](#)

Standpunkt des Rates zum „Arzneimittelpaket“

Der Rat legte am 04.06.2025 seinen Standpunkt für Verhandlungen mit dem Europäischen Parlament (EP) zum sogenannten Arzneimittelpaket, das aus einem Verordnungs- und einem Richtlinienvorschlag besteht, fest. Ziel ist es, sicherzustellen, dass Patienten überall in der EU fairen Zugang zu sicheren, wirksamen und erschwinglichen Arzneimitteln haben, die Wettbewerbsfähigkeit der pharmazeutischen Industrie in der EU zu stärken, Fragen der Versorgungssicherheit durch Maßnahmen zur Überwachung und Vermeidung von Engpässen anzugehen und die Umweltauswirkungen von Arzneimitteln zu mindern.

In seinem Mandat für die Verhandlungen mit dem EP führt der Rat mehrere wichtige Änderungen an den von der Kommission vorgeschlagenen Rechtsvorschriften ein:

- regulatorischer Datenschutz: Unternehmen, die innovative Arzneimittel herstellen, sollen die für ihre Entwicklung genutzten Daten weiterhin acht Jahre lang für sich behalten können, bevor Wettbewerber Zugang erhalten.
- regulatorischer Marktschutz: Herstellern innovativer Arzneimittel soll ein Jahr regulatorischer Marktschutz zugutekommen, der auf zwei Jahre verlängert werden kann, wenn sie bestimmte, vorab festgelegte Kernziele erreichen.
- Lieferpflicht: der Richtlinie wurde ein neuer Artikel (56a) hinzugefügt, nach dem die Mitgliedstaaten den Zulassungsinhaber eines Arzneimittels verpflichten können, es in ausreichenden Mengen zur Verfügung zu stellen, um den Patientenbedarf in dem betreffenden Mitgliedstaat zu decken.
- übertragbarer Gutschein: der Rat hat eine neue Klausel eingeführt, nach der ein übertragener Gutschein nur im fünften Jahr des gesetzlichen Datenschutzzeitraums und nur dann verwendet werden darf, wenn der Zulassungsinhaber nachweist, dass der jährliche Bruttoumsatz des Produkts in der EU in jedem der vorangegangenen vier Jahre bei höchstens 490 Mio. € lag



- Ausnahme für geistiges Eigentum für Generika: damit Generika und Biosimilars früher auf den Markt kommen, hat der Rat den Anwendungsbereich der sogenannten „BOLAR-Klausel“ konkretisiert und dahingehend erweitert, dass auch die Einreichung von Angeboten für Ausschreibungen darunterfällt.

[Pressemitteilung](#)

Kommission fördert Nasensprays gegen Atemwegsviren

Die Kommission hat am 03.06.2025 angekündigt, mit der Unterstützung der Europäischen Investitionsbank 20 Mio. € für die Entwicklung von Nasensprays zum Schutz vor Atemwegsviren bereitzustellen. Zu diesem Zweck hat die Kommission über ihre Behörde für die Krisenvorsorge und -reaktion im Gesundheitswesen (HERA) eine Investitionsvereinbarung mit dem niederländischen Biotech-Unternehmen Leyden Labs unterzeichnet. Das Nasenspray gibt Antikörper direkt in die Nasenhöhle ab, stoppt Infektionen am Eintrittspunkt und verhindert möglicherweise eine Weiterübertragung. Da dieser innovative Ansatz auf Gemeinsamkeiten zwischen Virusfamilien und nicht auf eine bestimmte Variante abzielt, bietet er einen breiten Schutz gegen verschiedene bestehende und neue Viren.

[Daily News 03.06.2025](#)

Europäischer Drogenbericht 2025: Trends und Entwicklungen

Der Europäische Drogenbericht 2025 präsentiert die jüngste Analyse der EU-Drogenagentur (EUDA) zur Drogensituation in Europa. Der Bericht konzentriert sich auf den illegalen Drogenkonsum, die damit verbundenen Schäden und das Drogenangebot und bietet einen umfassenden Satz nationaler Daten zu diesen Themen sowie zu spezialisierten Drogenbehandlungen und wichtigen Maßnahmen zur Schadensminimierung.

Auch wenn beachtliche Verbesserungen verzeichnet werden können, bleibt nach dem Bericht die Verfügbarkeit illegaler Drogen in Europa hoch. Cannabis ist weiterhin die am häufigsten konsumierte Substanz. Weit verbreitet ist auch Kokain. Hier variiert der Konsum nach Ländern stark. Heroin bleibt das am häufigsten konsumierte illegale Opioid in Europa. Gleichzeitig werden neue synthetische Stimulanzien in Europa immer populärer. Der Markt für neue psychoaktive Substanzen ist durch die große Zahl der neu aufgetauchten Substanzen gekennzeichnet, die sich jedes Jahr vergrößert. Neben den bekannteren Substanzen, die auf den illegalen Drogenmärkten erhältlich sind, werden in Europa eine Reihe anderer Substanzen mit halluzinogenen, anästhetischen, dissoziativen oder beruhigenden Eigenschaften verwendet: Dazu gehören LSD, halluzinogene Pilze, Ketamin, GHB und Distickstoffmonoxid.

[EUDA - Bericht](#)

[Cannabis](#)

[Cocaine](#)

[Synthetic stimulants](#)

[MDMA](#)



[Heroin and other opioids](#)

[New psychoactive substances](#)

[Other drugs](#)

Europäischer Hub für Impfstoffe für eine bessere Krisenvorsorge in der EU

Um die Impfstoffbereitschaft und Reaktionsfähigkeit Europas in Zeiten von Pandemien zu stärken, wurde in Siena am 22.05.2025 die Europäische Impfstoffzentrale (EVH) eröffnet. Der Hub wird national finanzierte Investitionen in die Impfstoffforschung und -entwicklung auf EU-Ebene zusammenführen. Er wird die Entwicklung von Impfstoffen auf weniger als vier Monate ab der Identifizierung der Genomsequenz eines Erregers beschleunigen.

Der Hub besteht aus einem Konsortium führender europäischer Organisationen im Bereich der Impfstoffentwicklung und nationaler Pandemievorsorgeprogramme. Jede Organisation wird ihr umfangreiches Fachwissen in der Erforschung, Entwicklung, klinischen Erprobung und Herstellung von Impfstoffen einbringen.

Das EVH-Projekt wird von der Gesundheitsbehörde HERA der Kommission im Rahmen des EU4Health-Programms mit bis zu 102 Mio. € finanziert.

[Pressemitteilung](#)

[Deutsches Zentrum für Infektionsforschung](#)

Kommission begrüßt förmliche Annahme des Internationalen Pandemieabkommens

Die Mitglieder der Weltgesundheitsorganisation (WHO) haben am 20.05.2025 das Internationale Pandemieabkommen (IPA) verabschiedet und gleichzeitig den Prozess zum Abschluss der Verhandlungen über einen Anhang zum Übereinkommen über den Zugang zu Krankheitserregern und den Vorteilsausgleich (PABS-Anhang) festgelegt. Sobald die Weltgesundheitsversammlung den PABS-Anhang angenommen hat, wird das IPA zur Unterzeichnung und zur Prüfung der Ratifizierung, auch durch die nationalen Gesetzgebungsorgane, vorgelegt. Nach 60 Ratifizierungen wird das Abkommen in Kraft treten. Das IPA enthält rechtsverbindliche Vorschriften, mit denen die durch die COVID-19-Pandemie zutage getretenen Lücken in den weltweiten Möglichkeiten zur Bewältigung von Gesundheitsnotlagen geschlossen werden. Wesentliche Inhalte:

Zusammen mit den geänderten Internationalen Gesundheitsvorschriften soll das IPA die Fähigkeit der Länder stärken, Pandemien mit dem umfassenden „One Health“-Ansatz zu verhindern.

Das IPA soll auch einen gleichberechtigten Zugang zu Impfstoffen und anderen medizinischen Gegenmaßnahmen ermöglichen,

den Technologietransfer zu freiwilligen und einvernehmlich vereinbarten Bedingungen fördern

und den Kapazitätsaufbau in bedürftigen Ländern unterstützen.



Das IPA soll auch eine bessere Koordinierung und eine wirksamere Mobilisierung der Finanzanstrengungen ermöglichen.

[Daily News 20.05.2025](#)

Rat billigt Änderungen der Internationalen Gesundheitsvorschriften

Der Rat fasste am 26.05.2025, nach Zustimmung des Europäischen Parlaments, einen Beschluss mit dem Ersuchen an die Mitgliedstaaten, im Interesse der EU die im Anhang der Resolution WHA77.17 der Weltgesundheitsorganisation (WHO) enthaltenen und am 01.06.2024 angenommenen Änderungen der Internationalen Gesundheitsvorschriften (2005) vorbehaltlos anzunehmen, sofern die Union gemeinsame Vorschriften bezüglich der in diesen Änderungen behandelten Angelegenheiten erlassen hat. Die Änderungen trügen dazu bei, die weltweite Vorsorge, Überwachung und Reaktion in Bezug auf Notlagen im Bereich der öffentlichen Gesundheit zu stärken und die Lehren aus der COVID-19-Pandemie zu berücksichtigen – zwei grundlegende Prioritäten bei EU-Maßnahmen im Bereich der globalen Gesundheit.

[Beschluss des Rates](#)

Globale Koalition für Maßnahmen bei vernachlässigten Krankheiten

Am Rande der Weltgesundheitsversammlung in Genf hat die Kommission als Vertreterin der EU am 21.05.2025 ein Abkommen über den Beitritt zur Globalen Koalition gegen vernachlässigte Krankheiten unterzeichnet. Diese Koalition wird die lokale und regionale Produktion stärken und einen gerechteren Zugang zu sicheren, erschwinglichen und wirksamen Impfstoffen, Therapeutika, Diagnostika sowie anderen Gesundheitstechnologien fördern. Die Koalition ist eine Leitinitiative der brasilianischen G20-Präsidentschaft im vergangenen Jahr, deren künftige Gründung von den Staats- und Regierungschefs der G20 auf dem Gipfel in Rio am 18./19.11.2024 und von den G20-Gesundheitsministern am 31.10.2024 begrüßt wurde.

Die Koalition wird teilnehmende G20-Mitglieder umfassen, und in Zukunft werden Nicht-G20-Länder und relevante internationale Organisationen wie die Weltgesundheitsorganisation eingeladen. Sie wird im Einklang mit dem Völkerrecht und den nationalen Rechtsvorschriften, einschließlich des geistigen Eigentums, arbeiten und den freiwilligen Technologietransfer zu einvernehmlich vereinbarten Bedingungen unterstützen.

[Daily News 21.05.2025](#)

Kommission rügt Nichtanerkennung von rumänischem Pflegepersonal

Die Europäische Kommission hat am 22.05.2025 beschlossen, gegen Deutschland, Bulgarien, Tschechien, Dänemark, Irland, Griechenland, Spanien, Frankreich, Kroatien, Italien, Zypern, die Niederlande, Polen und Portugal Vertragsverletzungsverfahren einzuleiten und Aufforderungsschreiben zu übermitteln, weil sie es versäumt haben, der Kommission ihre Maßnahmen zur vollständigen Umsetzung der Richtlinie (EU) 2024/505



über die Anerkennung der Berufsqualifikationen von in Rumänien ausgebildeten Krankenschwestern und Krankenpflegern für allgemeine Pflege in nationales Recht mitzuteilen. Die Umsetzungsfrist endete am 04.03.2025. Mit der Richtlinie werden spezifische Änderungen an der Richtlinie 2005/36/EG über die Anerkennung von Berufsqualifikationen vorgenommen. Die Änderungen zielen darauf ab, die Anerkennung rumänischer Diplome zu erleichtern, die vor dem Beitritt des Landes zur EU von Krankenschwestern und Krankenpflegern für allgemeine Pflege erworben wurden, die an einem speziellen Weiterbildungsprogramm teilgenommen haben. Dieses Programm ermöglichte es den Teilnehmern, ihre Qualifikationen zu verbessern und die in der Richtlinie 2005/36/EG festgelegten Mindestanforderungen zu erfüllen.

Nun haben die genannten Mitgliedsstaaten zwei Monate Zeit, um ihre Umsetzung auf nationaler Ebene abzuschließen und der Kommission ihre Maßnahmen mitzuteilen. Bei Ausbleiben einer zufriedenstellenden Antwort kann die Kommission beschließen, eine mit Gründen versehene Stellungnahme abzugeben.

[Daily News 22.05.2025](#)

Europäische Drogenagentur: Substanzkonsum bei Teenagern gesunken, aber neue Risiken

Während der Substanzkonsum unter 15- bis 16-jährigen Schülern in Europa langfristig zurückgeht, nehmen neue Verhaltens- und Gesundheitsrisiken zu. Die neuesten Ergebnisse des „European School Survey Project on Alcohol and Other Drugs“ (ESPAD), die am 20.05.2025 veröffentlicht wurden, zeigen eine wachsende Besorgnis über den zunehmenden Konsum von E-Zigaretten, die nicht-medizinische Verwendung von Arzneimitteln und einen starken Anstieg von Online-Spielen und Glücksspielen unter Teenagern. Die Studie, die in Zusammenarbeit mit der Drogenagentur der Europäischen Union (EUDA) durchgeführt und vom italienischen Nationalen Forschungsrat koordiniert wird, basiert auf einer Umfrage aus dem Jahr 2024 in 37 europäischen Ländern, darunter 25 EU-Mitgliedstaaten.

[EUDA - Bericht](#)

Bestellung eines Expertengremiums für Medizinprodukte

Die Kommission stellte für die Zeit vom 19.05.–16.06.2025 den Entwurf eines Durchführungsbeschlusses zur Bestellung eines Expertengremiums für Medizinprodukte für seltene Krankheiten und zur Behandlung von Kindern zur Konsultation. Die Kommission beabsichtigt, im Bereich der Medizinprodukte für seltene Krankheiten und zur Behandlung von Kindern ein Expertengremium zu bestellen und die administrativen Aspekte im Zusammenhang mit der Verwaltung des Gremiums zu aktualisieren. Expertengremien tragen wissenschaftliche, technische und klinische Stellungnahmen sowie Beratung bei, um die Durchführung der EU-Verordnungen über Medizinprodukte zu unterstützen.

[Konsultation](#)



Europäischer Rechnungshof: Kann die EU kritische Engpässe bei Arzneimitteln bewältigen?

Vor dem Hintergrund der bestehenden Arzneimittelengpässe führt der Europäische Rechnungshof (EuRH) nun eine Prüfung zur Verfügbarkeit von Arzneimitteln in der EU durch. Die Prüfer werden untersuchen, ob die Arzneimittelstrategie der EU und die jüngsten Initiativen zu einer besseren Bewältigung der Engpässe in Europa beitragen. Zu diesem Zweck hat der EuRH in Dänemark, Griechenland und Frankreich Prüfbesuche durchgeführt. Diese Länder wurden aufgrund ihrer unterschiedlichen Erfahrungen im Umgang mit Arzneimittelengpässen, der Größe ihrer Gesundheitssysteme und ihrer Rolle auf dem Arzneimittelmarkt ausgewählt. Die Ergebnisse der Prüfung werden Aufschluss darüber geben, welche Fortschritte die EU bei der Sicherung der Arzneimittelversorgung gemacht hat und inwieweit noch Handlungsbedarf besteht. Der Bericht wird voraussichtlich im Herbst 2025 erscheinen.

[Pressemitteilung](#)



STAATSMINISTERIUM FÜR DIGITALES

Dänische Ratspräsidentschaft: Schwerpunkte aus dem Bereich des StMD

Im Bereich Digitales wird sich der dänische Ratsvorsitz insbesondere für ein offenes, sicheres und freies Internet und die Umsetzung des Globalen Digitalpaktes einsetzen, um eine gemeinsame, positive Vision für eine verantwortungsvolle technologische Zukunft zu schaffen.

Insbesondere der Bereich digitale Infrastruktur soll unter der dänischen Ratspräsidentschaft gefördert werden, um die digitale Wettbewerbsfähigkeit und die technologische Souveränität der EU zu stärken.

Zur Förderung der digitalen Diplomatie der EU wird der Ratsvorsitz darauf hinwirken, dass die Schlussfolgerungen zur Weiterentwicklung der Internationalen Digitalen Strategie der EU verabschiedet werden, um dem Ziel einer stärkeren Führungsrolle der EU in globalen digitalen und technologischen Angelegenheiten, einschließlich vorrangiger Bereiche (KI und Quantentechnologie) nachzukommen.

Die technologische Entwicklung hat erhebliche Vorteile, allerdings bringt dies auch Herausforderungen mit sich, da das Internet, Online-Kommunikationsdienste und andere digitale Werkzeuge zunehmend für kriminelle und schädliche Aktivitäten genutzt werden (Technologie als Plattform für Kriminalität). Um dem entgegenzuwirken, wird sich der dänische Ratsvorsitz dafür einsetzen, den Rechtsschutz und die Fähigkeit der Strafverfolgungsbehörden zur Bekämpfung krimineller Online-Aktivitäten zu stärken. Auch die Anbieter von Online-Diensten müssen stärker für die Inhalte auf ihren Plattformen zur Verantwortung gezogen werden, da der sexuelle Missbrauch und die online Ausbeutung von Minderjährigen leider eine steigende Tendenz aufweisen. Erforderlich ist ein klarer und harmonisierter Rechtsrahmen, wobei der Ratsvorsitz diesem Thema eine hohe Priorität einräumen wird.

Zudem stehen Schutz von Kindern und Jugendlichen vor schädlichen Online-Inhalten, süchtig machenden Algorithmen, unethischen Geschäftsmodellen und umfangreicher Datenerfassung und Profilerstellung ganz oben auf der politischen Agenda. Die dänische Ratspräsidentschaft wird sich auf die Durchsetzung bestehender Vorschriften und künftige Gesetze in diesem Bereich konzentrieren.

Die Stärkung der technologischen Souveränität und der digitalen Wettbewerbsfähigkeit der EU erfordert den Aufbau von Fähigkeiten in digitalen Schlüsseltechnologien. Dies erfordert bessere Rahmenbedingungen, Innovationen und Investitionen in Bereichen wie künstliche Intelligenz, Cloud und Daten. Der Ratsvorsitz plant darüber hinaus Schlussfolgerungen zur Stärkung der digitalen Wettbewerbsfähigkeit vorzuschlagen, die an die Strategie der Kommission für künstliche Intelligenz und die europäische Datenstrategie anknüpfen sollen, und wird zudem die Verhandlungen über den Vorschlag für eine europäische Unternehmensdatenbank (European Business Wallet) aufnehmen, die den Datenaustausch zwischen Unternehmen und Behörden vereinfachen soll.

[Website der dänischen Ratspräsidentschaft](#)



Bericht zu GenAI veröffentlicht

Das JRC (Joint Research Centre) der Kommission hat am 13.06.2025 einen Bericht zu GenAI (generativen KI) veröffentlicht, der deren transformative Bedeutung – mit Fokus auf die EU – beleuchtet. Analysiert wurden u.a. technologische Trends, gesellschaftliche und ökonomische Auswirkungen sowie konkrete politische Handlungsempfehlungen.

Fazit: Die EU kann und sollte eine führende Rolle bei der Entwicklung und Regulierung von GenAI einnehmen, wobei sie sich auf demokratische Werte sowie auf strategische Investitionen fokussieren sollte. Für eine erfolgreiche Umsetzung ist jedoch ein umfassender und differenzierter Politikansatz erforderlich, der zum einen technologische Innovationen fördert und zum anderen den europäischen Werten sowie dem rechtlichen Rahmen der EU gerecht wird.

Hintergrund: GenAI ist ein fortgeschrittenes Konzept in der KI, welches darauf abzielt, Maschinen zu befähigen, originelle und kreative Inhalte zu generieren („menschenähnliche Inhalte“), weshalb es vielfältige Möglichkeiten für Fortschritte, bspw. in den Bereichen Gesundheitswesen, Bildung, Wissenschaft ermöglicht. (Potenzielle) Risiken der Technologie bestehen bspw. in der Verbreitung von Fehlinformationen. Die Studie betont die Notwendigkeit eines interdisziplinären Ansatzes, um die komplexen Auswirkungen von GenAI umfassend zu verstehen.

[Link zum Generative AI Outlook Report](#)

Europas digitales Jahrzehnt: Kommission zieht Bilanz zur Halbzeit

Auf halbem Weg zum digitalen Jahrzehnt hat die Kommission am 16.06.2025 ihren Bericht über den Stand der digitalen Transformation der EU veröffentlicht. Dieser dritte Bericht enthält eine Bewertung und Überprüfung im Hinblick auf die für 2026 vorgesehene Überarbeitung des politischen Programms für das digitale Jahrzehnt.

Insgesamt liegt ein gemischtes Bild vor: Bei der Dematerialisierung der öffentlichen Dienste und der Umsetzung der nationalen Fahrpläne, die zusammen fast 2.000 Maßnahmen und Investitionen in Höhe von 288 Mrd. € umfassen, sind einige Fortschritte zu verzeichnen. Dennoch ist das Niveau der digitalen Fähigkeiten bei den Menschen in Europa laut Bericht problematisch: nur knapp 56 % der Europäer verfügen über ein Grundniveau. Auch bei den kritischen Infrastrukturen (Glasfaser, autonome 5G, souveräne Cloud, Halbleiter) bleibt der Markt fragmentiert und wächst zudem die Abhängigkeit von außereuropäischen Technologien.

[Mehr Informationen zum Bericht](#)

Kommission startet öffentliche Konsultation zu hochriskanten KI-Systemen

Die Kommission hat eine öffentliche Konsultation eingeleitet, um Beiträge zur Umsetzung der Vorschriften des KI-Gesetzes über KI-Systeme mit hohem Risiko zu sammeln. Im Rahmen der Konsultation sollen praktische



Beispiele gesammelt und Fragen im Zusammenhang mit risikoreichen KI-Systemen geklärt werden. Außerdem werden Beiträge zu den Verantwortlichkeiten entlang der KI-Wertschöpfungskette gesammelt.

Hinweis: Im KI-Gesetz werden zwei Arten von KI-Systemen mit hohem Risiko unterschieden: Zum einen Systeme, die für die Produktsicherheit im Rahmen der harmonisierten Rechtsvorschriften der Union über die Produktsicherheit wichtig sind, zum anderen Systeme, welche die Gesundheit, die Sicherheit oder die Grundrechte der Menschen in bestimmten, im KI-Gesetz aufgeführten Anwendungsfällen erheblich beeinträchtigen können.

Die Konsultation läuft bis zum 18.07.2025.

[Link zur Konsultation](#)

Virkkunen schließt Verzögerung bei der Umsetzung des KI-Gesetzes nicht aus

Die polnische EU-Ratspräsidentschaft hat den Mitgliedstaaten auf der Tagung des Rates für Verkehr, Telekommunikation und Energie am 06.06.2025 Maßnahmen zur digitalen Vereinfachung vorgeschlagen. Der polnische Staatssekretär für digitale Angelegenheiten *Dariusz Standerski* schlug die Anwendung eines „Stop-the-clock“-Mechanismus vor, um die Anwendung bestimmter Teile des KI-Gesetzes zu unterbrechen oder zu verschieben. Diese Idee geht auf die Tatsache zurück, dass die für die nächste Phase der Umsetzung des KI-Gesetzes erforderlichen Normen hinter dem anberaumten Zeitplan zurückbleiben.

Die für technologische Souveränität, Sicherheit und Demokratie zuständige Vizepräsidentin der Kommission, *Henna Virkkunen*, zeigte sich dahingehend aufgeschlossen. Die Idee, die nächsten Schritte bei der Umsetzung dieser Rechtsvorschriften zu verschieben, wäre für mehrere Mitgliedstaaten akzeptabel. Auch Deutschland zeigte sich in der Debatte diskussionsfreudig. Allgemein unterstützten die Minister die Vereinfachungsbemühungen und die Absicht der Kommission, im Herbst einen Omnibus-Text in diesem Sinne vorzulegen.

[Dokument der polnischen Ratspräsidentschaft zur digitalen Vereinfachung](#)

Bessere Nutzung von Weltraumdaten und KI zur Verbesserung des Krisenmanagements

Der Rat hat Schlussfolgerungen zur Nutzung von Satellitendaten, insbesondere von Erdbeobachtungskonstellationen, für den Katastrophenschutz und das Krisenmanagement angenommen. Darin wird u.a. die Bedeutung der Erdbeobachtung und anderer Weltraumdaten für die Widerstandsfähigkeit und die Krisenvorsorge hervorgehoben sowie der Einsatz von KI und anderer Technologien für eine bessere Datenverarbeitung gefordert.

Laut dem Rat können die Fähigkeiten der EU durch die Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten und der Industrie, eine bessere Datenverarbeitung und den Einsatz von KI-Anwendungen zur Verbesserung der Bedrohungsvorhersage und zum Krisenmanagement weiter ausgebaut werden. Weltraumdaten können zudem



helfen, künftige Risiken wie Umweltverschmutzung, Überschwemmungen und Waldbrände zu erkennen. Der Rat erkennt an, dass KI bei der Verarbeitung der großen Menge an Erdbeobachtungsdaten aus dem Weltraum eine entscheidende Rolle bei der Erkennung von Mustern und Anomalien, der Integration von Bildern aus großer Höhe und der Entwicklung von Modellierungssystemen spielen kann. Die Umsetzung des bestehenden KI-Rechtsrahmens (insbesondere AI Act) sei notwendig, um die Integrität der für das Krisenmanagement verwendeten Daten zu gewährleisten.

Als bedeutend wurde auch die Forschung und Entwicklung im Bereich der Datenverarbeitung und der KI hervorgehoben – ebenso die Nutzung bestehender und künftiger Infrastrukturen zur Unterstützung von Betreibern, insbesondere kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU), sowie die Verwendung von Erdbeobachtungsdaten in neuen Anwendungen. Die Zusammenarbeit zwischen Verwaltungen, Hochschulen und Industrie wird zudem eine wichtige Rolle spielen.

[Weitere Informationen](#)

Update Gesetz über digitale Dienste: Untersuchungen zum Schutz Minderjähriger vor pornografischen Inhalten eingeleitet

Die Kommission hat ein förmliches Verfahren gegen die Plattformen Pornhub, Stripchat, XNXX und XVideos wegen mutmaßlicher Verstöße gegen das Gesetz über digitale Dienste (DSA) eingeleitet.

Die Untersuchungen der Kommission konzentrieren sich auf die Risiken für den Schutz von Minderjährigen, einschließlich der Risiken im Zusammenhang mit dem Fehlen wirksamer Maßnahmen zur Altersüberprüfung. Die Kommission stellte vorläufig fest, dass die Plattformen bestimmte Anforderungen nicht erfüllen, wie bspw. geeignete Maßnahmen zur Gewährleistung eines hohen Maßes an Privatsphäre, Sicherheit und Gefahrenabwehr für Minderjährige, insbesondere bei Instrumenten zur Altersüberprüfung. Außerdem geht es um Risikobewertungs- und Risikominderungsmaßnahmen in Bezug auf etwaige negative Auswirkungen auf die Rechte von Kindern, das geistige und körperliche Wohlbefinden und die Verhinderung des Zugangs Minderjähriger zu Inhalten für Erwachsene.

Nächste Schritte: Die Kommission wird nun eine Untersuchung durchführen und weiterhin Beweise sammeln, die Anfragen an die Unternehmen, die Durchführung von Befragungen oder Inspektionen umfassen können.

Hintergrund: Am 12.05.2025 hat die Kommission eine öffentliche Konsultation zu ihrem Entwurf von Leitlinien zum Schutz von Minderjährigen im Internet eingeleitet, mit denen Online-Plattformen dabei unterstützt werden sollen, ein hohes Maß an Privatsphäre, Sicherheit und Gefahrenabwehr für Kinder im Internet zu gewährleisten. Darüber hinaus entwickelt die Kommission zusammen mit den Mitgliedstaaten eine White-Label-App zur Altersüberprüfung. Die App - mit der gleichen Technologie wie die digitale EU-Brieftasche - kann von den Mitgliedstaaten implementiert und dann von Online-Diensteanbietern verwendet werden, um zu überprüfen, ob Nutzende über 18 Jahre alt sind – ohne die Preisgabe von weiteren Identitätsinformationen. Die App wird ab Sommer 2025 verfügbar sein.



[Link zur Pressemitteilung](#)

[Link zur Konsultation](#)

Konsultationsmöglichkeit zur künftigen Strategie zur Datenunion

Die Kommission hat einen Aufruf zur Einreichung von Beiträgen zur Gestaltung der neuen Strategie für die Datenunion eingeleitet, die in der zweiten Jahreshälfte vorgelegt werden soll.

Ziel ist es, insbesondere Informationen über die Nutzung von Daten für KI oder zum internationalen Datenverkehr zu sammeln. Mithilfe der Strategie soll der Datenaustausch zwischen Sektoren und Mitgliedsländern verbessert werden, indem die Interoperabilität und Sicherheit des Austauschs gefördert werden, um die bevorstehende Strategie für die Datenunion zu untermauern.

Hinweis: Die Strategie für die Datenunion soll der EU helfen, hochwertige und interoperable Datensätze aufzubauen, die für die (Nutzung von) KI notwendig sind. Die Strategie zielt darauf ab, die Kohärenz zwischen politischen Maßnahmen, Infrastrukturen und Rechtsinstrumenten für Daten zu gewährleisten.

Zeitraum der Konsultation: 23.05.2025 - 18.07.2025

[Link zur Konsultation](#)

[Hintergrundinformationen zum AI Continent Action Plan](#)

Frankreich, Spanien und Griechenland fordern die Einführung einer Altersgrenze für die Nutzung sozialer Netzwerke in der EU

In einem Arbeitsdokument fordern Vertreter von Frankreich, Spanien und Griechenland die EU auf, das Prinzip einer digitalen Volljährigkeit für soziale Netzwerke einzuführen. Die drei Mitgliedstaaten weisen darauf hin, dass die Gestaltung von Online-Plattformen (inkl. Algorithmen und Funktionsweisen) kleine Kinder und Minderjährige „trivialen Inhalten“ aussetzen und zu verstärkten Ängsten, Depressionen und Problemen mit dem Selbstwertgefühl führen können. Um Abhilfe zu schaffen, fordern sie die Kommission auf, einen europäischen Rechtsrahmen einzuführen, der darauf abzielt, den Zugang junger Menschen zu den am meisten süchtig machenden Inhalten durch altersgerechte Logos und verpflichtende Lösungen zur Altersüberprüfung und Software zur elterlichen Kontrolle zu beschränken.

Hinweis: Die drei Staaten haben bereits nationale Initiativen gestartet. Sowohl Frankreich als auch Griechenland befürworten ein Verbot von Social-Media-Seiten für Jugendliche unter 15 Jahren. Spanien hat einen Gesetzentwurf zur Einführung einer obligatorischen elterlichen Kontrolle und eines Systems zur Überprüfung des digitalen Alters angenommen. Die Kommission bereitet ihrerseits die Einführung einer EU-weiten Anwendung zur Altersüberprüfung als vorübergehende Lösung vor, bevor Ende 2026 die EU-Brieftaschen für digitale Identitäten eingeführt werden.

[Hintergrundinformationen](#)



CCIA stellt Forderungen an die künftige dänische EU-Ratspräsidentschaft

In einem Empfehlungsschreiben vom 08.05.2025 legt die CCIA – ein Verband der Computer- und Kommunikationsindustrie, dessen Mitglieder hauptsächlich aus den USA stammen – eine Reihe politischer Leitlinien dar, die sie in den Bereichen digitale Technologie, Innovation und Wirtschaftsregulierung als wesentlich erachtet und die von der künftigen dänischen EU-Ratspräsidentschaft beachtet werden sollten.

Fazit: Die digitale Lobby weicht nicht von ihrer üblichen Linie ab, denn die CCIA besteht darauf, dass die EU keine übermäßigen regulatorischen Belastungen auferlegen sollte, und fordert ernstzunehmende Folgenabschätzungen vor jeder neuen Regelung. Besonders kritisiert die Lobby den zukünftigen Digital Fairness Act, der Lücken im Online-Verbraucherschutz schließen soll. Die CCIA empfiehlt daher, diesen zu verschieben, da es für viele Themen bereits bestehende Regelungen geben würde. Sie ist der Ansicht, dass die neue Gesetzgebung den europäischen Markt fragmentieren würde.

[Details zu den Empfehlungen der CCIA](#)